

NEUE ZEIT

JANUAR 1985

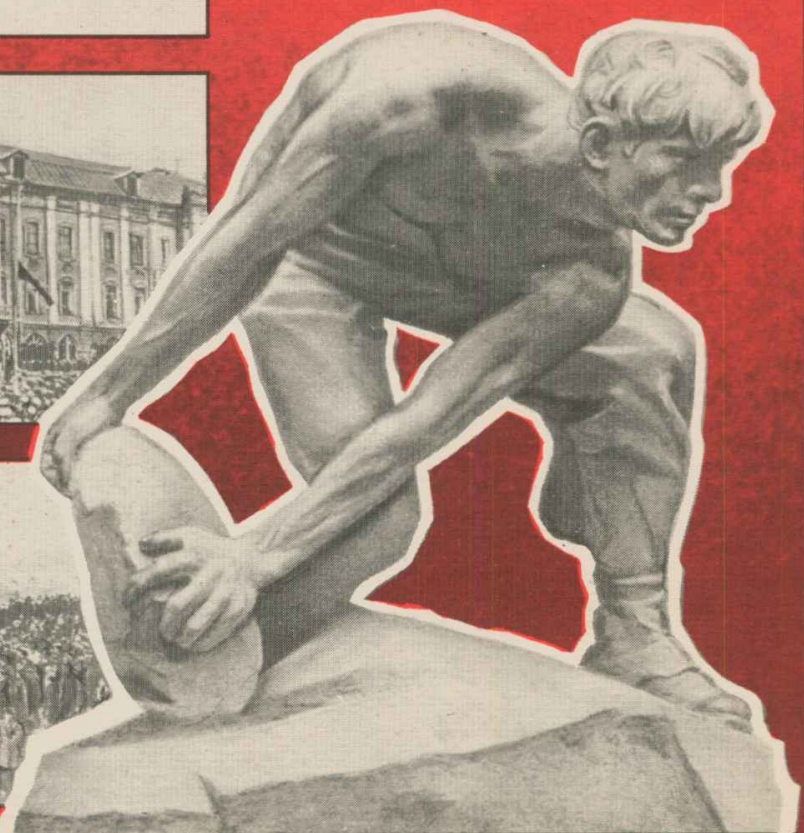
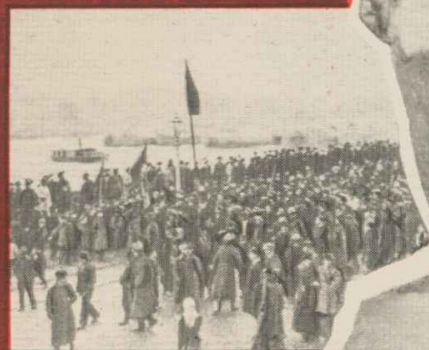
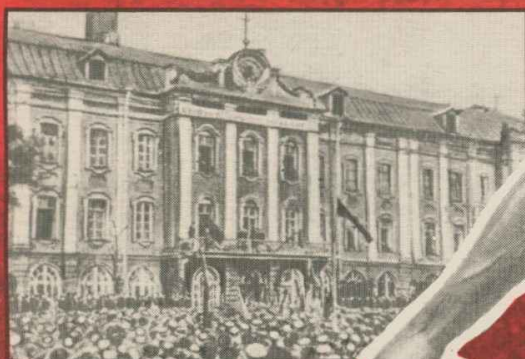
4

auf-
geno.

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

RUSSLAND 1905 – 1907:
DIE ERSTE
VOLKSREVOLUTION
IM IMPERIALISMUS





Der letzte Verteidiger der Festung Brest war gefallen, die Front verschob sich immer weiter nach Osten, und an der Küste des Finnischen Meerbusens leistete die kleine Garnison auf der Halbinsel Hanko erbitterten Widerstand. Sie verwehrt bis zum Dezember 1941 den Zugang zu Leningrad. Fünf lange Monate.

Alexander Meshujew, einer der Überlebenden von Hanko, erinnert sich:

„Manchmal konnte man nicht einmal über den Platz rennen, so dicht war der Geschöhhagel. Die Erde schien zu brodeln...“ Das ist keine Übertreibung. Es gab Tage, an denen der Feind das winzige Fleckchen Erde mit etwa 7000 Geschossen und Granaten belegte. Alle 10 Sekunden eine Detonation, alle 10 Sekunden umherpfeifende Splitter. Welches Herz kann dem standhalten? Doch die Garnison hielt stand.

Bis zum 15. Juli griff der Gegner Hanko aus der Luft und von See an. Dann bot der Befehlshaber der finnischen Armee, Baron Mannerheim, der eingeschlossenen Garnison an zu kapitulieren. Die Antwort bestand in einem so deffigen Seemannswort, daß das ganze belagerte Leningrad hohnlachte.

Am 16. Juli schoß der Kriegsberichterstatter Meshujew obenstehendes Foto. Die Seelandungstruppe Hauptmann Granins unternahm einen Gegenangriff und landete mit einem Überraschungsstoß auf den vom Gegner besetzten Nachbarinseln. Die Soldaten wußten bereits, daß die ganze Front vom Weißen bis zum Schwarzen Meer zurückgezogen worden war, und erwarteten keine Hilfe. Sie gingen todesmutig vor.

Zu Beginn des Winters war die Front bis zu den Vororten Moskaus vorgerückt, Hanko aber wurde noch immer gehalten. Anfang November schrieben ihre Verteidiger an die Verteidiger der Hauptstadt: „Schmerzerfüllt erfuhren wir von der Moskau bedrohenden Gefahr. Der Feind will das Herz unserer Heimat erobern. Wir sind sicher, daß die faschistischen Horden vor Moskaus Mauern ihr Grab finden. Hier, auf dem kleinen Stück Land, weit von unseren Heimatstädten und unserer geliebten Hauptstadt, von unseren Frauen und Kindern, Schwestern und Müttern, fühlen wir uns als Vorposten der Heimat. Wir wissen, daß die Heimat mit uns ist.“ Wenig später kam aus der belagerten Hauptstadt die Antwort:

„Jahrzehnte, Jahrhunderte werden vergehen, die Menschheit aber wird nicht vergessen, wie ein Häuflein mutiger Patrioten des Sowjetlandes den Tod im Namen des Sieges verachtete und ein Beispiel an Tapferkeit gab... Ewige Ehre und unvergänglicher Ruhm euch, ihr Helden von Hanko!“

Als Alexander Meshujew uns dieses Foto übergab, erzählte er:

„Ich war aus einem Boot gesprungen, hatte mich hinter einem Granitfelsen verborgen und konnte im Kreuzfeuer zwei Aufnahmen machen, bevor unsere Soldaten die Küste erreicht hatten. In der Nacht gelang es, den Film mit einem Torpedoboot nach Leningrad zu befördern, und bald darauf erschien das Foto in den Zeitungen.“

Damals, im Sommer 1941, sah die Welt zum erstenmal die Helden von Hanko.

LEHREN DES KLASSENKAMPFES

Manche Jahre kommen, was die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, das Tempo der politischen Erkenntnisse der Klassen, den Zusammenbruch von Illusionen angeht, die sonst lange und unersprießlich gehegt worden wären und die Entwicklung erschwert hätten, Jahrzehnten gleich. Ein solcher Zeitraum in der russischen Geschichte war die erste bürgerlich-demokratische Revolution von 1905–1907. Ihr Hegemon, der Führer aller Werktätigen, war die Arbeiterklasse. Ihrem sozialökonomischen Inhalt nach bürgerlich-demokratisch, wurde diese Revolution den Mitteln und Formen des Kampfes nach proletarisch.

Können diese Jahre heute, da die Teilnehmer und Zeugen der Ereignisse jener Jahre nicht mehr am Leben sind, da selbst die Zeitgenossen jener Revolution ihr 90. Lebensjahr angetreten haben, da das 20. Jahrhundert selbst ausklingt, andere Gefühle hervorrufen als bloßes historisches Interesse? Können wir mit dem Blick auf die Welt von heute Merkmale in ihr erkennen, die die Aktualität der 80 Jahre zurückliegenden Ereignisse in sich tragen? Auf beide Fragen läßt sich wohl ohne das Risiko der Übertreibung positiv antworten. Und zwar aus folgendem Grund:

Rußland selbst war Anfang des Jahrhunderts ein Zentrum der wichtigsten Klassenwidersprüche der Epoche des Imperialismus. Es ging mit den wirtschaftlichen Fesseln des Feudalismus an den Füßen und den politischen Halseisen der Monarchie ins 20. Jahrhundert. Die ganze wirtschaftliche Schwäche und politische Fäulnis des Regimes zeigte sich in der Niederlage des Zarismus im Russisch-Japanischen Krieg. Er hatte vor allem die Probleme der werktätigen Klassen — der Bauernschaft, die in Rußland den größten Teil der Bevölkerung stellte, und der zahlenmäßig geringen, jedoch in den Hauptindustriezentren konzentrierten Arbeiterklasse — vertieft. Die kleinbürgerliche Masse verband mit den Arbeitern — der fortschrittlichen Klasse der Zukunft — die allgemeine Unzufriedenheit mit der bestehenden Lage. Der spontane Protest des Kleinbürgertums, der mit dem Glauben an den "guten Willen des Zaren" einherging, erfolgte parallel zu dem Kampf von Menschen, die sich dank der Aufklärungs- und organisatorischen Arbeit der gerade gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR), als Vortrupp der Gesellschaft verstanden. Die blutige Niederschlagung der friedlichen Demonstration der Arbeiter in Petersburg am 9. (22.) Januar 1905 durch zaristische Truppen hatte ganz Rußland erschüttert.

"Tausende von Toten und Verwundeten — das ist das Ergebnis des 9. Januar, des Blutsonntags in Petersburg", schrieb Lenin. "Das Militär hat wehrlose Arbeiter, Frauen und Kinder besiegt. Das Militär hat den Feind bezwungen, hat am Boden liegende Arbeiter zusammengeschossen. 'Wir haben ihnen eine ordentliche Lektion erteilt!' sagen jetzt mit unbeschreiblichem Zynismus die Zarendiener und ihre europäischen Lakaien aus dem Lager der konservativen Bourgeoisie." Doch beachten Sie den revolutionären Optimismus der Schlußfolgerung Lenins: "Die Arbeiterklasse hat eine große Lektion des Bürgerkriegs erhalten; die revolutionäre Erziehung des Proletariats hat an diesem einen Tag so große Fortschritte gemacht, wie sie sie in Monaten und Jahren des grauen, niederdrückenden Alltagslebens nicht hätte machen können."

Diese Lehre hatten die Massen bei der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 nicht vergessen. Sie gebärte die Kämpfer, die in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution siegten.

Die Lehre von 1905 wurde auch von den unterdrückten Klassen Europas, Amerikas und Asiens begriffen: Die internationale Solidarität der Arbeiterklasse festigte sich, in vielen Ländern erhob sich die revolutionäre und nationale Befreiungsbewegung.

In den vergangenen 80 Jahren hat die imperialistische Bourgeoisie den Massen mehrfach blutige Lehren erteilt: mit zwei Weltkriegen, mit den Aggressionsakten im Nahen Osten, in Vietnam und in Mittelamerika. Die imperialistische Erpressung und das Wettrüsten haben in unseren Tagen beispiellose Ausmaße angenommen. Der ganzen dritten Welt droht im Falle des Ungehorsams ein Blutbad. Doch die Geschichte rächt sich hart an jenen, die ihre Lehren vergessen und ihre Herrschaft wie ein Chagrinleder ausdehnen wollen. Je grausamere Lehren die imperialistische Bourgeoisie der Arbeiterklasse, den werktätigen Schichten der Gesellschaft erteilt, ein desto härterer Schlag wird ihrer Allmacht letztlich versetzt.

Leider jedoch nur letztlich. Bis dahin muß die Mehrheit der Bevölkerung unserer Erde einen hohen Preis zahlen. Es ist der Preis für den Mangel an Wachsamkeit vor diesen Lehren, der Preis für den Mangel an Einheit.

Die Kräfte des siegreichen Sozialismus, die Kräfte der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die Kräfte der gegen den Neokolonialismus kämpfenden nationalen Befreiungsbewegungen sind zusammengekommen natürlich stärker als die vereinigte Oberschicht der imperialistischen Bourgeoisie. Allerdings nur, wenn sie sich der Gemeinsamkeit ihrer Interessen und der Gefährlichkeit der ihnen vom Klassenfeind vorgedauerten Illusionen bewußt werden.

Ich schreibe Ihnen, damit Sie wissen, wie besorgt die Kubaner über die Gefahr eines Kernwaffenkrieges sind, und mit welchem Enthusiasmus wir für den Frieden kämpfen. Alle von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern je ergriffenen Gegenmaßnahmen trugen stets Verteidigungscharakter. So wurde die NATO z. B. vom Imperialismus zu aggressiven Zielen gegründet. Erst danach, angesichts dieser Bedrohung, schlossen sich die sozialistischen Länder in der Warschauer Vertragsorganisation zusammen. Die USA waren es, die als erste die Atombombe schufen. Die Sowjetunion entwickelte sie erst als Antwort darauf. Die USA nahmen als erste den Bau von Atom-U-Booten und interkontinentalen Raketen auf, die UdSSR erst als Gegenmaßnahme. Und haben nicht die Imperialisten vielerlei lokale Konflikte in Mittelamerika, Südostasien, im Nahen Osten und Süden Afrikas provoziert? Es gibt wohl kaum ein Land in der Welt, in dessen innere Angelegenheiten sich die Imperialisten nicht eingemischt hätten. Denken wir nur an unsere Nachbarn El Salvador und Nikaragua. Für die Beendigung dieser Einmischung und für eine politische Regelung müssen wir kämpfen. Ich wünsche vom ganzen Herzen, daß die Gefahr eines Nuklearkrieges für immer aus dem Leben der Menschen verbannt wird, denn ein solcher Krieg bedeutete das Ende der Zivilisation.

Baloy MATOS CANTILLO
Baracoa, Kuba

In NZ 1/85 haben mir besonders die Beiträge über die Tätigkeit der Multis unter der Rubrik "Gewöhnlicher Kapitalismus" gefallen. Mit solchen Artikeln setzt Ihre Wochenschrift die besten Traditionen der marxistischen Publizistik fort. Die "Neue Zeit" zitiert einen Brief des Engländers Harry Bradfield, der schrieb: "Die Arbeiterbewegung im Westen braucht unbedingt Material darüber, wie der Kapitalismus in Wirklichkeit funktioniert." Es ist eben Publizität, was die internationalen Ausbeuter am meisten fürchten. Mit der Entlarvung des Mechanismus der wirtschaftlichen Ausbeutung bringt Ihre Wochenschrift dem ausländischen Leser, ohne ihm unsere Ideologie aufzudrängen, die Klasseninteressen zu Bewußtsein und damit die Notwendigkeit, sich aktiv am politischen Kampf zu beteiligen. In diesem Heft weisen Sie in einer Notiz darauf hin, daß 54 Prozent der Werktätigen der BRD, 57 Prozent in Frankreich und 64 in Großbritannien sich darüber klar sind, daß sie ausgebeutet werden. Solche Artikel tragen dazu bei, daß immer mehr Werktätige diese Tatsache erfassen.

A. WLADIMIROW
Moskau

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 4 JANUAR 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Lehren des Klassenkampfes (Wort des Redakteurs)	1
W. Kusnezow — ...Erst der Anfang	4
J. Tawrowski — Japan—USA. Teure Pilgerfahrt	6
A. Uswatow — 20 kämpferische Jahre (Kommentar)	7
M. Bogdanow — Nein zu Kernwaffen!	8
N. MacDermot, William J. Butler, S. MacBride — Nukleare Aggression rechtswidrig (Interview)	8
D. Antonow — Entschlossenheit Nikaraguas (Kommentar)	9
L. Besymenski — Indiskutabel (NZ-Standpunkt)	10
W. Gerassimow — 40 Jahre Großer Sieg. Das Beispiel Debrecen	10
L. Milowanow — SR Vietnam. Pfirsichblüten	13
A. Baryschew — El Salvador. Verhandlungen oder Krieg!	14
Notizen ♦ Glossen	16
Der Fall Andrija Artukovic (Geschichte und Gegenwart)	18
J. Nalin — Komplott gegen die UNESCO	22
W. Godyna — Diskussion mit dem Leser	24
Dokumente:	
Andrej Gromykos TV-Gespräch mit sowjetischen Kommentatoren	25

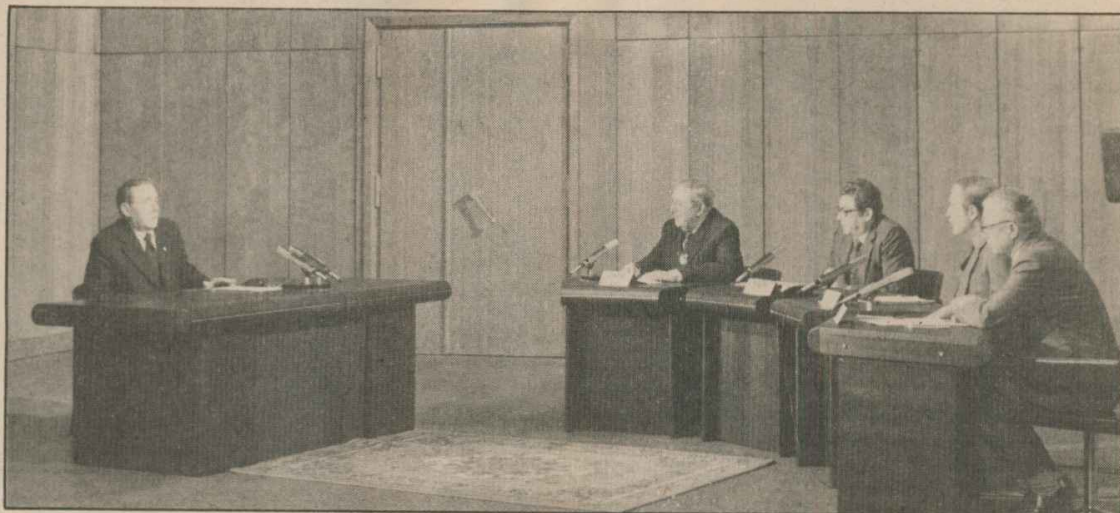


Die Schüsse auf eine friedliche Demonstration von Arbeitern in Petersburg am 9. (22.) Januar 1905 lösten die Revolution von 1905–1907 in Rußland aus. Der Bildhauer Iwan Schadr hat dieses Ereignis in seinem Werk "Pflasterstein — Waffe des Proletariats" verewigt. Diese Skulptur wurde für die sowjetischen Menschen zum Symbol der ersten Volksrevolution in der Epoche des Imperialismus, die den Prolog zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bildete.

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.



Am 13. Januar traf Andrej Gromyko mit politischen Kommentatoren der "Prawda", der "Iswestija", von TASS sowie des Zentralen Fernsehens und Rundfunks zusammen, denen er Fragen zu Ergebnissen und Bedeutung seines Genfer Treffens mit US-Außenminister Shultz am 7. und 8. Januar 1984 in Genf. Unser TASS-Foto: Während des Interviews

Am 11. Januar veröffentlichte die sowjetische Presse eine Mitteilung über die jüngste Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Zur Debatte stand die Mitteilung Andrej Gromykos über sein Treffen mit US-Außenminister George Shultz am 7. und 8. Januar 1984 in Genf. Einmütig kam die Ansicht über die Wichtigkeit der dabei erzielten Übereinkunft über Gegenstand und Ziele der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen zu Weltraum- und Nuklearwaffen zum Ausdruck, die im Zusammenhang behandelt und entschieden werden. Besonders wurde dabei unterstrichen, daß nur die strikte Einhaltung der erzielten Übereinkunft in all ihren Teilen bei den Verhandlungen einen realen Fortschritt zur Beendigung des Wettrüstens, zur Abwendung der Nuklearkriegsgefahr und schließlich zur Beseitigung der Kernwaffen gewährleisten kann. Daran sind die Völker der Welt zutiefst interessiert. Das ist die grundsätzliche konstruktive Einstellung der Sowjetunion zu den Verhandlungen. Das gleiche erwartet sie von den USA.

Der polnische Verlag "Książka i Wiedza" gab gemeinsam mit dem sowjetischen Verlag "Progress" das Buch Konstantin Tschernenkos "Fragen der Arbeit des Partei- und Staatsapparats" in Polnisch heraus. Eingeleitet wird es mit einem

Vorwort Konstantin Tschernenkos an die polnischen Leser, in dem es u. a. heißt: "Die Welt des Sozialismus widersteht zuverlässig den verstärkten Angriffen der imperialistischen Reaktion. Unsere Klassenfeinde können uns leider noch Unannehmlichkeiten bereiten, manchmal ziemlich große. Doch sind sie nicht in der Lage, unseren Fortschritt aufzuhalten oder gar den Weltsozialismus zu bedrängen. Der Strom des neuen Lebens, die historische Bewegung des Sozialismus gewinnen an Kraft und räumen alle Hindernisse aus ihrem Weg."

Am 9. Januar veröffentlichte die sowjetische Presse die Gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung zu den Ergebnissen des Genfer Treffens zwischen Andrej Gromyko und George Shultz. In der Erklärung heißt es: "Entsprechend der früher erzielten Vereinbarung fand am 7. und 8. Januar 1985 in Genf ein Treffen zwischen dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, und dem Außenminister der USA, George Shultz, statt. Während des Treffens wurde die Frage des Gegenstandes und der Ziele der bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und

Weltraumwaffen erörtert. Die Seiten stimmen darin überein, daß Gegenstand der Verhandlungen der Komplex von Fragen sein wird, die die Weltraum- und nuklearen Waffen, strategischer und mittlerer Reichweite, betreffen, wobei alle diese Fragen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang erörtert und gelöst werden. Ziel der Verhandlungen wird die Ausarbeitung effektiver Übereinkünfte sein, die auf die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und seine Beendigung auf der Erde, auf die Begrenzung und Reduzierung der nuklearen Rüstungen und auf die Festigung der strategischen Stabilität gerichtet sind. Die Verhandlungen werden von jeder Seite durch eine Delegation geführt, die in drei Gruppen unterteilt ist. Schließlich müssen, nach Meinung der Seiten, die bevorstehenden Verhandlungen wie auch alle Anstrengungen im Bereich der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen zur vollständigen und allseitigen Vernichtung der Kernwaffen führen. Das Datum des Beginns der Verhandlungen und der Ort ihrer Durchführung werden im Verlauf eines Monats auf diplomatischem Wege vereinbart."

Am 15. Januar überreichte Wassili Kusnezow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, dem Vorsitzenden der KP Österreichs, Franz Muhri, im Kreml den Orden der Oktoberrevolution.

Am 8. Januar fand in Moskau die erste Plenarsitzung der Arbeitsgruppe der sowjetisch-amerikanischen Handelskommission statt.

...ERST DER ANFANG

Wladlen KUSNEZOW

Die Begegnung zwischen Andrej Gromyko und US-Außenminister George Shultz am 7. und 8. Januar in Genf ist ihrer Aufgabe gerecht geworden. Als Verhandlungsgegenstand wurde der Fragenkomplex der Weltraum- und Nuklearwaffen, strategischer wie mittlerer Reichweite, festgelegt. Es wurde vereinbart, diese Fragen im Zusammenhang zu behandeln und zu lösen sowie je eine, in drei Gruppen unterteilte Delegation zu den Verhandlungen zu entsenden.

Über die nächsten, unmittelbaren Verhandlungsziele wie über die Endziele wurde eine klare Übereinkunft erzielt. Vor allem müssen wirksame Vereinbarungen zur Verhütung des Wettrüstens im Weltraum und dessen Einstellung auf der Erde, zur Begrenzung und Reduzierung der Nuklearwaffen, zur Festigung der strategischen Stabilität erarbeitet werden. Das Endresultat wurde folgendermaßen formuliert: Beseitigung der Kernwaffen, vollständig und überall.

Die prinzipiellen Fragen über Aufgabe, Charakter und Verfahrensweise der künftigen Verhandlungen sind also entschieden. Die Initiative der UdSSR, auf die die USA eingegangen sind, hat zu einem positiven, hoffnungserweckenden Schritt bei der Anbahnung des Dialogs zwischen den beiden Ländern geführt. Dieses Ergebnis ruft bei den sowjetischen Menschen tiefe Befriedigung hervor, die von der ganzen fortschrittlichen Weltöffentlichkeit geteilt wird.

Bei der Bewertung der konstruktiven Resultate und der Bedeutung der Genfer Begegnung hat das Politbüro des ZK der KPdSU besonders hervorgehoben, daß nur die strikte Einhaltung der erzielten Übereinkünfte in all ihren Teilen während der Verhandlungen einen realen Fortschritt zur Beendigung des Wettrüstens, zur Beseitigung der Nuklearkriegsgefahr und schließlich zur Beseitigung der Kernwaffen gewährleisten kann. Die Haltung der UdSSR und die Ausgangsposition der USA wurden von Andrej Gromyko in einem Fernsehinterview mit sowjetischen Kommentatoren am 13. Januar tieferschürfend und ausführlich analysiert.

Nur eine konstruktive, sachliche und ehrliche Haltung entspricht den Wünschen und Lebensinteressen der Weltgemeinschaft. Die Völker setzen

große Hoffnungen in die bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen. Sie hoffen auf die Eindämmung der gefährlichen und ruinierenden Rüstungslawine.

Die Definition von Verhandlungsgegenstand und -zielen ist erst der Anfang eines offenbar weiten und nicht leichten Weges. Zwischen der gemeinsam ausgearbeiteten Tagesordnung bis zu koordinierten Entscheidungen, die beide Seiten befriedigen, liegen riesige Entfernungen. In welchem Tempo, auf welche Weise werden die qualitativ und technisch komplizierten Fragen gelöst werden? Der zurückzulegende Weg ist mit Dornen gespickt. Außer dem Kompaß und der festgelegten Route bedarf es ausreichender Reserven guten politischen Willens und der Bereitschaft zu einem ehrlichen Kompromiß, zum Brückenschlag über die Abgründe der Differenzen, zum Durchbrechen der Sackgassen, die sich ergeben können.

Um zu einer Welt ohne Kriege und Waffen zu gelangen, muß in drei grundsätzlichen Richtungen vorgegangen werden. Die Hauptsache, die ganze Arbeit steht noch bevor.

Erste Richtung

Viele Weltregionen sind bereits zu potentiellen "Kriegsschauplätzen", um den Lieblingsausdruck des Pentagon zu gebrauchen, geworden. Jetzt soll auch der Weltraum zu einem solchen "Schauplatz" gemacht werden. Wenn es bislang nicht gelingt, das Wettrüsten auf der Erde zu stoppen, was wird werden, wenn es sich auf den erdnahen Raum ausdehnt?

Es gibt heute keine dringlichere Aufgabe als die Verhütung der Militarisierung des Weltraums. Wenn man heute das Tor zum Weltraum dafür nicht verriegelt, wird es morgen weit aufgesperrt sein und sich kaum mehr verschließen lassen. Das ist die harte Wahrheit, die man in der UdSSR erkannt hat, während man sich in den USA noch immer mit Projekten trägt, die nur als wahnwitzig zu bezeichnen sind.

Washington hat seinerzeit die Verhandlungen über die Raketenabwehrsysteme einseitig abgebrochen. Es weigerte sich auch, die im Juni 1984 von der UdSSR vorgeschlagenen Verhandlungen über die Verhütung einer

Militarisierung des Weltraums zu akzeptieren. Nur dank der Standfestigkeit der UdSSR wurde diese Frage schließlich auf die Tagesordnung der bevorstehenden Verhandlungen gesetzt.

Dabei handelt es sich jedoch um eine erzwungene Zustimmung der US-Administration. Worauf orientiert sie sich eigentlich — auf eine Übereinkunft mit der UdSSR oder auf etwas anderes? Bereits nach der Genfer Begegnung bestätigte der US-Präsident sein Vorhaben, die "Forschungsarbeiten" zur Schaffung eines großangelegten Raketenabwehrsystems mit Weltraumwaffen fortzusetzen. Eines Systems, das in den USA Programm der "Sternenkriege" getauft wurde. Dort wie im Ausland wurde dieses Projekt von vielen als erneuter Abenteuerismus in unserem nuklearen und kosmischen Zeitalter empfunden. Genauso wird es in der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten bewertet. Selbst engste NATO-Verbündete der USA haben Alarm geschlagen. Welche Schlußfolgerungen will nun das Weiße Haus daraus ziehen?

Hier der Auszug aus dem Stenogramm eines Gesprächs Ronald Reagans mit Journalisten:

"Frage: Was können Sie zu der Kritik der Russen an den 'Sternenkriegen' sagen?

Antwort: Sie begreifen nicht, worin unsere Forschungen bestehen, aber wir teilen ihnen gerne mit, worum es sich konkret handelt, und ich denke, sie werden sich überzeugen lassen.

Frage: Mitterrand und Thatcher sind ebenfalls darüber beunruhigt.

Antwort: Ich werde es auch ihnen erläutern."

Wovon will man die künftigen Verhandlungspartner und die NATO-Verbündeten nur überzeugen? Davon, daß die "Initiative im Bereich der strategischen Verteidigung" ein Mittel "zur Festigung der globalen Sicherheit ist". Und dazu "ein bedeutender Anreiz zum Abbau der Rüstungen". Und sogar ein höchst humanes und höchst moralisches Projekt, denn es zielt "auf die Vernichtung von Raketen, nicht aber von Menschen".

Es gibt tatsächlich Leute in den USA, die das glauben. Kein Wunder! Kann es

die von ihren hausgebackenen Strategen mit allen möglichen Kriegen und der Legende von der "sowjetischen militärischen Bedrohung" erschreckten Amerikaner etwa nicht locken, in einer hundertprozentig sicheren Festung zu leben, von der die Raketen des aggressiven "potentiellen" Gegners wie Erbsen abprallen? Man will die Amerikaner an den Gedanken gewöhnen, daß ein Krieg gar nicht so schlimm sei, wenn es nur einen Schutz durch "Superwaffen" gebe.

Andere Leute allerdings sind nicht so leichtgläubig. Gibt es erstens die Garantie, daß die "Festung" tatsächlich so total unverwundbar ist? Viele Wissenschaftler und Militärexperten — auch in den USA selbst — meinen, eine "ideale" Raketenabwehr sei kaum möglich, sondern eher ein "Luftschloß", die Ausgeburt einer überhitzten Phantasie, die offenbar von übertriebenen Vorstellungen über die "unbegrenzten" Möglichkeiten der US-amerikanischen Technologie geblendet ist. Zweitens, wo ist die Garantie dafür, daß aus der Verteidigungsfestung nicht plötzlich eine nukleare Salve abgegeben wird, um so mehr als das Weiße Haus sich hartnäckig weigert, dem Beispiel der UdSSR zu folgen, die einseitig die Verpflichtung übernommen hat, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, sondern vielmehr auf sein "Recht" auf den Erstschatz pocht?

Der Sinn des Weltraumplans des Weißen Hauses liegt, so sehr man ihn verschleiern möchte, auf der Hand. Es handelt sich um den Versuch, sich vor einer Vergeltung zu schützen und damit die Fähigkeit zu erlangen, straflos den Erstschatz zu führen. Um den Versuch, die entscheidende militärische Überlegenheit zu erlangen, die fieberhaften Vorbereitungen zur Militarisierung des Kosmos und die Ausarbeitung aggressiver Szenarien für "Sternenkriege" hinter der angeblich erforderlichen Verteidigungstätigkeit zu verbergen. Um den Versuch, die UdSSR totzurüsten. Schließlich um den Versuch, die "strategische Initiative des Präsidenten" als Trumpf, als Druckmittel bei den bevorstehenden Verhandlungen zu benutzen.

Das alles kann nur zur Erschütterung jener strategischen Stabilität führen, deren Festigung in Genf vereinbart wurde.

Die Haltung der UdSSR ist klar und eindeutig: keinerlei Waffen im Weltraum. Sie will, daß auf Weltraumwaffen einschließlich Satelliten- und Raketenabwehrwaffen aller

Stationierungsarten verzichtet wird. Mit anderen Worten, daß die militärische Bedrohung der Erde aus dem Weltraum und des Weltraums von der Erde und vom Weltraum selbst ausgeschlossen wird.

Zweite Richtung

Die Verfechter der "Sternenkriege" behaupten, die forcierte Entwicklung der Raketenabwehrsysteme gestattete es den Nuklearmächten, strategische Offensivwaffen abzubauen, die damit "überholt", "nutzlos" usw. würden. Wozu solle man das strategische Schwert zücken, wenn es allein bei der Berührung eines absolut unverwundbaren Verteidigungsschildes in Stücke ginge?

Sie selbst jedoch wollen sowohl Schild als auch Schwert besitzen. Und zwar ein Schild, das sie vor der Vergeltung schützt und gleichzeitig die Bewahrung ihres Angriffspotentials für eventuelle Folgeschläge nach dem Erstschatz gewährleistet.

Wollen die USA vielleicht der durch den Vertrag über die Raketenabwehr als auch durch SALT 1 und SALT 2 bestimmten Haltung zur Durchsetzung der Begrenzung der strategischen Rüstungen, der Verteidigungs- wie der Offensivwaffen, völlig abschwören? Sie gehören nun einmal untrennbar zusammen, denn hier handelt es sich um die "Wechselwirkung von Schild und Schwert". Wird der Schild perfektioniert, dann wird das Schwert geschärft. Weshalb geschieht das? Damit der Besitzer des härteren Schildes nicht der Verlockung unterliegt, in der Hoffnung auf den straflosen Ausgang einen Erstschatz zu führen. Wird das Schwert geschärft, dann wird der Schild perfektioniert. Wer wird schon die Hände in den Schoß legen, während der andere sich ein bedeutendes Übergewicht verschafft? Die Begrenzung für die Raketenabwehrsysteme aus dem SALT-Prozess auszuklammern bedeutet, eine unaufhaltsame Hochrüstung bei Offensivwaffen entfesseln.

Die "großangelegte" amerikanische Raketenabwehr "entwertet" keineswegs das strategische Angriffsarsenal. Im Gegenteil, sie bedingt die Aufstockung und Perfektionierung dieses Potentials, das die wichtigste militärische Schlagkraft war und bleibt. Seine Komponenten: ballistische Interkontinentalraketen MX, ballistische Raketen an Bord der Atom-U-Boote Trident-1 und Trident-2, strategische Bomber B1B und Stealth, see- und landgestützte Marschflugkörper großer Reichweite. Unter diesen Bedingungen ist das Projekt der großangelegten Raketenabwehr nichts

anderes als integriertes Bestandteil des Angriffs-, des Erstschatzarsenals.

Die Schaffung des Weltraumschildes ist in der Kombination mit zwei Komponenten geplant: dem strategischen Schwert mit Fernkampfwirkung, also vom Territorium der USA aus, und dem strategischen Schwert mit Nahkampfwirkung, vom Territorium Westeuropas aus, wo die vorgeschobenen Kernwaffen konzentriert und angehäuft werden.

Die forcierte Entwicklung der Weltraumwaffen untergräbt die Chancen für eine Begrenzung und Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen. Doch gerade das wird offenbar vom Pentagon einkalkuliert. Dort brennt man keineswegs darauf, der eigenen Überlegenheit in den einen oder anderen Komponenten (in der Gesamtzahl der nuklearen Sprengsätze, in ballistischen U-Boot-Raketen und in strategischen Bombern) — bei einem ungefähren militärstrategischen Gleichgewicht — verlustig zu gehen. Dagegen brennt man darauf, die UdSSR der Überlegenheit in landgestützten ballistischen Interkontinentalraketen zu berauben.

Die jetzige Administration hat — im Unterschied zu früheren — kein einziges Abkommen über die Rüstungsbegrenzung mit der UdSSR beschlossen. Mehr noch, sie steuert weiter ihren Kurs auf die Aushöhlung bereits geschlossener Abkommen oder weigert sich, sie zu ratifizieren, wobei sie nicht einmal davor zurückscheut, sich der strikten Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der USA zu entziehen sowie eine Reihe der in Verträgen und Abkommen vorgesehenen Begrenzungen zu umgehen und zu verletzen. Die "New York Times" schrieb in diesem Zusammenhang, die Vertreter der USA wollten noch immer "Moskau lediglich solche Abkommen vorschlagen, die den USA eindeutige Überlegenheit verleihen".

Wird sich diese destruktive Einstellung zur Begrenzung der strategischen Rüstungen ändern?

Die Sowjetunion verlangt von niemandem etwas zu tun, zu dem sie nicht selbst bereit wäre. Sie ist bereit, unverzüglich alle ihre Nuklearwaffen einzufrieren, sofern andere Mächte, wenn auch zunächst nur die USA, ebenso handeln. Sie ist bereit zur radikalen Reduzierung dieser Waffen auf der Basis des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit.

Dritte Richtung

In Westeuropa sind bereits über 100 Einheiten der Mittelstreckenwaffen des

Pentagon stationiert, also mehr als ein Fünftel des gesamten Raketenkontingents, das im Rahmen der nuklearen "Nachrüstung" der NATO aufgestellt werden soll. Auf diese Weise wird ein Zweigdepot des strategischen Angriffsarsenals der USA angelegt, denn die vorgeschobenen Nuklearwaffen, die Objekte auf dem Territorium der UdSSR in knapp 8 bis 10 Minuten erreichen können, stellen ganz offensichtlich eine Kategorie strategischer Waffen dar. Dieser Umstand muß natürlich bei der Behandlung der strategischen Nuklearwaffen berücksichtigt werden.

Die Stationierung von Erstschlagswaffen nahe den sowjetischen Grenzen in Europa enthüllt die ganze Hinterhältigkeit der Argumentation Washingtons, das behauptet, die "Verteidigungspläne" im Weltraum sollten die "beiderseitige garantierte Vernichtung" durch eine "humanere" Haltung, nämlich das "beiderseitige garantierte Überleben", ersetzen. Man will sich selbst einen Weltraumhelm überstülpen, die anderen

aber ins Schach des "Entwaffnungsschlages" stellen. Angesichts der weiteren Stationierung der Kernwaffen des Pentagon auf dem westeuropäischen NATO-Vorposten wird die Entwicklung eines großangelegten Raketenabwehrsystems noch bedrohlicher.

Die NATO-Partner der USA regen sich nicht umsonst auf. Die Reagansche Konzeption der "Sternenkriege" ist, wie der diplomatischen Kreisen in Bonn nahestehende "General Anzeiger" äußert, nicht nur sinnlos, sondern bedeutet eine unmittelbare Bedrohung Westeuropas. Reagans Pläne lösen bei den Europäern Besorgnis und Zweifel aus. Die USA wiegen sich offenbar in Sicherheit und wollen Europa seinem Schicksal überlassen. Die Pläne Reagans seien nicht nur für die Sowjetunion gefährlich, sondern auch für die europäischen Verbündeten der USA, bemerkt das Blatt.

Der Londoner CBS-Korrespondent T. Fenton stellt fest: "Die Westeuropäer glauben, daß das Programm der

'Sternenkriege' die nuklearen Garantien der USA für Europa sinnlos macht und die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß der Krieg auf dem Kontinent ausgetragen wird." So ist das also. Und danach wagt Washington noch zu behaupten, die UdSSR treibe einen weiteren Keil, diesmal den der Weltraumrüstung, in die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa. Washington selbst verbreitet tödlichen Schrecken, aber Moskau ist schuld daran...

Besondere Sorgen haben die britische und die französische Regierung. Sie fürchten, die US-amerikanische Weltraumstrategie könne die Bedeutung ihrer "unabhängigen" Nuklearkräfte abwerten und zunichte machen. Doch das liegt noch in weiter Ferne, denn die "strategische Verteidigungsinitiative" kann allem Anschein nach, sofern das überhaupt möglich ist, erst entweder Ende des jetzigen oder Anfang des kommenden Jahrhunderts realisiert werden. Bislang aber hört man, daß London und Paris der Abwertung ihres Kernwaffenpotentials keineswegs unfähig zusehen wollen. Es

JAPAN--USA

IN JAPAN WIRD DAS NEUE JAHR GEWÖHNLICH MIT EINEM TEMPELBESUCH EINGELEITET: OPFERGABEN SOLLEN DIE GÖTTER GENEIGT STIMMEN. DER PILGER LÄSST SICH AN EINEM IN DER HAND GEHALTENEN PFEIL ERKENNEN, DER VOR BÖSEN GEISTERN SCHÜTZT.

TEURE PILGERFAHRT

Auch Japans Ministerpräsident Nakasone hat sich an diesem Brauch gehalten. Er allerdings pilgerte nach Los Angeles, wo er mit US-Präsident Reagan zusammentraf und zum fünftenmal in seiner gut zweijährigen Amtszeit japanisch-amerikanische Gipfelgespräche führte. Um nicht gegen die Tradition zu verstoßen, hatte Nakasone allerhand Opfergaben mitgebracht. Es wurde beschlossen, den japanischen Stahlexport in die USA zu kürzen. Unterzeichnet wurde ein Protokoll über gemeinsame Kampfeinsatzes der japanischen und der US-amerikanischen Truppen im Falle "außerordentlicher Umstände". Ein weiteres "Geschenk" an die USA bestand in der abermaligen wesentlichen Erhöhung der Militärausgaben, und zwar um 6,9% (gegenüber 6,5% im Vorjahr). Die Forderungen der Militärs, ihren Anteil am Haushalt zu erhöhen, waren auf den Widerstand des Finanzministeriums und jener Dienststellen gestoßen, deren Etats

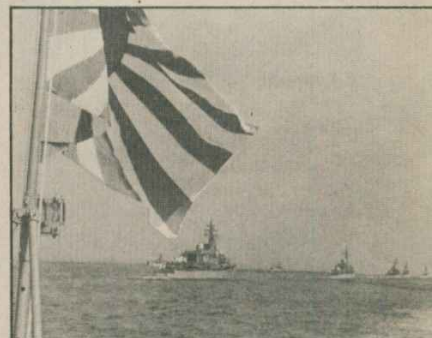
eingefroren oder reduziert worden waren. Nur das persönliche Eingreifen Nakasones habe, wie Zeitungen schrieben, der

Die erstarkende Armee Japans ist ein getreuer Bundesgenosse des Pentagon im Fernen Osten

Fotos: TASS

militärischen Führung bei der Durchsetzung ihrer Interessen geholfen.

Nakasone wurde recht liebevoll aufgenommen. Es gelang ihm, die akuten Handelsgegensätze in den Hintergrund zu drängen und die Aufmerksamkeit auf die gemeinsamen Fragen der strategischen Zusammenarbeit beider Länder zu konzentrieren. Nakasone lag sehr daran, nicht nur die während seiner Amtszeit verbesserten Beziehungen zu



wird beschleunigt aufgestockt und perfektioniert. Und natürlich verdient diese Tatsache die starke Aufmerksamkeit der sowjetisch-amerikanischen Gruppe, die sich mit dem Problem der Kernwaffen in Europa zu beschäftigen haben wird. Die Frage der Einbeziehung der britischen und französischen Kernwaffen, die ein Viertel des Kernwaffenpotentials der NATO ausmachen, bleibt nach wie vor eine dringliche Forderung.

Die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen hat eine neue, besonders gefährliche Phase der nuklearen Konfrontation und des Wettrüstens auf dem Kontinent eingeleitet. Je mehr Waffen über den Ozean kommen, desto bedrohlicher und instabiler wird die Situation in Europa, desto komplizierter wird es auch, eine Vereinbarung über die Minderung der nuklearen Konfrontation auf dem Kontinent zu treffen. Angesichts dessen muß zumindest die Anhäufung neuer Kernwaffen beendet werden. Die sowjetischen Vorschläge zur Reduzierung und Begrenzung der nuklearen Rüstungen

in Europa bleiben in Kraft. Der Kontinent muß vollständig von nuklearen Mittelstrecken- wie taktischen Waffen frei werden.

Es ist klar, daß man bei den bevorstehenden Verhandlungen in den drei Richtungen nur schwer vorankommen wird. Doch diese Marathondistanz (das dürfte sie höchstwahrscheinlich sein) läßt sich durchaus überwinden, wenn die Partner sich an den unfehlbaren Kompaß des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit halten. "Nicht die Täuschung des Partners und der Öffentlichkeit — mit dieser Moral können wir uns nicht einverstanden erklären —, sondern die Suche nach beiderseits akzeptablen Lösungen, die den Interessen des Friedens entsprechen, muß das Verhandlungsziel sein", betonte Konstantin Tschernenko.

Wenn Washington diesen den allgemeinen Normen zwischenstaatlicher Verhandlungen entsprechenden Kriterien zustimmt und sich danach richtet, darf man auf positive Ergebnisse hoffen.

Washington, sondern auch seine diplomatische Kunst zu demonstrieren und damit seine merklich geschwächte Position bei den Fraktionsauseinandersetzungen in der Regierungspartei zu stärken. Diese Akzentverschiebung bei den Verhandlungen entsprach übrigens auch dem Gusto Washingtons. Dort betrachtet man den jetzigen japanischen Ministerpräsidenten nicht nur als idealen Partner bei der Durchsetzung der eigenen Asien-Politik, sondern auch als den proamerikanischsten Politiker unter den Staatschefs der größten kapitalistischen Mächte.

Bei den Verhandlungen in Los Angeles untermauerte Nakasone seinen Ruf mit der offiziellen Erklärung, er habe "Verständnis" für Reagans "Initiative im Bereich der strategischen Verteidigung". Diese Erklärung bietet nicht nur Möglichkeiten, das wissenschaftlich-technische Potential Japans für die US-amerikanischen Pläne zur Militarisierung des Weltraums zu nutzen, sie erlegt Tokio, wie die vom Ministerpräsidenten in Williamsburg befürwortete Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing in Westeuropa, einen Teil der Verantwortung für die beschleunigte Hochrüstung auf. Nicht zufällig haben die Worte Nakasones in Japan scharfe Kritik ausgelöst. Große Oppositionsparteien äußerten ihren Protest.

Einen beachtlichen Raum in den Gipfelgesprächen nahm der Gedanke einer "pazifischen Gemeinschaft" ein. Nach Ansicht Nakasones könne Tokio dabei am besten die Rolle des "Kurombo" spielen, wie in altem Kabuki-Theater Mitglieder der Bühnentruppe heißen, die

wegen ihrer dunklen Kleidung und ihrer Masken "unsichtbar" bleiben. In Tokio will man vorsichtig vorgehen, da man den zunehmenden Widerstand jener asiatischen Länder gegen diese Pläne berücksichtigt, die in den Kriegsjahren Opfer des japanischen Militarismus geworden waren. Gleichzeitig nimmt in Japan das Mißfallen darüber zu, daß aus der "pazifischen Gemeinschaft" statt einer überwiegend japanisch beeinflussten Wirtschaftssphäre lediglich ein weiterer von Washington kontrollierter Militärpakt wird.

Trotz der fast völligen Übereinstimmung in politischen Fragen konnten Nakasone und Reagan Wirtschaftsprobleme nicht umgehen. Symbolisiert werden sie von dem 35-Md.-Defizit der USA im Handel mit Japan. Reagan verlangte eine weitere Öffnung des japanischen Marktes für amerikanische Güter: Fernsehanlagen, Holz, Computer. Nakasone versprach bis zum März d. J. ein neues "Maßnahmepaket" zur Liberalisierung des Marktes. Vorgesehen sind auch spezielle Konsultationen auf Ministerienebene über den Ankauf von US-Nachrichtensatelliten.

Der Ministerpräsident hat also auf seiner Pilgerfahrt wesentliche Zugeständnisse gemacht und von dort den Pfeil des "Sternenkrieges" mitgebracht. Dieser Pfeil wird Japan nicht vor der Anklage der Handelsexpansion und vor der Errichtung von protektionistischen Schranken schützen können. Er verdeutlicht lediglich die Gefahren, die das Land im Fahrwasser der abenteuerlichen Pläne der USA erwarten.

J. TAWROWSKI
Eigenbericht

Tokio

20 KAMPFERISCHE JAHRE

Die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Demokratischen Volkspartei Afghanistans haben nicht nur im Lande selbst, sondern auch im Ausland Beachtung gefunden, denn die nationaldemokratische Aprilrevolution des afghanischen Volkes unter Führung der DVPA hatte dem Land 1978 die Perspektive zur Überwindung der jahrhundertalten Rückständigkeit und zum Aufbau eines neuen Lebens geboten.

Die DVPA hat in diesen 20 Jahren einen ruhmreichen, jedoch schweren Weg zurückgelegt, der auch nicht frei von Fehlern war. Wie der Generalsekretär des ZK der DVPA, Babrak Karmal, hervorhob, trifft die Partei heute geschlossener als je zuvor auf, doch bleibt die Festigung der Einheit der Partei die ständige Aufgabe aller Parteikomitees und -organisationen sowie aller ihrer Mitglieder.

Die DVPA ist nicht nur die Regierungspartei des heutigen Afghanistan, sie ist auch eine Partei von Kämpfern. 60 Prozent ihrer Mitglieder dienen in den Streitkräften, und Parteimitglieder bilden auch den Kern der Trupps und Gruppen zur Verteidigung der Revolution und des örtlichen Selbstschutzes. Sie führen einen harten Kampf gegen die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion, die Afghanistan einen unerklärten Krieg aufgezogen haben.

Unter diesen komplizierten Bedingungen hat das Land unter Führung der DVPA bestimmte Erfolge im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich errungen. Der Ausstoß der Industrieproduktion wächst. An der Bodenreform beteiligten sich die Bauern selbst immer aktiver. Mehr als eine Million Afghanen haben lesen und schreiben gelernt.

Natürlich könnten diese Leistungen unter Friedensbedingungen noch eindrucksvoller sein. Die DRA muß jedoch mit aller Kraft ihre Unabhängigkeit und die Errungenschaften der Aprilrevolution gegen die Angriffe der Konterrevolution schützen. In diesem gerechten Kampf steht das freiheitsliebende afghanische Volk nicht allein. Die Sowjetunion leistet ihm allseitige internationalistische Hilfe. Deshalb sind, wie auf der Festsitzung anläßlich des 20. Jahrestages der DVPA in Kabul erneut unterstrichen wurde, die Beziehungen zwischen Afghanistan und der UdSSR, zwischen ihren Parteien, Regierungen und Völkern brüderliche Beziehungen des Verständnisses und der Zusammenarbeit. A. USWATOW

NEIN ZU KERNWAFFEN!

Im Herbst 1982 durfte ich als Journalist der Gründungssitzung der britischen Organisation "Juristen für nukleare Abrüstung" beiwohnen, was mir gut einnehmlich ist. Außer mir waren damals nur noch zwei Berufskollegen — aus Bulgarien und Großbritannien — zur Pressekonzferenz erschienen (der britische Journalist vertrat die kommunistische "Morning Star"). Nicht allzu stark besucht war auch das erste Friedensforum der Juristen.

"Rund 30 Mann zählt erst unsere Gruppe", erklärte ihr Leiter Owen Davies. "Wir sind aber sicher, daß die Zahl der aktiv für den Frieden kämpfenden Juristen bald um Hunderte steigen wird."

...Über zwei Jahre sind seither verstrichen. Die Organisation "Juristen für nukleare Abrüstung" hat nun 8 regionale Zweigstellen und erfaßt etwa 500 Mitglieder. Ihr Wirken findet nicht nur bei der britischen, sondern auch bei der

Weltpresse Beachtung. Unter der Schirmherrschaft dieser Organisation tagte in London vom 3. bis zum 6. Januar ein internationales Tribunal der Öffentlichkeit gegen nukleare Kriegführung unter dem Motto "Ächtet die Nuklearkraft!"

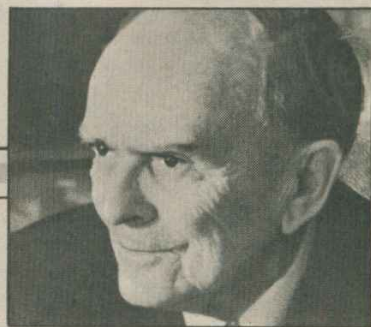
Bei den viertägigen Beratungen in der Londoner City University fand ein reger Meinungsaustausch darüber statt, wie die nukleare Gefahr abgewendet werden kann. Als Richter des Tribunals fungierten prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens: der bekannte irische Jurist, Nobel- und Leninfriedenspreisträger Sean MacBride (Vorsitzender), die britischen Nobelpreisträger Dorothy Hodgkin und Maurice Wilkins sowie der Völkerrechtsprofessor Richard Falk (USA). Sie hörten 37 Zeugen: namhafte Juristen, Mediziner und Wissenschaftler aus mehreren Ländern, darunter auch aus der UdSSR.

Aufgrund ihrer kompetenten und

schlüssigen Aussagen hat das Tribunal übereinstimmend festgestellt, daß die Vorbereitungen auf einen thermonuklearen Krieg und erst recht der Kernwaffeneinsatz weder juristisch noch moralisch gerechtfertigt werden können. In der vom Tribunal angenommenen Deklaration heißt es u. a.: "Der Abtausch von Kernwaffenschlägen wäre eine beispiellose Katastrophe für Menschheit und Umwelt. Er könnte das Leben auf unserem Planeten gefährden."

In ihren Aussagen hoben die Zeugen hervor, welche überaus große Gefahren für den Weltfrieden die in den USA entwickelten "Erstschlagsstrategie" sowie Doktrinen von einem "begrenzten" Kernwaffenkrieg und von der "Ge-

Sean MacBride: Es ist mir eine Freude, daß sich Juristen ihrer Verantwortung gegenüber der Menschheit für die Erhaltung des Friedens immer mehr bewußt werden



INTERVIEW

NUKLEARE AGGRESSION RECHTSWIDRIG

In Moskau fand ein Treffen von Mitgliedern der Internationalen Juristen-Kommission (IJK) und der Assoziation der Sowjetischen Juristen statt, an der Vertreter aus Kanada, Finnland, der BRD, Irland, der UdSSR, Kenia, Norwegen, Jordanien, Schweden, Großbritannien, den USA und Sambia teilnahmen. Diskutiert wurden aktuelle Probleme: Kernwaffen und Völkerrecht, Menschen- und Völkerrechte und ihre Durchsetzung im Kontext der internationalen Rechtsnormen, die Rolle der Juristen in der Rechtsprechung.

Die Mitglieder der Delegation der IJK besuchten das Oberste Gericht der UdSSR, ein Volksgericht Moskaus, das Institut für Staat und Recht der AdW der UdSSR und ein Gebietskollegium der Rechtsanwälte.

NZ-Kommentator Juri Knjasew sprach mit Niall MacDermot, Generalsekretär der IJK und Jurist aus Großbritannien, William J. Butler, Vorsitzender des Exekutivkomitees der IJK und Rechtsanwalt in den USA, Sean MacBride.

Mr. MacDermot, Ihre Eindrücke von dem Juristentreffen?

Alle Teilnehmer stimmten darin überein, daß jede Aggression, um so mehr unter Einsatz von Kernwaffen, ein flagranter Verstoß gegen das Völkerrecht ist. Alle begrüßen die Verhandlungen zwischen Andrej Gromyko und George Shultz.

Sie haben ein Volksgericht sowie das Institut für Staat und Recht

aufgesucht. Ihre Ansicht vom sowjetischen Rechtssystem?

Vieles, was wir sahen, hat starken Eindruck auf uns gemacht.

Und Ihre Eindrücke, Mr. Butler?
Auf dem Juristentreffen wurde das Thema Menschenrechte behandelt. Woraus erklärt sich, daß zwei grundlegende Abkommen - die internationale Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte und die

Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte - in den USA bislang nicht ratifiziert wurden? Von der UNO wurden sie schließlich bereits 1966 gebilligt.

Das ergibt sich aus dem Wesen unseres Systems. Wenn ein Vertrag ratifiziert ist, wird er zum Element der Gesetzgebung unseres Landes. Einige Punkte der Konventionen jedoch laufen den amerikanischen Bundesgesetzen zuwider. Deshalb sind sie inakzeptabel...

Die gleiche Frage ging an Sean MacBride:

Die Unterzeichnung der Konventionen über die Menschenrechte war eine bedeutende Errungenschaft der Menschheit. Die USA sprechen nur von den Menschenrechten, wollen sich aber selbst nicht binden und haben keine dieser Konventionen ratifiziert. Das alles wirkt zumindest seltsam... Die USA haben in Vietnam, Kambodscha, El Salvador, Guatemala gegen die Menschenrechte verstoßen. Das ist eben die Erklärung, weshalb es die USA für unmöglich

winnbarkeit eines thermonuklearen Konfliktes" in sich bergen. Die Teilnehmer des Londoner Forums zeigten sich insbesondere darüber besorgt, daß die US-Administration die neuesten Raketenwaffensysteme in anderen Ländern intensiv stationiert und nun bestrebt ist, das Wehrüsten auf den Kosmos auszudehnen.

Das von fortschrittlichen britischen Juristen veranstaltete Tribunal sei, so Sean MacBride, von Erfolg gekrönt, denn es habe dringend die Weltöffentlichkeit auf die Notwendigkeit eines tatkräftigen Kampfes für die Einstellung des Rüstungswettlaufs hingewiesen. "Es ist mir auch eine große Freude", erklärte er, "daß sich Juristen ihrer Verantwortung vor der Menschheit für die Erhaltung des Friedens immer mehr bewußt werden."

Das Tribunal von London hat die Regierungen der Kernwaffenmächte dazu aufgerufen, nach Möglichkeiten zur nuklearen Abrüstung intensiver zu suchen und die Sicherheit ihrer Staaten mit konventionellen Waffen zu gewährleisten. Die Juristen haben vor, Kernwaffenmächte von ihren Erkenntnissen zu unterrichten und sie autoritativen Weltorganisationen, darunter auch der UNO, zu unterbreiten.

M. BOGDANOW

London

hielten, die Konventionen zu ratifizieren. Natürlich läßt sich diese Haltung der USA nicht rechtfertigen.

Auf dem Treffen wurde die Rolle der Juristen bei der Rechtsfindung besprochen. Welche Rolle spielen dabei die irischen Richter?

In Nordirland herrscht Bürgerkrieg. Auf der einen Seite stehen die britische Armee und die britische Polizei. Auf der anderen zwei revolutionäre Bewegungen, die Irische Republikanische Armee und die Irische Nationale Befreiungsbewegung. Sie kämpfen dafür, daß England seine Truppen von der Insel abzieht. England möchte das als einen religiösen Konflikt hinstellen. Tatsächlich handelt es sich um eine ausgemacht politische Frage. Sie ergibt sich aus dem Willen Großbritanniens, auf der Insel zu bleiben, und dem Wunsch der Iren, die Engländer sollten das Land in Ruhe lassen. Die einzige Lösung des Problems liegt darin, daß die Engländer unser Land verlassen. Nicht nur verlassen, sondern auch aufhören, die Konterrevolutionäre zu finanzieren.

"NEUE ZEIT" 4.85

... Hunderte Menschen sitzen unter äußerst harten Bedingungen hinter Gittern. Keinerlei Gesetze gelten. Gerichte, wie sie von einem zivilisierten Menschen verstanden werden, existieren nicht, sondern es gibt extra zusammengestellte Gerichte, in denen die allgemeingültige Praxis der Rechtsfindung fehlt. Die selbstverständlich von London eingesetzten Richter haben die Polizei in Fällen gerechtfertigt, wenn sie das Feuer auf Verdächtige eröffnete und selbst wenn das zum Tode führte.

Ich kann mindestens 10 Fälle anführen, wo unbewaffnete Iren ohne jeden Grund entweder von britischen Soldaten oder von der Polizei ohne Untersuchung an Ort und Stelle ermordet wurden.

Die Juristen haben in Moskau Fragen im Zusammenhang mit den insbesondere aus dem nuklearen Wehrüsten herrührenden Gefahren diskutiert. Welche Rolle spielt dabei das Völkerrecht?

Mir erscheint jeder Aggressionskrieg widerrechtlich, in erster Linie aber gilt das für einen Krieg unter Einsatz von Waffen, die den Bestand der menschlichen Gesellschaft bedrohen. Deshalb sind alle Waffen — nukleare, biologische und chemische — widerrechtlich. Wie sich Massenvernichtungswaffen auf die Menschen auswirken, läßt sich am Beispiel von Hiroshima und Nagasaki beurteilen. Obwohl bereits 40 Jahre seit dem Abwurf der amerikanischen Bomben vergangen sind, ist immer noch Radioaktivität zu verzeichnen. Die Folgen der Kernexplosion zeigen sich an Kindern, die mit geistigen und körperlichen Defekten geboren werden. Nicht nur die jetzige, sondern auch künftige Generationen werden die Auswirkungen der Kernexplosionen verspüren.

Wie stellt sich Ihnen die Entwicklung der internationalen Beziehungen im Jahr 1985 dar? Ist eine Rückkehr zur internationalen Entspannung möglich?

Ich glaube, daß die Entspannung nicht nur möglich, sondern ausgemacht notwendig ist. Und ich hoffe sehr auf die Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA, deren Ziel die allgemeine und vollständige Abrüstung sein muß.

NZ KOMMENTAR

ENTSCHLOSSENHEIT NIKARAGUAS

Der Amtsantritt des am 4. November gewählten nikaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega war kein rein symbolischer Vorgang. Obwohl Ortega ebenso wie die meisten Minister seiner Regierung auch früher eine Schlüsselposition in der sandinistischen Führung einnahm, wurde die feierliche Amtseinführung zu einem wichtigen politischen Ereignis, das aller Welt die Entschlossenheit des nikaraguanischen Volkes vor Augen führte, selbst den Entwicklungsweg des Landes zu bestimmen, die Sandinisten zu unterstützen und, was in der gegenwärtigen komplizierten Situation nicht minder wichtig ist, die internationale Position der jungen nikaraguanischen Revolution zu stärken.

Beachtung fand, daß bei der Amtseinführung Fidel Castro neben dem Präsidenten stand. Außerdem waren namhafte Vertreter der verschiedensten Länder — von einer Regierungsdelegation der UdSSR bis zu den Außenministern der "Contadora-Gruppe" — anwesend.

Auch die USA waren durch ihren Botschafter in Managua vertreten. Es läßt sich schwer sagen, was ihn dabei bewegte, zweifellos jedoch war ihm bekannt, was US-Zeitungen bereits im November gemeldet hatten: Zur Invasion in Nicaragua "ist alles bereit — Pläne, Truppen, nur der Befehl muß noch gegeben werden". Der Befehl wurde gegeben — bisher dem Flugzeugträger "Nimitz", der mit 90 Flugzeugen an Bord in diesen Tagen die nikaraguanische Küste anseuerte. Der Botschafter war also nicht der einzige Gast aus den USA. Auch die von der CIA ausgehaltenen Contras begingen diesen Tag auf ihre Weise, indem sie die verbrecherischen Aktionen verstärkten und neun "Forderungen an die Regierung" vorlegten, die den Weg zur Wiederherstellung der imperialistischen und reaktionären Herrschaft frei machen sollen.

In Nicaragua ist es also nicht einfach, die neue Macht zu behaupten. Doch noch schwieriger ist es, sie zu stürzen. Trotz aller Hilfe von außen haben die Contras nicht die Kraft dazu. Für die USA wäre eine Intervention kein vernünftiger Spaziergang, sondern ein blutiger Krieg, dessen Ausgang zweifelhaft ist. Besonders wenn man bedenkt, daß das nikaraguanische Volk Mittel und Willen hat, die Aggressoren entschieden abzuwehren.

D. ANTONOW

INDISKUTABEL

Die Botschaft der BRD in Moskau hat uns freundlicherweise vom Bundesaußenministerium am 3. Januar 1985 veröffentlichte Auszüge aus einem Artikel Hans-Dietrich Genschers über die Beziehungen der Bundesrepublik zu den sozialistischen Ländern zukommen lassen. Diese Auszüge sind wirklich von Interesse, da die Öffentlichkeit der sozialistischen Gemeinschaft über die jüngsten Tendenzen in der BRD besorgt ist.

Das erkennt übrigens auch der Minister. Er schreibt: "In den Fragen der territorialen Ordnung, die während des kalten Krieges die Diskussion beherrschten, wurden Anfang der 70er Jahre durch die Verträge Regelungen gefunden, die es erlauben, ein wesentliches Hindernis für die deutsch-sowjetischen Beziehungen und das West-Ost-Verhältnis zu beseitigen. Trotzdem ist in letzter Zeit eine strittige Diskussion wiederaufgelebt, die einen deutlichen Anstrich des Unnötigen, des Unfruchtbaren und des Schädlichen trägt."

Natürlich überkommt den sowjetischen Leser ein leichtes Staunen, wenn er von "deutsch-sowjetischen Beziehungen" hört — der Herr Minister meint ja offenbar nicht die Beziehungen zu dem nichtexistierenden Deutschland, sondern zur existierenden Bundesrepublik. Doch klammern wir uns nicht an Begriffe, halten wir uns an die Tatsachen. Sie werden von Herrn Genscher so interpretiert: "Was die Entwicklung bei uns betrifft, so sollte man auf östlicher Seite eines sehen: Vor zehn Jahren wurde die innenpolitische Auseinandersetzung bei uns durch die Debatte für und wider die Ost-Verträge beherrscht. Heute sind die Verträge ... fester Bestandteil des innenpolitischen Konsensus geworden. Dies ist nicht gering einzuschätzen..." Genscher erklärt, die BRD sei vertragstreu und resümiert: "Niemand sollte versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen."

Ich bin sicher, daß der sowjetische Leser diese Aussage zu schätzen weiß. Der Haken ist nur, daß man nicht zum erstenmal derartige Äußerungen des Ministers hört, während jene Leute, die die "unnötige, unfruchtbare und schädliche" Diskussion führen, nicht daran denken, sie zu beenden. Übrigens gestattete sich der Vizekanzler und Außenminister nicht, sie beim Namen zu nennen, aber das ist schon nicht mehr unsere Sorge. Wir möchten nur einige Überlegungen zur Sache anstellen.

Erste Überlegung. Inwieweit läßt sich die Definition "Diskussion" auf die wiederauflebenden revanchistischen Tendenzen in den Reden von bundesdeutschen Politikern anwenden?

Diskussion über die Grenzen? Entschuldigen Sie, wer kann heute über die Veränderung der europäischen Grenzen streiten? Die Verträge der 70er Jahre und die KSZE-Schlußakte sind nicht aufgehoben. Deshalb kann man Herrn Genscher kaum zustimmen, wenn er von einer "neuen Diskussion zwischen uns und unseren östlichen Nachbarvölkern über die Grenzverläufe" schreibt. Eine solche Diskussion gibt es nicht, um so weniger, als die Oder-Neiße-Grenze ja durchaus keine Grenze der BRD, sondern eine Grenze der sozialistischen Bruderländer DDR und Polen ist. Die Grenzfrage ist indiskutabel. Sie wurde vom Krieg, der das Deutsche Reich mit seinen Ansprüchen und ehemaligen Grenzen unwiederbringlich in Flammen aufgehen ließ, entschieden. Die Geschichte selbst hat in Jalta und Potsdam hinter diese Ansprüche einen Punkt gesetzt.

Zweite Überlegung. Können wir uns damit trösten, daß es zwar in den 70er Jahren in der BRD "die Debatte für und wider die Ost-Verträge" gab, heute aber das Für überwiegt?

Ein geringer Trost. Niemand kann an der Tatsache vorbeigehen, daß unter jenen Leuten, die die Verträge in Frage stellen, nicht nur verantwortungslose Schwätzer, sondern auch verantwortliche Politiker der beiden Regierungsparteien sind. Außerdem: Ist das überhaupt eine "Diskussion", wenn es um indiskutable Dinge, um von der BRD signierte Dokumente geht? Das eine Diskussion (wenn auch eine "strittige") zu nennen, heißt, die Bedeutung der historischen Verträge der 70er Jahre herabzusetzen. Wenn die Diskussion, die grundsätzliche Vertragsverpflichtungen der BRD in Frage stellt, regelmäßig wieder aufgenommen wird, was sind diese Verträge dann wert?

Ich hoffe, man weiß in der BRD, wie hoch wir die vertraglichen Grundlagen unserer Beziehungen werten. Warum fehlt es in der Bundesrepublik an einer gleichen achtsamen Einstellung zu den Verträgen? Der Minister erinnert in seinem Artikel zu Recht daran, daß der Moskauer Vertrag in diesem Jahr 15 Jahre besteht. Es wäre also an der Zeit, alles auszuräumen, was dessen Realisierung behindert. Dazu muß die sowjetische Öffentlichkeit überzeugende Beweise dafür erhalten, daß die BRD in den Verträgen kein "Diskussionsobjekt", sondern eine unerschütterliche Basis für den Frieden in Europa sieht. **LEW BESYMENSKI**

Vor 40 Jahren, mitten in den Befreiungskämpfen in Ungarn, als die Hauptstadt noch von den Faschisten okkupiert war, nahm in Debrecen, in der Aula des altehrwürdigen Kollegiums der reformierten Kirche, die Provisorische Nationalversammlung ihre Arbeit auf. Man schrieb den 21. Dezember 1944. Debrecen war damals nicht einfach eine ungarische Stadt, sondern die Stadt, die dem Land, das sich allmählich vom Krieg befreite, ein Beispiel gab.

Diese Stadt nimmt einen durch ihre Weiträumigkeit und Offenheit für sich ein. Die breiten Straßen, ein Stück Wald, der sich organisch ins Stadtbild fügt, die Häuser mit großen Höfen und Gärten scheinen leicht und frei zu atmen.

Auf dem Kossuth-Platz im Zentrum der Stadt, wo die beiden Türme der reformierten Großkirche ragen, wird den Touristen eine massive Glocke gezeigt. Der 5,5 t schwere Riese aus Bronze läutete einst den Hirten von Alföld, den Heiducken, um sie zum Kampf gegen die Habsburger aufzurufen. Im 18. Jahrhundert war Debrecen ein Bollwerk des von Ferenc II. Rakoczi geleiteten Befreiungskampfes. In Warschau schloß er einen Vertrag mit Peter I. über das Bündnis und die militärische Unterstützung durch Rußland ab. Auf diesem Weg gab es Siege und Schlappen, Erfolge und Rückschläge. Nicht von ungefähr zeigt das Wappen der Stadt den Sagenvogel Phönix als Symbol der ewigen Erneuerung. Im Jahre 1849 verkündete Lajos Kossuth hier die "Unabhängigkeitsdeklaration", die den Habsburgern die Krone absprach. Aber erst 100 Jahre später wurde Debrecen zum Ort einer wahrhaft demokratischen nationalen Wiedergeburt. Am 19. Oktober 1944 brachte die Sowjetarmee, die die faschistischen Truppen in einer erbitterten Panzerschlacht zerschlagen hatte, der Stadt die Freiheit.

Summanden der Freiheit

Im Oktober–Dezember 1944 ergab sich in Ungarn eine neue politische Situation. Am 15. Oktober ging die Macht auf dem von den Hitlerleuten okkupierten Territorium erneut an die ungarischen Faschisten über. Im befreiten Teil des Landes nahm inzwischen die demokratische Bewegung der Volkskräfte an Breite und Tiefe zu. In den Städten und Dörfern wurden Nationalkomitees gegründet. Geleitet wurde die Befreiungsbewegung von der KP Ungarns. Sie ergriff die Initiative zur

DAS BEISPIEL DEBRECEN

Wladimir GERASSIMOW

Bildung neuer, in Form und Inhalt wirklich demokratischer Organe der Staatsmacht. In dem in Debrecen am 30. November angenommenen Programm der KP hieß es: "Die ungarische Erneuerung wird kommen!" Die Kommunistische Partei stellte dem neuen ungarischen Staat folgende Aufgaben:

"Es gilt, der Roten Armee, die die Unterdrücker vom ungarischen Boden vertreibt, maximal zu helfen. Verräter der Heimat und Kriegsverbrecher sind zu verhaften und vor zu diesem Zweck einzusetzende Volksgerichte zu stellen... Es gilt, allgemeine und geheime Wahlen herbeizuführen..., eine umfassende Bodenreform zu verwirklichen..., gut-nachbarliche Beziehungen und eine aufrichtige Zusammenarbeit mit allen

Nachbarländern herzustellen..., eine enge Freundschaft mit der machtvollen UdSSR, die die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker schützt und uns bei der Befreiung vom faschistischen Joch geholfen hat, herbeizuführen... Zur Errichtung und Festigung der neuen ungarischen demokratischen Ordnung ist eine nationale Legislative einzuberufen."

In Debrecen lernte ich Mihaly Toth, einen seiner ältesten Einwohner, kennen. Ganz jung nahm er an der ungarischen proletarischen Revolution von 1919 teil, verteidigte die Ungarische Räterepublik. Dann mußte er sich vor Horthys Gendarmen verstecken, lebte bei Bauern in der Pußta als Tagelöhner. Er war Verbindungsmann und Agitator der Partei. Als Debrecen befreit wurde, war er Augenzeuge, wie auf Kundgebungen in den durch die Sowjetarmee befreiten Gebieten Abgeordnete der Provisorischen Nationalversammlung gewählt wurden.

Mihaly Toth erzählte mir: "Der Staatsapparat war völlig zerfallen, und die Kriegszeit gab keine anderen

Möglichkeiten, als die Abgeordneten auf Kundgebungen in den befreiten Städten und Dörfern bei offener Nominierung zu wählen. Dann mußten die gewählten Abgeordneten — zu Fuß, mit Bauernfuhrn, mit Militärlastautos, wie es eben ging — Debrecen erreichen. Wir brachten sie im Gasthaus 'Zum goldenen Stier' unter."

Das Gasthaus steht noch heute im Zentrum der Stadt, auf dem Prospekt der Roten Armee, hat allerdings einen neuen Flügel bekommen. In der Nähe sieht man das Haus, in dem 1849 Kossuth sprach und am 21. Dezember 1944 Vertreter des ungarischen Volkes zusammentraten. Auf 44 Massenkundgebungen wurden damals 230 Abgeordnete der Provisorischen Nationalversammlung gewählt, darunter 42 Arbeiter, 39 Bauern und Tagelöhner, 37 Handwerker und 60 Vertreter der Intelligenz, ferner Geistliche, Angestellte und Militärs. Die erste Sitzung der Nationalversammlung setzte gemäß dem Willen des Volkes dem 25jährigen konterrevolutionären Regime ein Ende. Am 22. Dezember wurde die Provisorische Ungarische Regierung gewählt. Sie erklärte dem faschistischen Deutschland den Krieg. Eine neue Armee und eine neue Polizei wurden formiert. Ein Dekret über die Bodenreform wurde angenommen. Es war ein Wendepunkt in der Geschichte des Landes. Eine neue Epoche, die des neuen, demokratischen Ungarn, begann.

Mihaly Toth: "Es war ein großes Leben, voller Prüfungen und harter Arbeit." In Gedanken schien mein Gesprächspartner den Anfang und das Fazit zu vergleichen und eine Brücke in die Zukunft zu schlagen. "Um die Partei schlossen sich alle Klassen zusammen. Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei überzeugte durch Argumente. Wir sprechen auch heute offen von Schwierigkeiten und geben ehrliche Antworten auf Fragen, die mit der Entwicklung der Gesellschaft zusammenhängen. Natürlich mußte eine gewisse Zeit vergehen, damit sich im Bewußtsein der Menschen neue Prinzipien durchsetzten, damit sich der sozialistische Patriotismus und das Gefühl der engsten Verbindung mit dem eigenen Lande und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft formten. Die künftigen Generationen werden noch viel zu tun haben. Doch am wichtigsten ist, daß die Überzeugung erstarkt: Ungarns Schicksal ist mit der UdSSR, mit dem Sozialismus verbunden, denn er entspricht auch den nationalen Interessen Ungarns. Den Geist des Internationalismus auch weiterhin



Im Zentrum von Debrecen

Früh übt sich...

Fotos: TASS



bewahren und bereichern — das ist das Gebot, das wir Veteranen den Jungen hinterlassen."

Kopf und Herz

In Ungarn hört man oft, das Land habe zwei Hauptstädte, Budapest und Debrecen. Die erste sei der Kopf, die zweite das Herz des Landes. Die weiten Steppen um Debrecen, in die einst die ugrischen Stämme aus einer Wolga-Schleife ihre Rosse getrieben hatten, sind den Ungarn auch heute teuer und bewegen ihre Herzen. Die historischen Beschlüsse der Volksvertreter aber, die im Winter 1944 wie das Sturmgeläut das Land durcheilten, werden der revolutionären Wiedergeburt, der sozialistischen Erneuerung und der Wachstumsdynamik stets neue geistige Energie und Kraft verleihen.

In einem Baedeker noch aus der Vorkriegszeit liest man über Debrecen: "Die Bevölkerung baut und verkauft Getreide, es gibt Mühlen, eine Wurstfabrik und historische Sehenswürdigkeiten." Heute weist das alte Stadtwappen neben dem Phönix ein neues Symbol auf: ein Zahnrad mit einem Kugellager. Schon während des ersten Planjahrhünfts, begonnen 1950, entstanden hier neue Betriebe. Seitdem hat sich die Zahl der in der Industrie Beschäftigten verzehnfacht.

"In Debrecen gibt es etwa ein Dutzend Betriebe mit Tausenden Beschäftigten", sagte mir Sandor Postas, 1. Sekretär des Stadtkomitees der USAP.

Die Inbetriebnahme der pharmazeutischen Fabrik "Biogal" begründete die moderne Chemie in der Stadt. Ein Betrieb für medizinische Geräte der Vereinigung "Medicor" nahm die Produktion auf. Ihrer Bestimmung übergeben wurden ein Wohnbaukombinat und eine Konservenfabrik. Die Konfektion von Debrecen wird in viele Länder exportiert. Führend unter den Industriebetrieben ist das Kugellagerkombinat, das über 5000 Arbeiter und Ingenieure beschäftigt.

Das erste Bearbeitungsstadium der Lager beginnt in der Schmiede. Ihre Fenster spiegeln den Glast der glühenden Stahlstäbe. Die Maschinen walzen, biegen sie und schneiden zu neuen Arbeitstücken. Der technologische Prozeß ist hochautomatisiert. Kaum hat man sich umgesehen, da werden einem in der nächsten Betriebsabteilung schon Fertigerzeugnisse vorgeführt.

"Wie wir angefangen haben?" fragt Laszlo Fiak, der Generaldirektor des Kombinats, zurück. "Mit Husarenkasernen. Jawohl, am Stadtrand gab es alte Kasernen. Anfang der 50er Jahre, als die neuen Abteilungen

noch in Bau waren, kurbelten wir dort die Herstellung der ersten Lager an. Im Jahre 1953 hatten wir bereits 208 000 Stück produziert."

Laszlo Fiak, nicht groß, untersetzt, hat breite, starke Arbeiterhände. Vor mehr als 25 Jahren kam er als Dreher in den Betrieb. Damals begann dieser erst, in "Millionen" zu rechnen. Ich sah ein Foto, auf dem ein Mädchen lächelnd das 10 000 000. Kugellager in der Hand hält. Im Jahre 1984 allein aber wurden über 30 Mio "Kugeln" hergestellt. Auf allen Entwicklungsstadien waren der Betrieb und sein Kollektiv eng mit den sowjetischen Partnern verbunden.

1974 wurde die vollständige Rekonstruktion beschlossen. Am Wettbewerb beteiligten sich mehrere schwedische und französische Firmen. Es gewann die Moskauer Erste Staatliche Wälzlagerfabrik (GPS-1). Damals war ich in Ungarn, lernte Laszlo Fiak kennen, der eben erst Direktor geworden war, und erlebte den Beginn seiner Freundschaft mit Anatoli Gromow, dem Direktor des Moskauer Partnerbetriebes. Auch Gromow war einst einfacher Arbeiter. Heute ist er Rentner. Wie freudig empfingen ihn die Einwohner von Debrecen vor kurzem, als der 40. Jahrestag der Befreiung der Stadt gefeiert wurde! Für sie bleibt Gromow, Ehrenbürger von Debrecen, stets in Reih und Glied.

Fast alle Ausrüstungen des Kombinats stammen aus der UdSSR. Mit wem ich mich an Arbeitsplätzen, im Parteikomitee, bei den technischen Kadern des Kombinats auch immer traf, überall wurde die Wichtigkeit der Zusammenarbeit hervorgehoben. Die sowjetischen Partner haben keine Geheimnisse vor den ungarischen Kollegen, zeigen ihnen, welche neuen Technologien sie überleiten, wie sie die Produktivität steigern, die hohe Erzeugnissequalität erreichen. In einem vor kurzem unterzeichneten Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Kugellagerfabrik von Debrecen und der von Moskau ist der Austausch von technischen Innovationen und auch von Fachkräften vorgesehen. Es gibt auch ein neues Abkommen über den sozialistischen Wettbewerb. Die zu Ehren des 40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus übernommenen Verpflichtungen sehen vor, den Plan der Exportlieferungen termingerecht und mit hoher Qualität zu erfüllen, den technischen Stand der Erzeugnisse zu erhöhen sowie Rohstoffe und Energie einzusparen.

Debrecens neues Antlitz

Fährt man in Debrecen ein, so empfindet man nicht sogleich,

daß man in einem großen Industriezentrum ist: Fast alle seine Betriebe sind an einem Stadtrand konzentriert. Dagegen fällt sofort auf, daß Debrecen ein Zentrum von Wissenschaft und Kultur ist: an den zahlreichen Jugendlichen (6 Hochschulen), den altherwürdigen Häusern der Universität, der Medizinischen Hochschule, am schmucken Haus des Wissenschaftlers. Die Ungarische Akademie der Wissenschaften hat in Debrecen ein Kernforschungszentrum geschaffen. In diesem Jahr soll das erste Zyklotron seiner Bestimmung übergeben werden.

"Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich bei uns die Zahl der Geistes-schaffenden versechsfacht", sagte mir S. Postas. Wie er berichtete, wird jetzt der Festigung der Kontakte der Partei mit der Intelligenz und der Jugend besondere Beachtung geschenkt. Ihre Information und politische Schulung sind besser organisiert, es werden Foren durchgeführt und Fragen der Außen- und Innenpolitik ausführlich diskutiert; alle Formen der sozialistischen Demokratie erstarken. Im Frühjahr tritt der XIII. Parteitag der USAP zusammen und wird das 40jährige Jubiläum der Befreiung des Landes gefeiert. Die Vorbereitung auf diese beiden Ereignisse erhöht die Aktivität der Öffentlichkeit.

Noch etwas, was jedem, der nach Debrecen kommt, ins Auge springt: Seine Einwohner lieben und pflegen ihre Stadt. Istvan Acs, Vorsitzender des Exekutivkomitees der Stadt, sagte mir:

"Das Kulturhaus und die Sportanlagen wurden in freiwilligen Einsätzen gebaut. Allein in den letzten 4 Jahren kamen dank der Bewegung der Öffentlichkeit unter dem Motto 'Ein Arbeitstag für die Kindergärten' in den Kindergärten 3600 Plätze hinzu. Unsere Stadtanlagen messen über 1,5 Mio Quadratmeter. Auch sie werden von der Öffentlichkeit gepflegt. Im Jahre 1979 belief sich der Wert der freiwilligen Arbeit auf 50 Mio, in diesem aber auf 138 Mio Forint."

Im selben Haus, in dem Debrecen einst beispielgebend war, traten am 21. Dezember 1984 die führenden Funktionäre der USAP und der Regierung sowie Vertreter der Öffentlichkeit zusammen. Feierlich begingen sie die 40. Wiederkehr des Tages, an dem das Volk seinen Weg gewählt hatte. Die Redner sprachen von der Wichtigkeit und Bedeutsamkeit dieses Ereignisses, als die Aufgaben beim Aufbau des neuen Ungarn formuliert und eine auf der Freundschaft mit der Sowjetunion basierende unabhängige nationale Außenpolitik verkündet worden war.

Budapest

PFIRSICHBLÜTEN

In meinem ersten Jahr als Korrespondent in Hanoi hatte ich mich eines Abends verfahren. Ich bog beim Tempel der Literatur in eine enge Straße und fuhr bald auf einen kleinen Platz hinaus, der trotz der vorgerückten Stunde voller Menschen war. Längs der Bürgersteige brannten Lämpchen, die die Verkäufer von Zigaretten und Süßigkeiten mit Anbruch der Dunkelheit anzünden. Die Kaffee- und Teestuben waren voll.

An dieses typische Bild des friedlichen Hanoi erinnerte ich mich bei meinem Gespräch mit Vu Ky. Von 1945 bis zum Tod Ho chi Minhs, des ersten Präsidenten des unabhängigen Vietnam, war er sein persönlicher Sekretär und ständiger Helfer.

"Wissen Sie, daß dieser Platz früher eine ausgesprochene Arme-Leute-Ge-

Was führte Vietnams ersten Präsidenten an jenem nun weit zurückliegenden Abend in dieses Armenviertel von Hanoi? Es war das Bedürfnis, stets mit dem Volk zu sein, sein Leben zu kennen, gemeinsam Unbilden entgegenzutreten und sich auf Erfolge zu freuen.

"An jenem Abend wollte Ho chi Minh sehen, wie die Leute leben, mit welchen Gedanken und in welcher Stimmung sie das Neujahrsfest begehen", setzte Vu Ky fort.

Ich unterhielt mich mit Vu Ky in einem kleinen Haus hinter dem Präsidentenpalais. In der Nähe breitete sich ein Garten aus. Er war von Ho chi Minh angelegt worden, und all die guten Freunde des Präsidenten pflanzten dort viele Jahre hindurch Obstbäume. Ein schönes Plätzchen, eines der vielen in Hanoi, die mit Ho chi Minhs Namen verbunden sind.

"An jenem Tet-Fest des Binh Tuot (Jahr des Hundes) beschloß der Präsident also", sagte Vu Ky, "einige Familien — eine arme, eine minderbemittelte und eine bessergestellte — zu besuchen. Er hatte es uns streng verboten, ihn anzumelden.

Fast 40 Jahre sind inzwischen vergangen. Nicht daß in Vietnam alle von der Vergangenheit hinterlassenen Probleme gelöst worden wären; aber wenn man jenes Viertel hinter dem Bahnhof aufsucht, stößt man nicht mehr auf das einstige Elend. Jawohl, an Strom mangelt noch in Hanoi, und abends brennt das Licht nicht in allen Häusern. Nicht alle können sich vorläufig eine schöne und modische Kleidung oder die Delikatessen der ausgezeichneten nationalen Küche leisten. Aber bei diesem Tet im Jahre des Ochsen wird man einem in jeder Familie mit dem traditionellen Kuchen aus Reis bewirten und unbedingt die herkömmlichen Süßigkeiten aus Kokos- und Erdnüssen anbieten. Und in jedem Haus wird man das Attribut dieses Festes sehen: einen kleinen Pfirsichbaum oder zumindest einen von zarten blaßrosa oder roten Blüten bedeckten Zweig in einer Vase.

"Seit jenem denkwürdigen Tet-Fest hat sich zweifellos viel verändert", sagte mein Gesprächspartner. "Schon der Name der Hang-Long-Straße, in der der Präsident damals in der Nähe des städtischen Bahnhofs die Familie eines bescheidenen Angestellten besuchte. Über die heutige, die Nam-Bo-Straße fahren die Straßenbahnen wie früher, aber die Straße selbst ist in ihrer neuen Schönheit nicht wiederzuerkennen: als wären die langjährigen Bombenangriffe der US-Luftwaffe nicht gewesen. Der Bahnhof, mit geheilten Wunden und einem erneuerten Zentralteil, ist schöner geworden: Das ist das

Werk vietnamesischer Architekten, die ihn nach jenen barbarischen Bombenangriffen unter sachkundiger Verbindung herkömmlicher und neuester Motive wiederherstellten. Man sieht das Haus schon aus der breiten Trang-Hung-Dao-Straße aus, die zur Hang-Bai-Straße führt. Dort gratulierte Ho chi Minh gegenüber dem Filmtheater 'Thang Tam' den Soldaten eines Truppenteils der jungen vietnamesischen Armee zum Neujahr 1946. Jetzt befindet sich das Volkskomitee von Hanoi in den Kasernen."

Von diesem Kino erreicht man in nur 10 bis 15 Minuten die bekannte Ngoc-Son-Pagode an dem mitten in Hanoi liegenden See des Zurückgegebenen Schwertes. In der Neujahrsnacht 1946 befand sich Ho chi Minh dort an der The-Guk-Brücke. Erstmals nach der Ausrufung der Unabhängigkeit kamen die Einwohner von Hanoi ans Ufer des für sie geheiligten Sees, um dort das Neujahrsfest zu begehen. Wie Vu Ky erzählt, zogen der Präsident und seine Begleiter, einander an den Händen fassend, zusammen mit der festlichen Menge längs des Ufers. Ringsum platzten die traditionellen Knallfrösche. Damals kam wohl die Tradition auf, gemeinsam das Tet-Fest am See zu begehen. Sie verfestigte sich nach dem endgültigen Sieg über die Franzosen 1954. Meine Bekannten sagten mir, daß nicht einmal die Luftangriffe der Amerikaner dieser Tradition etwas anhaben konnten. Deshalb mußten in den Jahren der Aggression viele Bunker um ihn angelegt werden, um den Menschen Schutz vor Luftangriffen zu bieten.

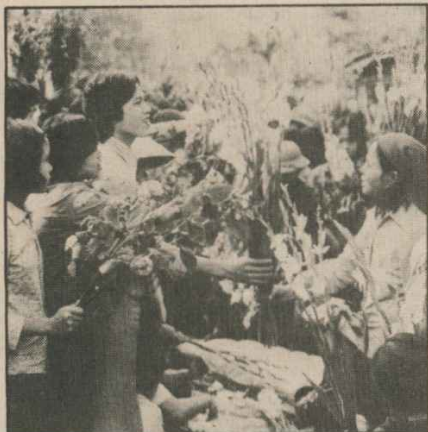
Beim diesjährigen Tet-Fest, am 21. Januar, werden in Vietnam wie immer Feuerwerksalven abgegeben werden. Ein leichter Dunst wird über dem See hängen, aber schnell durch die Nachtbrise fortgetragen werden. Lichtergirlanden werden die Bäume und Sträucher am Ufer schmücken, die Kapelle, die inmitten des Sees emporragt, und die Ngoc-Son-Pagode von Scheinwerfern angestrahlt werden. Das Tet-Fest von 1946 ist natürlich mit den heutigen farbenfrohen Feierlichkeiten am See nicht zu vergleichen. Aber in der Menge der glücklichen Hanoi-er wird der weise große Bruder und Lehrer Ho chi Minh fehlen.

Damals wünschte er seinen Landsleuten ein frohes neues Jahr und das Glück des Sieges über die Feinde.

Beim Tet-Fest im Jahr des Ocksen ist man, wenn man an seine Neujahrsbotschaft an das Volk zurückdenkt, verblüfft, wie weitsichtig er war und wie fest er an die Menschen und an die glückliche Zukunft Vietnams glaubte. Heute wird diese Zukunft aufgebaut.

L. MILOWANOW

Hanoi



Beim Tet-Fest schenken sich die Vietnamesen Blumen.

Foto: TASS

gend war?" fragte Vu Ky. "Kurz vor dem Tet-Fest 1946, dem ersten Neujahr des unabhängigen Vietnam, kamen wir, Ho chi Minh und ich, hier an, bei dieser Kreuzung der Hang-Dua-Gasse mit der Sunh-Tu-Straße, die jetzt nach unserem bekannten patriotischen Dichter Nguyen Khuen heißt. Es war schon nach 7 und sehr dunkel. Der Präsident stieg aus dem Wagen und ging, sich mit einer Taschenlampe den Weg beleuchtend. Er klopfte an die erste beste Tür. Das war das Haus eines armen Rikschakulis. Aber von Haus konnte eigentlich keine Rede sein, es war eine elende Kiste. Der Kuli lag krank da, redete im Fieber, und es gab keinen, der ihm eine Schale Reis hätte geben können. Ja, gab es im Haus Reis? Nach allem zu urteilen, wohnte das Elend hier schon seit langem. Leise sagte Ho chi Minh: 'Neujahr — und kein Fest.'"

VERHANDLUNGEN ODER KRIEG?

Alexander BARYSCHEW

Mr. Thomas Pickering, Botschafter der USA in El Salvador, fühlt sich dort recht unbehaglich. Der 53jährige Diplomat war in den letzten Monaten dreimal vom Tode bedroht. Seitdem wird er rund um die Uhr bewacht. Im State Department heißt es, er solle demnächst versetzt werden, da "für seine Sicherheit bei weiterem Verbleiben in Mittelamerika nicht garantiert werden" könne.

Wedelt der Schwanz mit dem Hund!

Wer hat es eigentlich auf das Leben des US-Vertreters in El Salvador abgesehen? Die Linken, gegen die das Weiße Haus den Bannstrahl schleudert? Nein. Die "Washington Post" schreibt, die Gefahr gehe "von den Rechtsgruppierungen aus, die darüber ungehalten sind, daß Präsident Jose Napoleon Duarte von den USA unterstützt wird". Hier ist es angebracht, das im Mai 1984 aufgedeckte Komplott gegen Pickering in Erinnerung zu bringen, bei dem Roberto d'Aubuisson, der Rädelführer der salvadorianischen Ultras, und seine Republikanische Nationalunion ihre Hand im Spiel hatten. Pickering sollte ermordet werden, weil er im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen auf Weisung des State Department energisch für Duarte als Führer der rechtsstehenden Christdemokraten eintrat und ihm den Wahlsieg faktisch garantierte. Die Schuld sollte auf die Linken abgewälzt werden.

Als der Mordanschlag auf Pickering schon vor der Ausführung war (worüber die CIA noch rechtzeitig genau informiert wurde), wurde der "Zwischenfall" einfach aus der Welt geschafft. Nach San Salvador reiste General Vernon Walters, Botschafter des US-Präsidenten für Sonderaufträge. Er hatte in der US-Botschaft hinter verschlossenen Türen und im Beisein Pickerings eine Aussprache mit d'Aubuisson. Eigentlich wurde der Anführer der Todesschwadronen verwarnet, falls das Komplott zustande käme, werde ihn persönlich die volle Verantwortung dafür treffen.

Im selben Atemzug forderte man ihn zum "Trost für die Wahlniederlage" zu einer Reise nach Washington auf. Außenminister Shultz persönlich erklärte: "Wir sind der Meinung, daß d'Aubuisson als

Führer einer loyalen" (!) "Opposition im wahrsten Sinne des Wortes unseren Beistand verdient hat".

Der jetzige "Belagerungszustand" für Pickering zeugt davon, daß der in Washington mit offenen Armen aufgenommene d'Aubuisson und seine Schergen die von Walters ausgesprochene Warnung schnell vergaßen. Und Washington? Kapitulierte es durch Abberufung Pickerings vor den Ultras? Natürlich nicht. Der Schwanz kann ja nicht mit dem Hund wedeln. Es handelt sich nicht darum, daß die Ultras nicht zur Raison gebracht werden können. Das Pentagon und die CIA können sie jeden Augenblick an die Kandare nehmen. Diese Ämter sind ja durch Tausende Fäden mit den salvadorianischen Todesschwadronen verbunden, u. zw. über die Nationale Aufklärungsagentur El Salvadors (ANI), die vom US-Spionagedienst gebildet worden ist und von ihm auch finanziert und beraten wird; ebenso über die 2. und 5. Aufklärungsabteilung des salvadorianischen Generalstabs (dort sind US-Militärberater tätig, und geleitet werden sie vom Generalstabschef, Oberst Adolfo Blandon persönlich, der bei den Todesschwadronen aus- und eingeht); über den Hirntrist des ganzen Strafapparats — des Sicherheitsrates der Streitkräfte El Salvadors (General Bustillo, Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte, und der Chef der Nationalpolizei, Carlos Nuila, die zu diesem Rat gehören, haben d'Aubuisson mehrmals Leute für Strafoperationen "geborgt").

Wieso funktionieren diese Verbindungen nicht? Wieso schickt sich Pickering zum Kofferpacken an, nachdem es schon sein Vorgänger, Deane Hinton, tun mußte, über den die Ultras sehr verärgert waren, weil er — übrigens sehr schüchtern — das salvadorianische Regime wegen Verletzung der Menschenrechte verurteilt hatte.

Weil, wie die Zeitschrift "Foreign Policy" (USA) konstatiert, die Interessen Washingtons und die Zielsetzungen der salvadorianischen Rechtsgruppierungen identisch sind. Botschafter kann man schließlich ausbooten. Die Ultras werden vom Weißen Haus als Verstärkung für die uniformierten Strafrupps gebraucht, obwohl das bei der Reagan-Administration

niemand zugeben würde.

Nach den Präsidentschaftswahlen vom Mai, als dem Unterdrückungsregime ein "demokratisches" Mäntelchen umgehängt wurde, kam es in der militärisch-politischen Spitzenschicht zu schweren Differenzen. Dadurch entsteht die Gefahr neuer Militärputsche. Washington tut bewußt nichts dagegen, aber die Kräfte, die in El Salvador am Werk sind, werden von den USA gegängelt. Sie stehen mit den Putschistengruppen in Kontakt und behalten so die Möglichkeit, sich die Figuren auszusuchen, die ihnen im jeweiligen politischen Augenblick am besten zu passen scheinen. Zur Zeit sitzt der Führer der Christdemokraten, Duarte, im Präsidentenpalais, aber wer weiß, wie sich die Dinge weiter gestalten werden? Wenn es nun nötig werden sollte, daß die Christdemokraten ihr "demokratisches" Spiel einstellen, und man sich wieder auf einen Politiker vom Schlage Pinochets orientieren sollte?

Der Generalsekretär der KP El Salvadors, Chafic Jorge Handal, stellte folgendes fest: "Falls aber einige dieser Gruppen versuchen, zur Ausführung ihrer Pläne überzugehen, ohne das mit der US-Botschaft vereinbart zu haben, so spielt diese die Rolle der Feuerwehr, die den Feuerfeifer der Putschisten zu dämpfen sucht, aber genau darauf achtet, daß sie immer im Bereitschaftszustand bleiben." Im Falle Pickerings, der seine Möglichkeiten als Feuerwehr erschöpft zu haben scheint, hat das State Department allem Anschein nach beschlossen, darauf zu sehen, daß keiner zu kurz dabei kommt.

Duartes erster Schachzug

Wie die jetzige politische Lage in El Salvador zeigt, hält es die Regierung Reagan beim Regeln der Beziehungen zwischen dem "politischen Zentrum" — Duarte und seinen Christdemokraten — und den Ultrarechten ganz genau so. Den Schwerpunkt bildet jetzt das Problem der Verhandlungen mit den patriotischen Kräften, deren erste Runde am 15. Oktober v. J. in La Palma stattfand. Der begonnene Dialog ließ einen Wandel in der Einstellung der Behörden zu Verhandlungen mit den Aufständischen erkennen und bedeutete eine De-Facto-Anerkennung der patriotischen Organisationen als einflußreichen politischen Faktors. Mehr noch, die Patrioten setzten nicht nur die Zustimmung zur Fortsetzung des Dialogs durch, sondern auch die Einbeziehung verschiedener politischer und wirtschaftlicher Probleme in die Debatte — neben Maßnahmen zur Herstellung des Friedens —, Probleme, die

mit dem internen Konflikt zusammenhängen, was ein ernst zu nehmender politischer Sieg der Patrioten war.

Duarte und die Kreise in El Salvador, die ihn unterstützen, zogen das in Rechnung. Sie sahen ihren erzwungenen Stellungswechsel als Einleitung zu einem komplizierten politischen Spiel an. Sie machten den Guerilleros hinsichtlich des Verhandlungsbeginns ein Zugeständnis, und rechneten darauf, die Schachpartie zu gewinnen.

Mit der Aufnahme des Dialogs mit



Vertreter der salvadorianischen Patrioten unterbreiten der Regierung ihre Forderungen. Unbewaffnet, riskieren sie ihr Leben. Möglich, daß gleich nicht die Verschlüsse der Kameras klicken werden, sondern die von MPis. Die Ultras hatten das angekündigt.
Foto aus: "Bohemia" (Kuba)

Vertretern der Nationalen Befreiungsfront "Farabundo Martí" (FMLN) — der Revolutionären Demokratischen Front (FDR) — verfolgte Duarte unverkennbar Propagandazwecke. Er spielte sich als Humanist und Pazifist auf. Auch Washington gab sich Mühe, aus dieser Spieleinleitung Nutzen zu ziehen. Reagan selbst rechnete sich die Aufnahme der Suche nach einer friedlichen Lösung des salvadorianischen Problems als Verdienst an und schlachtete das noch am Ende seines Wahlkampfes aus. Er und der Außenminister gaben gleich nach der Zusammenkunft in La Palma Erklärungen über eine rückhaltlose Unterstützung der "Initiative Duartes" ab und nannten diese "historisch und hochsinnig". Wenn früher ein Dialog von der FMLN--FDR angeregt wurde, hatte man im Weißen Haus nichts davon hören wollen.

Es sei ferner daran erinnert, daß Frankreich und Mexiko in einem dem UNO-Sicherheitsrat zugeleiteten gemeinsamen Komunique schon 1982 erklärten, daß die FMLN--FDR einen politischen Faktor darstellt, der das legitime Recht

auf Schaffung salvadorianischer Mechanismen habe, die notwendig seien, damit man sich näherkäme und Verhandlungen zur Beilegung der politischen Krise abgehalten werden könnten. Diese Stellungnahme, von allen gelobt, die eine möglichst baldige Einstellung des Blutvergießens wollen, fand sowohl im Weißen Haus als auch bei Duarte als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten El Salvadors" eine geharnischte Aufnahme.

Mit den jetzigen Veränderungen hängt noch eine politische Absicht Washingtons zusammen, die dieses Mal auf Nicaragua abzielt: die "Friedenspolitik" Duartes der Unnachgiebigkeit der Sandinisten entgegenzusetzen, die Verhandlungen mit der bewaffneten Konterrevolution ablehnen. Nicht von ungefähr zog die reaktionäre nikaraguanische "Prensa" eine Kampagne für den salvadorianischen Dialog auf. Zeitungen stellen ihn der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront als Vorbild hin und ignorieren dabei die sinnfällige Tatsache, daß die Lage in Nicaragua der in El Salvador diametral entgegengesetzt ist.

Immer noch eine Runde

Ende November v. J. fand in dem Flecken Ayagualo bei San Salvador das zweite Treffen von Vertretern der Patrioten und der Regierung statt. Duarte verwarf die berechtigten und ausführbaren Vorschläge der FMLN--FDR für eine Normalisierung der Situation. Sie betrafen u. a. die sofortige Unterlassung der militärischen Einmischung Washingtons in die inneren Angelegenheiten El Salvadors, die Einstellung der Repressalien gegen die Opposition, die Auflösung des Strafapparats und der mit ihm verbundenen Todesschwadronen sowie die Bildung einer Regierung des nationalen Einvernehmens. Dennoch willigte Duarte ein, weiterzuverhandeln. Für Ende Januar ist das dritte Treffen im Rahmen der in La Palma gebildeten gemeinsamen Friedenskommission aus je sechs Vertretern beider Seiten angesetzt. Dieses Mal fordert die FMLN--FDR mit Recht auch die Teilnahme der USA als faktisch kriegführender Partei.

Über die Stellungnahme der Regierung sagte Manuel Guillermo Ungo, der Vorsitzende der FDR, Duarte verhandle, sei aber bemüht, sein Vorgehen mit den Rechten abzusprechen und sich allmählich der beim ersten Treffen übernommenen Verpflichtungen zu entledigen.

Man mimt also nicht mehr guten Willen? Warum nicht? Wahrscheinlich weil die Wahlen in den USA vorbei, Duarte und sein "politisches Zentrum" aber genötigt sind, immer mehr auf die aktiver werdenden Ultrarechten Rücksicht zu nehmen, deren Unterstützung Washington nicht entbehren möchte.

Bei der jetzigen Verteilung der politischen Kräfte in El Salvador beginnt das Offizierskorps immer merklicher eine Rolle zu spielen. Es nimmt eigentlich die Züge einer autonomen politischen Körperschaft, einer Art bewaffnete Partei, an, obwohl das Militär bei den Präsidentschaftswahlen kein Stimmrecht hatte. Kommentatoren stellen fest, daß etwa 20 Prozent der Offiziere hinter D'Aubuisson stehen.

Eugenio Vides Casanova, Minister für Verteidigung und Staatssicherheit, und Adolfo Blandon, Chef des Generalstabs, haben in Verhandlungen mit den Aufständischen eingewilligt. Wie es sich aber herausstellt, war das ein Schachzug, mit dem man Zeit gewinnen wollte, bis die Armee mit Hilfe der USA Kräfte für den entscheidenden Schlag gegen die Patrioten gesammelt haben würde. Schon jetzt fordern manche hohe Offiziere ganz offen die Einstellung des Dialogs und die Annullierung der Ergebnisse seiner ersten beiden Runden. Mehr noch, die Befehlshaber der wichtigsten Militärzonen haben sich verabredet, eine neue Offensive gegen die Guerilleros einzuleiten und mit Terrorakten der Todesschwadronen zu koordinieren, um eine Fortsetzung des Dialogs zu vereiteln.

Natürlich ändert sich 'an der Lage im Land dadurch nichts, ob die Regierung die FMLN--FDR anerkennt oder nicht. Im Laufe der Kampfhandlungen entstanden in den vier Jahren zwei Machtzentren, die Regierung und die FMLN--FDR. Zwei Armeen sind im Einsatz und kontrollieren verschiedene Landesgebiete. Eine Frontlinie ist nicht vorhanden, der Kriegsschauplatz hat keine scharfen Grenzen. Bald dehnt er sich aus, bald schrumpft er zusammen, je nachdem, ob die Regierungstruppen oder die Guerilleros angreifen. Alles in allem haben sich drei Zonen gebildet: das von den Guerilleros kontrollierte Gebiet (etwa ein Viertel des Landes), eine Zwischenzone oder ein Niemandsland, um das sich die beiden Seiten streiten, und schließlich die Gebiete, in denen die Streitkräfte des Regimes herrschen: die Hauptstadt, Großstädte, ein großer Teil des Landeswestens und die wichtigsten Autobahnen.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß, soll die Lage normalisiert werden und das Blutvergießen aufhören, vor allen Dingen Washington seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten El Salvadors einstellen muß. Die Reagan-Administration läßt der Regierung Duarte aber weiter täglich über 1 Mio Dollar für den Krieg gegen die Patrioten zukommen, in dem schon 50 000 friedliche Bewohner dieses gepeinigten Landes zugrunde gegangen sind.

TEURE ZIEHHARMONIKA

Wer es vergessen hat: Die USA haben Stein und Bein geschworen, ihre Truppen sofort aus Grenada abziehen, wenn die Rettung ihrer angeblich vom "marxistischen Regime" geknechteten Landsleute vollbracht ist. Es ist vollbracht, aber die Truppen blieben. Bis zur vollständigen "Normalisierung der Lage". Dann bis zu "freien Wahlen". Wahrscheinlich in der Annahme, ohne MPI werde sich die Demokratie a la Amerika nicht etablieren lassen. Die Wahlen sind vorbei, die Truppen noch immer da. "Wie lange noch?" wurde der Sprecher des Weißen Hauses Larry Speakes auf einer Pressekonferenz gefragt. "Ich weiß von keinem Zeitplan für ihren Abzug. Die amerikanischen Streitkräfte bleiben solange auf Grenada, wie das nötig ist, um der

Regierung bei der Ausbildung einheimischer Sicherheitskräfte zu helfen".

Endlich herrscht Klarheit. Wenn die Sicherheit ins Spiel gebracht wird, dann wird vom Truppenabzug lange nicht mehr die Rede sein. Denn die Washingtoner Sicherheitszelle ist eine Ziehharmonika, die sich nach beiden Seiten weit ausdehnen läßt.

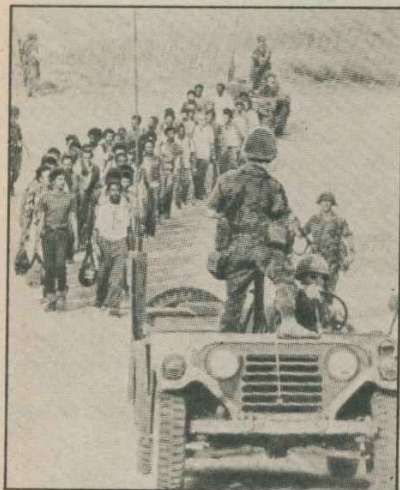
Zunächst mal hat man sich um ein gemütliches Heim gekümmert. Der größte Teil der ca. 700 Mann starken Besatzungstruppen hat sich im Hotel "Grenada Beach" häuslich eingerichtet. Als die Zimmer überbelegt waren, wurden die übrigen Boys in einem Kindergarten auf der Green Street einquartiert. Die Mitarbeiter des US-Geheimdiensts suchten sich den ehemaligen Sitz der New JEWEL-Bewegung aus. Die Residenz des Ministerpräsidenten wurde zum Standort der "Sicherheitskräfte" umfunktioniert.

Man hat es sich also hübsch gemacht, trotzdem aber liegt die vollständige Sicherheit noch recht fern. Knapp überschlagen etwa drei Jahre, bis die amerikanischen Berater aus den 650 rekrutierten Grenadern zuverlässige "Sicherheitskräfte" gemacht haben. Dafür sollen keine Mittel gescheut werden. Gleich 20 Mio Dollar wurden ausgespuckt. "Für dieses Geld hätte man ihnen ja Hochschulbildung geben können!" hätte Mark Twain ausgerufen. Ja, den politischen Strategen der USA ist Sicherheit eben allherd wert.

V. GUSTSCHIN

In Begleitung eines bewaffneten Konvois soll sich jeder sicher fühlen, meinen die Green Berets

Foto: APN Bonn



DEN KERNRUCKS FROH GESCHULTERT

Die in der BRD stationierten GIs fragen Marschallstäbe im Ränzel, sondern Kerngranat mußten sich die Bundesdeutschen von der US-gesellschaft NBC erzählen lassen, die me oberbayrischen Bad Tölz, wo ein Bataillon Berets haust, würden 100 Minikernladungen Sprengkraft von 0,1 bis zu 1 Kilotonne gel solches ca. 27 kg schweres Ding kann v Menschen gefragen werden. Die Green B außer allem anderen auch Unterricht in Sprachen erhalten, sollen "im Konfliktfall" militärische Objekte — Brücken, Befeh Flugplätze usw. — "im feindlichen Hinterlan genen.

Diese vom Pentagon bestätigten Meldungen das offizielle Bonn auf Trab. Regierungssprech lehnte jede Stellungnahme dazu ab und erl USA seien nicht verpflichtet, die Bundesregie die Ausrüstung ihrer Soldaten zu informieren kretär Lothar Ruehl vom Verteidigungsma dagegen gab in einem Fernsehinterview Regierung wisse seit langem von diesen A und sagte weiter: "Es handelt sich um Sprengkörper verschiedener Größe, daru solche, die von Personen gefragen werden k seien jedoch ausschließlich "zum Einsatz au Territorium vorgesehen". Unklar ist nur, was Berets dann mit ihren Sprachkenntnissen sollen.

Die Minisprengkörper sind, wie dortige Kor ren äußern, keineswegs zur "Verteidigung", s Diversionsakten bestimmt. Über den Ein Atomwaffe werden in diesem Fall keines Bundesregierung und nicht einmal der US entscheiden, sondern jeder, der sie im Ruck

A. T
Eig

H A I G S T A N D P A T E

Eine sowjetisch-kubanisch-nikaraguanische Luftlandetruppe überfällt die imaginäre US-amerikanische Kleinstadt Calumet. Die Gescheckten killen alle, die ihnen vor den Lauf kommen. Doch alles geht gut aus — für Calumet und für die ganzen USA. Diesen Hollywood-Schinken über den dritten Weltkrieg mit dem Titel "Red Dawn" (s. NZ 38/84) bekamen zunächst die US-Bürger vorgesetzt. Da er jedoch nicht kassenträchtig war, wurde er nach Westeuropa exportiert, wo er nun unter dem Titel "Die rote Flut" läuft.

Was soll dieser Griff in die

Mottenkiste? Westliche Kritiker hatten schließlich den Film längst verrissen, ihn als "faschistische Fantasien" (britische "Times") und, seinen Drehbuchautor Milius als "Antikommunist Nr. 1 unter Amerikas Regisseuren" ("Stern") bezeichnet. Des Rätsels Lösung: Im Management der Verleihfirma MGM hatte sich jemand gefunden, der in dem Film "eine klare Lektion für alle Zuschauer" erblickte und diese "Lektion" den Westeuropäern erteilen wollte. Es handelt sich um Alexander Haig, einstigen US-Außenminister und noch einstigeren NATO-Befehlshaber in



MILLION UNTER AUFSICHT

Aus Kanada hört man, daß rund eine Million Kanadier in einem geheimen Nachrichten-System katalogisiert sind, das dem Verteidigungsministerium untersteht. "Globe and Mail" schreibt, dieses Zentrum befaßt sich mit elektronischer Spionage und führe Dossiers über "unzuverlässige" Kanadier. Damit diese Meldung keinen allzu großen Schock auslöst, erinnert das Blatt

darin, daß sich in den Archiven auch die "Akte über den ehemaligen kanadischen Premier Trudeau" befunden habe.

Die Arbeitsmethoden des kanadischen Geheimdiensts lösten selbstverständlich Empörung aus. Obwohl sie doch eigentlich nicht neu und keineswegs originell sind. Im Nachbarland Kanadas, den USA, werden solche Methoden seit

langem praktiziert. Wanzen, Informationsspeicherung und Dossiers über Dissidenten. Übrigens nicht nur in den USA, sondern auch in Großbritannien, der BRD, Australien... Vermutlich in jedem "demokratischen" Staat des Westens werden die "nationalen Interessen des Landes" auf diese Weise "geschützt". Die Kanadier stehen also nicht allein da und sind keineswegs

schlechter dran als beispielsweise die Europäer.

1985 wird in den EG-Ländern ein einheitlicher Europa-Paß eingeführt. Seine Ziffern können von EDVA bearbeitet, in den zentralen Polizeicomputer eingegeben und von dort angefordert werden. So vollzieht sich die totale Polizeikontrolle in Westeuropa. Will Kanada gleichziehen?

J. KARAULOW

LIEBER IN DEN TOD?

Der 16jährige Pawel Sitarz ist in einem texanischen Krankenhaus an Krebs gestorben, läßt sich einer UPI-Meldung entnehmen. Pawel wußte seit langem um seine Krankheit, verbarg sie jedoch von den Eltern. Er schwieg in der Furcht vor den Arztkosten, die seine Eltern nicht bezahlen konnten.

Seit die Familie Sitarz im September 1983 aus

Polen in die USA übergesiedelt war, sucht Pawels Vater vergeblich eine Arbeitsstelle. Bei ihrem Umzug in die USA aber glaubte die Familie fest daran, dort in Hülle und Fülle leben zu können, wie es die für Polen und die anderen sozialistischen Länder bestimmten Sender der USA verkünden. Die "Voice of America" und "Free Europe" schleimen sich über die typische amerikanische Familie mit dem hübschen Häuschen, ein bis zwei PKWs, Heimcomputer und ähnlichen Wohlstandsingredienzien aus. In den Sendungen ist viel von Freiheit und Recht die Rede. Doch kein Wort darüber, was das für eine Gesellschaft ist, in der Geld über Tod und Leben entscheidet. Wo ist denn das Glück der Freiheit, wenn ein freier Bürger dieses freien Landes den Tod wählt, um seine Eltern zu schonen? Und was war für Pawel Sitarz letztlich schicksalhaft: die Krankheit oder die Gesellschaftsordnung der USA?

M. TARATUTA

ABSCHRECKUNGSFAKTOR?

Geheimberichte der CIA besagen, die von den USA ausgehaltenen Kontras hätten unbewaffnete Zivilisten in Nikaragua, darunter auch Kinder gefoltert und getötet. Diese Berichte stammen von ranghohen CIA-Männern. Die Information über die Brutalitäten der Kontras wurde von einem Sonderausschuß des US-Repräsentantenhauses für Geheimdienstangelegenheiten untersucht.

Da ergibt sich die Frage, wie die CIA plötzlich dazu kommt, die Verbrechen der Kontras zu schildern, da sie doch selbst die Terrorbanden anleitet.

Man mußte "dieses Moment als eine Erklärung für die Gründe der Zusammenstellung des Handbuchs für den Guerillakrieg berühren".



"Juan, Pedro, schaut auf den Plan zur Ausrottung der sandinistischen Führer... Schieß, Juan, schieß, Pedro... Tötet, tötet, tötet..."

Zeichnung aus: "Newsweek" (USA)

"Es war dazu bestimmt, die Aufrührer abzuschrecken", erläutert die "New York Times".

Sieh mal an, freut sich der Leser, da läßt sich der Skandal im Zusammenhang mit den Anweisungen für die nikaraguanischen Kontras also zu einem Vorteil für Washington ummünzen. Diese Anweisungen, die von vielen als Mordanleitungen aufgefaßt werden, sollten also Blutvergießen verhüten!

Was nun meint der Sonderausschuß des Repräsentantenhauses zu dieser Interpretation? Bislang hat, wie die "New York Times" schreibt, "diese Erklärung lediglich einige Kongreßmitglieder verärgert...". Vermutlich wegen ihrer Dämlichkeit.

A. WLADIMIROV

Zeichnung: N. Stscherbakow
"NEUE ZEIT" 4.85

DER FALL ANDRIJA ARTUKOVIC

Der in Heft 49/84 veröffentlichte Dokumentarbericht "Einer vom Unternehmen Paperclip" hat starke Resonanz gefunden. In Leserzuschriften wird Entrüstung darüber geäußert, daß die US-Behörden systematisch Nazis und Kriegsverbrechern Zuflucht gewähren. So schreibt Nikolai Djaltenko, ein Veteran des Großen Vaterländischen Krieges aus Kiew, daß die angeführten Tatsachen den wahren Charakter der "amerikanischen Demokratie" bloßstellen. Djaltenko vermutet durchaus logisch, ob die Rückkehr des Raketenexperten Arthur Rudolph in die BRD vielleicht nicht mit der der Bundesrepublik erteilten Erlaubnis zur Erzeugung strategischer Waffen zusammenhängt. Auf der kürzlichen Moskauer Generalversammlung des Internationalen Buchenwald-Dora-Komitees sagte sein Präsident, Pierre Durand, zu unserem Berichterstatter, Rudolph sei nur einer von vielen, die bei den US-Behörden Schutz genossen. Darunter seien "Schwerverbrecher" gewesen.

Auf die Leserzuschriften eingehend, hat unsere Redaktion

beschlossen, dieses Problem weiter zu behandeln, und ihre Berichterstatter im Ausland beauftragt, auf das Erscheinen neuen Schriftmaterials zu achten. Wir brauchen nicht lange zu warten. Die US-Presse meldete, daß in den USA ein unter falschem Namen lebender Kriegsverbrecher verhaftet worden sei. Das wurde so geschildert: Im Morgengrauen erschien eine Gruppe bewaffneter Polizisten vor dem Hause des US-Staatsbürgers Alois Anich in der kalifornischen Siedlung Surfside Colony. Sie nahmen den 84jährigen Hausherrn fest, und er wurde im Krankenwagen in die Medizinische Zentrale der Südkalifornischen Universität nach Los Angeles abtransportiert. Dort wurde ihm in der Haftabteilung im Beisein von Journalisten und Anwälten als dem Kriegsverbrecher und ehemaligen Innenminister der von den Nazibesatzern 1941 eingesetzten "kroatischen Regierung" Andrija Artukovic der Haftbefehl verlesen. Artukovic lebte unter dem Namen Alois Anich. Die Auslieferung des Verbrechers wird von Volksjugoslawen schon lange gefordert.

WER DIESER MANN WAR, RECHERCHIERTE UNSER BELGRADER KORRESPONDENT LEONID CHARKOW

Der Henker Kroatiens

Was wird Artukovic von der jugoslawischen Justiz konkret zur Last gelegt? Warum fordert die Regierung der SFRJ so beharrlich seine Auslieferung? Hier die Meinung eines Teilnehmers der Volksbefreiungsbewegung von 1941–1945, des namhaften jugoslawischen Historikers, Leiters des Militärgeschichtlichen Archivs Antun Miletic:

Aufgrund dokumentarischer Angaben und zahlreicher Aussagen ehemaliger KZ-Häftlinge erklärte die Staatliche Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der faschistischen Besatzer und ihrer Helfershelfer in Jugoslawien Artukovic am 13. August 1945 zum Kriegsverbrecher.

Schon in den 30er Jahren war der damals junge Rechtsanwalt Artukovic als ein Organisator der Ustascha — der Vereinigung kroatischer Faschisten — bekannt. Er stand in engem Kontakt mit den italienischen Schwarzhemden und genoß Mussolinis Gunst. Artukovic wurde 1934 wegen Terrorakte unter Anklage gestellt. Doch der Machtantritt der auf Hitler und Mussolini orientierten Koalition Cvetkovic-Macek bewahrte ihn, einen Rädelsführer der Ustascha, vor der Haftstrafe. Artukovic wurde auf freien Fuß gesetzt und reiste ungehindert nach Italien aus.

Im April 1941 wurde in Jugoslawien

unter der Ägide der deutschen Besatzungstruppen ein "Unabhängiger Staat Kroatien" gebildet. An seine Spitze setzte man den kroatischen Nationalisten Ante Pavelic, der bei den Nazis großes Vertrauen genoß. Er bestellte seinen Gesinnungskumpen und Busenfreund Artukovic zum Innenminister.

Auf diesem Posten ließ er im Gedächtnis der Völker Jugoslawiens blutige Spuren zurück. Hier nur einige Aussagen aus jugoslawischen Archiven. Auf Anregung des Innenministers entstand schon im Juli 1941 in dem Flecken Gaspic das erste KZ. Danach schoßen andere Todeslager in Kroatien wie Giftpilze aus der Erde: in Jasenovac, Lepoglava, Jastrebarsko, Kruscica, Kerestinac, Djakovo und Sata Gradiska.

Am 26. Juni 1941 unterzeichnete der Ustascha-Minister ein "Sondergesetz über die Konzentrierung der Juden an speziellen Orten". Am 2. Oktober kam aus Artukovics Kanzlei ein Schriftstück unter Nr. CCCXXI-1620 mit der Vorschrift, für einen getöteten Ustascha-Soldaten zehn ergriffene Patrioten und für einen getöteten Offizier fünfzig Personen "kommunistischer Zugehörigkeit" zu erschießen. Es entstanden sogenannte fliegende Gerichte, die für Gegner des Regimes nur eine Strafe kannten: die Erschießung. Artukovic ist verantwortlich für die Vernichtung einiger hunderttausend Serben

sowie für die Liquidierung Zehntausender Zigeuner, Juden, Mohammedaner und Angehöriger anderer Völkerschaften. Die Gesamtzahl der Opfer Artukovics beträgt 700 000.

Die Kroatische Regionalkommission zur Untersuchung der Verbrechen der Besatzer und der einheimischen Quislinge hat über 20 Verbrechen aufgedeckt, bei

Artukovic (Pfeil) Gast bei Himmler



denen Artukovic direkt seine Hand im Spiel hatte. Hier einige von ihnen:

— die Ermordung von 85 Häftlingen des KZ Krapje im Oktober 1941 wegen einer Beschwerde über "schlechte Verpflegung";

— Erschießung von 50 Personen im selben KZ am 15. November 1941;

— bestialische Tötung von etwa 300 Häftlingen im Krankenblock des KZ Jasenovac.

Nein, nicht von ungefähr meldete der Botschafter Hitlerdeutschlands in Zagreb, Siegfried Kasche, nach Berlin, daß "Artukovic ein guter Freund des Deutschen Reiches" sei.

WIE DIE NACHRICHT DER FESTNAHME ARTUKOVICS IN JUGOSLAWIEN AUFGENOMMEN WURDE, SPRACH ANDRIJA MILANOVIC, MITGLIED DER KOMMISSION FÜR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DES VERBANDES DER VETERANEN DES VOLKSBEFREIUNGSKRIEGS IN JUGOSLAWIEN

Strafe für den Verbrecher

Für einen, der bewußt mordete und an dessen Händen das Blut Tausender unschuldiger Opfer klebt, darf die Verjährungsfrist nicht gelten. Wir neigen dazu, vieles zu verzeihen, aber Gnade für einen Mann wie Artukovic würde Vorschubleistung zu Verbrechen bedeuten.

Ich weiß nur zu gut, was Faschismus ist. Ich war Soldat der berühmten 1. Proletarischen Brigade, mit der die Geschichte unserer Volksbefreiungsarmee begann. Lange kämpften wir mit den Naziokkupanten und ihren Komplizen in Bosnien und Herzegowina und in Dalmatien. Dort haben die Handlanger Artukovics besonders gehaust. Sie haben Dörfer eingeschert und die Einwohner ermordet. Wo die Ustascha durchmarschierte, blieben Aschenhaufen und Berge von Leichen zurück. Die Bestien vergruben lebende Menschen, sie warfen Verwundete in Gruben und streuten ungelöschten Kalk darüber, und sie verbrannten Kinder auf Scheiterhaufen.

Das alles habe ich mit eigenen Augen gesehen. Ich weiß noch, wie wir bei

Sarajevo auf einer von den Ustascha-Leuten zurückgelassenen Brandstätte ein lebendes Kind fanden. Der Kleine hieß Abdulla Detric. Wir konnten ihn retten. Als die Feinde unsere Einheit an die Berge zurücktrieben, mußten wir in unserem schlechten Schuhzeug und unserer dürrtigen Kleidung bei 30 Grad Frost über den verschneiten Igman-Paß. Auf dem schweren Marsch, auf dem viele Partisanen umkamen, trug ein Kamerad den in warme Sachen gewickelten Jungen im Rucksack.

Um unserer Kinder und unserer für die Freiheit gestorbenen Freunde willen dürfen wir die Verbrechen der Faschisten nicht vergessen. Die verdiente Strafe für die Kriegsverbrecher muß denen eine Warnung sein, die einen neuen Kriegsbrand entfachen wollen. Wir jugoslawischen Kriegsveteranen machen gegen die Absichten gewisser Kreise im Westen, namentlich in der BRD, Front, auf Verfahren gegen die Verbrecher wegen "Ablaufs der Verjährungsfrist" zu verzichten. Leider gibt es in den USA und in einer Anzahl anderer Länder ziemlich viele wie Artukovic. Solange die Massenmörder auf freiem Fuß sind, kann unser Gewissen nicht schweigen.

WARUM KONNTE ARTUKOVIC SOLANGE AUF FREIEM FUSS BLEIBEN! DIE ANTWORT GIBT DAS UNLÄNGST ERSCHEINENE BUCH DES AMERIKANISCHEN ANWALTS ALLAN A. RYAN "STILLE NACHBARN". RYAN LEITETE SEINERZEIT BEIM US-JUSTIZMINISTERIUM DIE ABTEILUNG FÜR KRIEGSVREBRECHER. UNSER KORRESPONDENT IN DEN USA, ALEXEJ ARCHIPOW, SANDTE UNS DEN GEKÜRZTEN WORTLAUT DES TEILS DES BUCHES EIN, IN DEM VON ARTUKOVIC DIE REDE IST

Einer der "stillen Nachbarn"

Andrija Artukovic floh nach dem Krieg nach Österreich und später nach Irland, wo er 1948 auf den Namen Alois Anich das Einreisevisum in die USA beantragte und bekam. Im April 1949, als das Visum in seinem falschen Paß abließ, wurde er in Los Angeles bei der dortigen Abteilung der Einwanderungsbehörde vorgeladen. Er

machte über sich Angaben zur Person, und da erkannte diese Behörde, daß sie es nicht mit einem gewöhnlichen Einwanderer zu tun hatte. Nach Washington wurde gemeldet, daß Artukovic "Innenminister Kroatiens war und daß der Beamte seine Behauptung, er sei vor dem Kommunismus geflohen, nicht für glaubhaft hält". Als man beim State Department jedoch in den Archiven nachsah, fand man, daß die jugoslawische Regierung die USA schon 1946 darüber informiert hatte, daß nach diesem Kriegsverbrecher gefahndet wird.



**Der als amerikanischer Spion arbeitende Ustascha-Mann Dragano-
vic besorgte den faschistischen
Verbrechern gefälschte Pässe**

Anfang des Jahres 1950 verfügten die US-Behörden über zwei unumstößliche Fakten. Erstens war Artukovics Status in den USA, unabhängig von seiner Vergangenheit, völlig gesetzwidrig (er war unter falschem Namen eingereist). Zweitens waren sich die Einwanderungsbehörde, ein stellvertretender Justizminister und das State Department darüber im klaren, daß sie es mit einem "hohen Komplizen der Nazis" zu tun hatten, dessen Auslieferung von der Regierung eines anderen Landes gefordert wurde. Mehr noch, im März 1951 gaben Beamte des jugoslawischen Konsulats in Los Angeles US-Vertretern die genaue Adresse des Naziverbrechers. Im Mai desselben Jahres machten die Massenmedien die Öffentlichkeit auf diese Tatsache aufmerksam. Erst da rührte sich die Einwanderungsbehörde.

Die Einstellung der US-Regierung trat am krassesten in einem Schriftstück zutage, das der Assistent eines stellvertretenden US-Justizministers der Einwanderungsbehörde zugehen ließ. Darin hieß es: "Zwar muß das Ausweisungsverfahren eingeleitet werden, ihn und seine Familie dürfen wir aber nicht in den sicheren Tod von der Hand der jugoslawischen Kommunisten schicken. Sollte nicht festgestellt werden, daß er den Tod eines Amerika-

ners verschuldet hat, dann glaube ich, daß wir ihn in ein nichtkommunistisches Land ausweisen sollen, das ihm politisches Asyl gewähren wird. Wenn sein Verbrechen nur gegen Kommunisten gerichtet war, sollte ihm Asyl in den USA gewährt werden."

Im August 1951 machte das jugoslawische Konsulat in San Franzisko beim Bundesgericht in Los Angeles gegen Artukovic Klage wegen Verantwortung für die Ermordung von 1293 namentlich bekannten Personen und wegen des Todes von mehr als 200 000 Namenlosen, darunter 17 600 Kindern, anhängig. Die Gerichtsfarce dauerte jahrelang. Die US-Justiz glaubte die Lügen des hartgesottenen Nazis, dessen freche Behauptung, er habe Juden, Serben und Zigeuner vor der Ermordung gerettet, wobei er sich als Verfechter der Gerechtigkeit aufspielte.

1951 wurde er ohne Kautions auf freien Fuß gesetzt, denn Bundesrichter Hall erhob ihn "in den Stand eines Soldaten, der natürlicherweise ... andere Leute habe töten müssen". Als fünf Jahre später der Fall wiederaufgenommen wurde, entschied Hall, daß Artukovic ja nicht selbst getötet, sondern nur "Befehl erteilt hatte". Die Kassationsinstanz in San Franzisko bestätigte, daß der Mörder die ihm zur Last gelegten Verbrechen nicht begangen habe und daß sie überhaupt politischen und nicht kriminellen Charakter getragen hätten. Darüber schreibt Ryan:

"Wären Eichmann oder Hitler in die Vereinigten Staaten entkommen und hätten sie sich in Kalifornien niedergelassen, wie hätten sie bei solcher Urteilsbegründung nach Deutschland oder anderswohin ausgeliefert werden können?" Ryan erklärt dieses Verhalten der Behörden so: "Der Kommunismus galt als die größte Bedrohung Amerikas, nicht der Nazismus."

Die Lage habe sich — so Ryan — gegen Ende der 70er Jahre etwas verändert. Eine ungewollte Folge der "Kampagne für Menschenrechte" sei eine Abänderung des Einwanderungsgesetzes von 1952 gewesen. Es ließ nunmehr die Auslieferung von Personen zu, denen Verbrechen aus politischen und rassistischen Beweggründen angelastet wurden. Das Justizministerium nahm den Fall Artukovic auf. Das Ausweisungsverfahren ist aber noch immer sehr kompliziert. Es bietet die Möglichkeit, einen Fall, sei es aus Alters- oder Gesundheitsrücksichten, bis in alle Unendlichkeit hinzuziehen. Der Henker Artukovic fühlte sich aber bis vor kurzem ausgezeichnet und hielt in Kalifornien sogar Vorträge über — die "kommunistische Gefahr." Die Presse schrieb, daß auch die US-Geheimdienste Artukovic beschäftigen.

RYANS ANGABEN MÜSSEN ERGÄNZT WERDEN, DAMIT MAN SICH NICHT NUR ÜBER DIE GERICHTLICHE PROZEDUR, SONDERN AUCH ÜBER DIE POLITISCHEN URSACHEN KLAR WIRD, WARUM DIE VERHAFTUNG ARTUKOVICS ERST NACH 35 JAHREN ERFOLGTE. DIESE ANGABEN ENTHALTEN EINIGE IM WESTEN ERSCHIENENE BÜCHER, Z. B. DER FRANZÖSISCHEN PUBLIZISTEN GUERIN, CHAIROFF UND ALEXANDROV, DIE VON DEN JOURNALISTEN TSCHERNEGA UND GRISCHNY BESPROCHEN WORDEN SIND

Unter den Fittichen der CIA

Daran, daß nicht nur Artukovic in Kalifornien Schutz genoß, erinnerte Alain Guerin in seinem Buch "Die Commandos des kalten Krieges". Da heißt es, der Gouverneur von Kalifornien habe am 4. April 1968 die Verfügung erlassen, daß in diesem Bundesstaat an jedem 10. April der Jahrestag der Proklamierung der "Unabhängigkeit Kroatiens" begangen werden soll. Was für ein Ereignis ist das? An diesem Tag des Jahres 1941 proklamierte Ante Pavelic die Gründung seines Marionettenstaates, in dem Artukovic Minister war. Ganz zu schweigen davon, daß der damalige Gouverneur (er hieß Ronald Reagan) seine Feindseligkeit gegen Volksjugoslawien manifestierte, bestätigte er mit diesem Akt dokumentarisch, daß gewisse Kreise der USA auf das Wohl und Wehe der faschistischen Ustascha bedacht sind.

Wie erging es dieser nach Kriegsende? Pavelic konnte der Vergeltung entgehen. Über seine "Irrfahrten" bestehen mehrere Lesarten, aber alle stimmen darin überein, daß der Henker der Völker Jugoslawiens im sogenannten Kroatienkollegium in Rom bei Bischof Alois Hudal und bei Prof. Krunoslav Draganovic Zuflucht gefunden hat. Wie Alexandrov in seinem Buch "Die SS-Mafia" berichtet, wanderte Pavelic 1946 im Priestergewand nach Argentinien aus. Diese Mitteilung ist vielsagend, denn jetzt ist dokumentarisch festgestellt, daß Draganovic ein Agent der US-Abwehr CIC war, die den sattem bekannten "Rattenpfad" aus Italien nach Südamerika anlegte. In Argentinien übernahm Pavelic die Führung der faschistischen "Bewegung für die Befreiung Kroatiens" und stellte Terroristengruppen auf. Nach seinem Tode (1959) trieben diese Gruppen weiter ihr Unwesen und hinterließen in

der ganzen Welt Blutspuren: 1962 überfielen sie in Bad Godesberg die jugoslawische Wirtschaftsmission, 1966 verübten einen Terrorakt in Zagreb, und 1968 sprengten sie die jugoslawische Botschaft in Paris in die Luft. Nach Aufzählung dieser Verbrechen schreibt Patrice Chairoff in dem Buch "Das Dossier des Neonazismus": "Unter Leitung der Geheimdienste der Länder, in denen sie sich aufhielten, in erster Linie der CIA und des britischen MI 5 sowie der französischen DST und SDECE, hatte die Ustascha über Geldmangel nicht zu klagen." Der Buchverfasser konstatiert, daß die Ustascha unter dem Schutz der CIA und der NATO-Geheimdienste ihre Gruppen 1972–1974 in Jugoslawien einschleusten, wo diese allerdings von den Behörden unschädlich gemacht wurden.

Die Ustascha hat vielerlei Aufgaben: Sie berät Diktatoren Lateinamerikas (laut Chairoff wurde die Polizei des Diktators von Paraguay, Stroessners, gerade von der Ustascha reorganisiert) und steckt mit internationalen neonazistischen Organisationen unter einer Decke. So war der Kriegsverbrecher Luburic (alias General Drinjanine) eine Stütze der neo-faschistischen spanischen Gruppe CEDEADE.

"In Westeuropa sind sie mit Diebesbanden eng verbunden", schreibt Chairoff. "Mitglieder der kroatischen faschistischen Organisationen treiben gern Zuhälterei, Waffen- und Rauschgifthandel, verüben Einbrüche oder spezialisieren sich auf bewaffnete Raubüberfälle. In ihrem Falle ist krimineller Banditismus vom politischen Verbrechen nicht zu trennen." Chairoff schließt mit den Worten, daß die Ustascha "eine Kolonne der globalen antikommunistischen Strategie" sei.

DAS MATERIAL AUS BELGRAD UND NEW YORK KOMMENTIERT UNSER POLITISCHER BEOBACHTER LEW BESYMENSKI

Den Aufruf der UNO befolgen!

Ich schreibe meinen Kommentar nicht in Moskau, sondern in Smolensk, und das hat einen besonderen Grund: Hier ist der Prozeß gegen drei Verräter — Wassili Boiko, Sachar Chochlow, Wassili Kuwitschko — zu Ende gegangen, die im Krieg in Diensten der Nazibesatzer

standen und im Raum von Smolensk haarsträubende Verbrechen begingen. Die Anwesenden (der Prozeß war öffentlich) waren mit dem Urteil völlig einverstanden. Es lautete auf die Höchststrafe.

Im Saal spielten sich dramatische Szenen ab. So z. B. beim Erscheinen der Zeugin Tatjana Bondarewa, die am 28. Januar 1943 am Rande des Wadinski-

Waldes bei dem Dorf Salasnja erschossen werden sollten. Sie war eine von den 300 Einwohnern des Dorfes, dessen Vernichtung von den Angeklagten geleitet wurde. Und sie taten nicht nur das, sondern legten selbst Hand an. 40 Jahre später war die Frau wie von den Toten auferstanden. In jener Schreckensnacht konnte sie unter den Leichen hervorkriechen und sich in Sicherheit bringen.

Die auswärtige Sitzung des Militärgerichts des Moskauer Militärbezirks unter dem Vorsitz von Oberst Wladimir Subkow prüfte alle dokumentarischen Angaben und Zeugenaussagen, hörte die Angeklagten an und rekonstruierte so das Schreckensbild der Bluttaten der ehemaligen Bischlerleute. So wurden die Angehörigen der Strafrupps unter Waldemar Bischler, einem Gutsbesitzer aus der Umgegend von Dorogobush, genannt, der dann ein weißgar-

2500 Personen von Bischlerleuten liquidiert. Insgesamt aber vernichteten die Besatzer und ihre Handlanger in den Jahren der Okkupation im Gebiet Smolensk 351 000 Zivilisten (mehr als die Gesamtverluste der USA im zweiten Weltkrieg). Geschah das etwa nicht in Ausführung des verhängnisvollen "Generalplans Ost", laut dem Millionen Bürger unseres Landes vernichtet werden sollten? Hinter den drei Angeklagten glaubte man die Schatten derer zu erkennen, die den verbrecherischen Krieg gegen die UdSSR planten und angingen.

Man sah sich von vielen Schatten umgeben. Im Gebiet Smolensk wurde das Besatzungsregime vom Stab der rückwärtigen Dienste der Heeresgruppe Mitte (Gen. Schenckendorff) geleitet. In Dorogobush, wo die drei Henker ihr Unwesen trieben, stand die 337. Sicherungsdivision. Himmlers schwarzer Haufen wurde von der "Einsatzgruppe B" geleitet (einer seiner Befehlshaber, SS-Standartenführer Erich Ehrlinger, wurde 1961 in der BRD zu 12 Jahren Haft verurteilt, aber 1969 freigelassen, und die Sache wurde wegen seiner "Handlungsunfähigkeit" eingestellt). Für den Raum Smolensk-Dorogobush war das "Sonderkommando 7A" der SS zuständig, das die Operation in den Wadinski-Wäldern leitete. In einem Bericht vom 9. April 1943 wird bestätigt, daß dort zwischen

Ländern vergleicht. Der Gram der Smolensker Lande ist auch der Gram von Oradour und der Gram der Opfer Andrija Artukovics. Wir, die wir die Bestrafung der Verbrecher fordern, werden oft gefragt, was für einen Sinn solche Prozesse gar 40 Jahre nach Kriegsende hätten. Die großen Verzeiher im Westen finden viele Argumente: Die Geschehnisse seien halb vergessen, Zeugen seien unauffindbar und die Angeklagten alt und krank.

Der Prozeß von Smolensk widerlegt solche Argumente. Gewiß, es war schwer, Beweise aufzutreiben, das hat viele Jahre gedauert. Aber die Untersuchungsinstanzen — in diesem Falle die Untersuchungsbeamten des Smolensker Komitees für Staatssicherheit — haben weder Zeit noch Mühe gescheut, um die nötigen Indizien zu finden. Was man gleich nach dem Krieg nur ganz allgemein wußte, ist in jedem konkreten Fall detailliert worden und hat sich bestätigt.

Wir machen der Justiz der BRD oder der USA durchaus keinen Vorwurf daraus, daß sie Material für Prozesse lange sammelt. Doch das Gewissen lehnt sich dagegen auf, daß die Prozesse endlos aufgeschoben werden (wie das bei Artukovic der Fall war), obwohl die Indizien längst gefunden sind, von den Fällen, in denen Verbrecher (wie bei Klaus Barbie oder Arthur Rudolph) absichtlich gedeckt werden, ganz zu schweigen.

Und noch ein wichtiger Aspekt: Die unlängst in Smolensk Verurteilten wurden gleich nach dem Krieg zur Verantwortung gezogen, sie haben ihre Strafen abgesessen und wurden amnestiert. Damals lagen dem Gericht aber keine genauen Angaben über ihre Verbrechen, sagen wir, über die Hinrichtungen in Salasnja und Leonowo, vor. Es liegt eine höhere Gerechtigkeit darin, daß die sowjetische Justiz nach Erhalt dieser Angaben die Fälle der drei Verbrecher wiederaufnahm. Das ist genauso gerecht wie der wiederholte Prozeß gegen Barbie. Massenmörder, die auch nur einen Teil ihrer Verbrechen geheimhalten konnten, müssen wissen, daß sie der Vergeltung nicht entgehen werden.

Dazu eben ruft eine kürzliche Resolution der 39. UNO-Vollversammlung auf. Sie hat bestätigt, daß "die Belangung und Abstrafung von Kriegsverbrechen am Frieden und an der Menschheit ... Pflicht aller Staaten ist". In der Resolution "werden die Staaten aufgerufen, einander beim Auffinden, bei der Festnahme und gerichtlichen Belangung von Personen zu helfen, gegen die Verdacht auf Kriegsverbrechen an der Menschheit besteht, und sie, falls sie für schuldig erkannt werden, der Strafe zuzuführen".

Damit ist weder zu wenig noch zu viel gesagt.



Faschistische Verbrechen bei Smolensk



distischer Emigrant und noch später Wehrmachtsoffizier wurde. Seine Einheit hatte in Konzentrationslagern Wachdienst zu versehen, Häftlinge zu vernichten, Partisanen zu bekämpfen und friedliche Menschen schonungslos zu "liquidieren". Die Erschießung der 300 Einwohner des Dorfes Salasnja am 28. Januar 1943 und der 250 Einwohner des Dorfes Leonowo am 31. Januar 1943 kann nur Völkermord genannt werden. 1942 und 1943 wurden

dem 23. Januar und dem 12. Februar 537 Partisanen und 566 "verdächtige Personen liquidiert wurden", zu denen wahrscheinlich auch Tatjana Bondarewa gehörte.

Rein äußerlich war der Prozeß von Smolensk mit keinen besonderen Schwierigkeiten verbunden. Aber nur rein äußerlich. Die verschiedenen Umstände geben aber zu denken, besonders wenn man ihn mit solchen Prozessen in anderen

KOMPLOTT GEGEN DIE UNESCO

Juri NALIN

Der seit einem Jahr andauernde "Nervenkrieg" Washingtons gegen die UNESCO — Erpressung, auch Beleidigungen und Drohungen an die Adresse ihres Generaldirektors M'Bow, Finanzsanktionen gegen die maßgebliche UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Information — hat damit geendet, daß die USA am 31. Dezember 1984 aus ihr austraten.

Fast gleichzeitig wurde in London erklärt, Großbritannien wolle Ende d. J. dasselbe tun, falls sich die UNESCO "nicht bessere" und falls ihre Tätigkeit, "die der britische Außenminister Howe gereizt äußerte, nicht im Laufe des Jahres "reformiert" werde. Wie verläuft, erwägt auch die BRD diesen Schritt.

Womit hat sich die UNESCO die Ungnade der genannten Regierungen zugezogen? Washington und London führen faktisch dieselben Argumente ins Treffen, um ihren Schritt zu begründen. In einer Erklärung des State Department vom 20. Dezember 1984 wird darüber geklagt, das Wirken dieser Organisation sei "politisch orientiert", sie verhalte sich feindselig "gegenüber den Einrichtungen der freien Gesellschaft, besonders jenen, die die Pressefreiheit und die Menschenrechte" verteidigen; auch wird auf die "Inkompetenz" der UNESCO verwiesen. Eine Erklärung aus Whitehall, der Margaret Thatchers Äußerungen zusätzliches Gewicht hätte geben sollen, enthält ähnliche Beschuldigungen.

Die gegen die UNESCO aufgelegte großangelegte Propagandakampagne wie auch die gegen sie beiderseits des Atlantik vorgebrachten konstruierten, bisweilen einfach erlogenen Beschuldigungen bestätigen: Es handelt sich vor allem um eine politische Entscheidung. Man braucht nur die Frage zu stellen, warum die Westmächte in einem international so verantwortungsvollen Moment einer Organisation den Rücken kehren, die sich die Aufgabe stellt, "die Ideen des Friedens im Bewußtsein der Menschen zu verankern" und "zur Konsolidierung von Frieden und Sicherheit" beizutragen (Präambel bzw. Art. 1 der Charta), und schon hat man die Antwort. Die UNESCO ist die größte nichtgouvernementale Organisation, in der sich die aktuellsten politischen, wissenschaftlichen und ideologischen Gegenwartsprobleme wie in einem Tropfen Wasser spiegeln.

Sie existiert nicht in einem Vakuum. Ihre Tätigkeit ist nicht von den wichtigsten Problemen der Welt zu lösen. So kann z. B. das Analphabetentum nicht überwunden und die kulturelle Entwicklung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

nicht beschleunigt werden, wenn die Hauptursache ihrer Zurückgebliebenheit — die Hinterlassenschaft des Kolonialismus — nicht ausgemerzt und wenn die heutige Politik des Neokolonialismus nicht unterbunden wird. Das unaufhörliche Wettrüsten, das enorme Mittel verschlingt, hemmt den geistigen und sozialen Fortschritt. Kaum jemand würde bestreiten, daß die weitere internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Kultur, die harmonische Erziehung der heranwachsenden Generation nur zu erreichen sind, wenn das Vertrauen zwischen den Ländern, die Entspannung ausgebaut und die Ursachen von Feindschaft und kaltem Krieg beseitigt werden.

Die Tätigkeit der UNESCO zeugt von ihrer zunehmenden Reife und von ihrem Streben, mit der Zeit zu gehen. Die beherrschende und konsequente Politik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder haben es ermöglicht, die UNESCO — früher eine engspezialisierte Organisation, deren Tätigkeit zuerst von den Interessen der Westländer geprägt war — so zu entwickeln, daß sie heute bei der Lösung erster Probleme der Menschheit eine wichtige Rolle spielt.

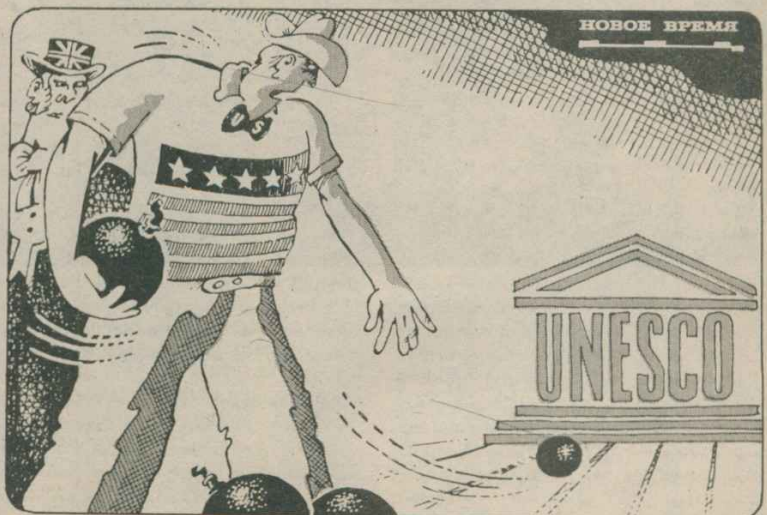
So prüft die UNESCO die Möglichkeit, wie die Massenmedien zur Förderung des gegenseitigen Vertrauens und Verstehens zwischen den Völkern einzusetzen sind, trägt zur Entwicklung der friedlichen Koexistenz bei und beteiligt sich an der Abrüstung, den Kampf gegen den Kolonialismus und Rassismus bezweckenden UNO-Tätigkeit.

Neben den allgemeinpolitischen Problemen befaßt sich die UNESCO mit umfangreichen Plänen und Programmen für die mehrseitige Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, in der Entwicklung der exakten und Naturwissenschaften, der Ozeanographie, Geologie und Hydrologie, im Umweltschutz, in Energiewirtschaft, Informatik, philosophischen und humanitären Wissenschaften, in der Erhaltung und Bereicherung der Kulturen, im Bücherwesen. Eine wichtige Richtung in der Arbeit der UNESCO im letzten Jahrzehnt war die Realisierung der Programme zur Entwicklung der Massenmedien und zur Schaffung einer neuen Ordnung auf dem Gebiet der Information.

Der auf die Festigung von Frieden, Vertrauen und Zusammenarbeit der Völker gerichteten UNESCO-Politik ist der Kurs auf das Anheizen der Kriegspsychose, auf das Abdrängen der Welt zu einer nuklearen Katastrophe, auf die Schürung der Feindschaft zwischen den Völkern absolut wesensfremd. Die Linie der UNESCO auf den Ausbau der gegenseitig nützlichen wissenschaftlichen, kulturellen und sonstigen Kontakte gerät in Gegensatz zu den eigentlichen Zielsetzungen der Reagan-Administration, die es auf den Abbau solcher Kontakte mit den sozialistischen und einigen anderen Ländern abgesehen hat.

Besonders ungehalten sind Washington und London darüber, daß die UNESCO den Frieden, die Abrüstung, den Kampf der Völker gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid, für eine neue, gerechte Weltwirtschafts- und Informationsordnung fördert. In den letzten Jahren wurde der militaristische Kurs der USA und ihrer nächsten Bündnispartner in der Organisation scharf und begründet kritisiert, die Landraubpolitik Israels verurteilt, das vom Westen den Ent-

Zeichnung: N. Stscherbakow



wicklungsländern aufgezwungene Modell der sozialökonomischen Entwicklung scharf verurteilt und die Raubpolitik der Multis enthüllt.

Man kann nicht sagen, daß sich die Arbeit der UNESCO störfrei abwickelt. In ihren Organen kommt es zu akuten Kontroversen, die Standpunkte sind miteinander unversöhnlich. Im Westen wurden immer wieder Stimmen laut, die eine "Entpolitisierung" der UNESCO predigten und sie dazu aufforderten, den Fragenkreis ihrer Tätigkeit einzuzengen, aktuelle Probleme aber, an deren Lösung die Menschheit tief interessiert ist, ganz auszuklammern. Die von Washington und einigen seiner Verbündeten so hartnäckig vertretene Konzeption einer "Entpolitisierung" der UNESCO ist eine unverkennbare Äußerung der imperialistischen Politik, deren Ziel es ist, die Organisation wie einst dazu zu benutzen, eine weitgehende geistige Expansion zu entfalten und überall das westliche Entwicklungsmodell durchzusetzen. Es kam mehr als nur einmal vor, daß die USA alle Demagogie und alles apolitisch sein sollende Gehabe abstreifen und die Initiative ergreifen, um die UNESCO mit erdachten "Problemen" zu konfrontieren und die Ausarbeitung provokatorischer Dokumente sowie antisowjetische Ausfälle anzuregen. Man denke z. B. an die gescheiterten Versuche der USA und der NATO-Länder, die Organisation zur Erörterung der "afghanischen Frage", des "Kampuchea-Problems" zu zwingen, an die Spekulationen um die "Menschenrechte" in den sozialistischen Ländern und an das Komplott gegen eine neue internationale Medienordnung. Das ist ein eindeutiger Kurs auf den Abbau der internationalen Zusammenarbeit, auf ihre Ersetzung durch eine Konfrontation im Geiste des kalten Krieges.

Dabei sollten alle UNESCO-Mitglieder jetzt, angesichts der zugespitzten Weltlage, mehr denn je Realitätssinn an den Tag legen, die aktuellen Probleme umsichtig behandeln und sich ihrer Verantwortung für die Geschehnisse der Welt bewußt werden. Es ist schließlich nicht notwendig, auszutreten, um die einen oder anderen Mängel in der Arbeit zu überwinden oder die Effektivität der Organisation zu erhöhen. Viel logischer wäre es, drin zu bleiben und gemäß den festgelegten Verfahren auf die einen oder anderen Änderungen hinzuwirken.

Die USA und jetzt auch Großbritannien haben einen anderen Weg vorgezogen. Die britische Regierung hat dem US-Druck nachgegeben und demonstriert ihre Solidarität mit dem Weißen Haus in seinem "Kreuzzug" gegen die UNESCO. Es ist kein Geheimnis, daß Großbritannien von den USA intensiv bearbeitet wurde. Zu diesem Zweck entsandte das Weiße Haus seine Beauftragte Jean Gerard nach London, und diese forderte Großbritannien auf, dem Beispiel der USA zu folgen und eine "zweite Salve" auf die UNESCO abzugeben.

In der westlichen, vor allem der

amerikanischen und britischen Presse ist in diesen Tagen eine hemmungslose Kampagne im Gange, die das Handeln der beiden atlantischen Bündnispartner gegen die UNESCO rechtfertigen soll. Auffällig ist, daß in dieser Kampagne der Antisowjetismus keine geringe Rolle spielt. So verstieg sich das Mitglied des US-Kongresses James Scheuer in einem lauthals gepriesenen Interview zu der Behauptung, die UNESCO sei gegenwärtig ein "Werkzeug der sowjetischen Propaganda, die darauf gerichtet ist, die westlichen Werte, die Freiheit der Person und der Presse zu untergraben". Ihm sekundierte die westdeutsche "Welt": Ja, die UNESCO sei eine Handhabe der "linken Propaganda".

Aber es geht natürlich nicht um die "Umtriebe der UdSSR" oder die "Politisierung" der UNESCO. Die Schritte der USA und Großbritanniens sind ein unverkennbares Komplott beider imperialistischer Mächte, ein Versuch, eine internationale Organisation zu erpressen, damit sie den Kurs von Washington und London steuert. Dahinter steckt der Wunsch, die Zeiten zurückzuholen, als die USA und Großbritannien in der UNESCO und anderen UNO-Organen dominierten und das Wirken der internationalen Organisationen den eigenen Interessen anpaßten.

Im Grunde richten sich die Angriffe auf die UNESCO gegen das ganze UNO-System, das nach dem zweiten Weltkrieg zur Aufrechterhaltung des festen Friedens und der Sicherheit, zum Ausbau der internationalen Zusammenarbeit gegründet wurde. Das ist ein grober Verstoß gegen die Prinzipien der Universalität und der Gleichberechtigung der Mitglieder von UNESCO und UNO. Ein weiterer Zweck des von den USA und Großbritannien unternommenen Schrittes besteht darin, den Austritt aus der UNESCO als eine Art "Knute" für die Entwicklungsländer zu benutzen. Die Feinde der UNESCO meinen: Ihr Verzicht auf die Teilnahme daran führt zu einer Kürzung des UNESCO-Budgets, und das müsse sich, glaubt man in Washington und London, auf die Finanzierung der Programme auswirken, an denen die Entwicklungsstaaten interessiert sind. Im Klartext schreibt die Zeitung "Philadelphia Inquirer": "Das ist eine Warnung an die dritte Welt, sie sollen dort nachdenken."

Washingtons und Londons Vorgehen wird in der ganzen Welt, darunter in den westlichen Ländern, weitgehend verurteilt. Der UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar sprach "Bedauern" und "Enttäuschung" über die US-Position aus. Die französische Zeitschrift "Afrique-Asie" schrieb: "Die Wühlaktion der USA gegen die UNESCO entspricht voll und ganz ihrer aggressiven, gegen Entspannung und Frieden gerichteten Politik."

Trotzdem reflektieren die USA darauf, daß, wie die UNESCO-Botschafterin der USA, Mrs. Gerard, es formulierte, "ihre

Stimme in der UNESCO hörbar bleibt". Washington will bei seiner Botschaft in Frankreich eine "Beobachtermission" gründen, die die Tätigkeit der UNESCO nicht aus den Augen lassen, "zu deren Reform beitragen" und mit den Mitarbeitern des UNESCO-Sekretariats und mit Vertretern der in der Organisation verbleibenden Länder "arbeiten" soll. So beabsichtigen die USA, das internationale UNESCO-Programm für die Entwicklung der Kommunikationen nicht aufzugeben. Ferner rechnen sie darauf, ihre "Beobachter" auch im Exekutivrat der UNESCO zu haben und die Nase in die Tätigkeit ihrer anderen Gliederungen zu stecken. Somit wünscht die US-Administration, ihre "Präsenz" in der UNESCO zu behalten, d. h. sich weiterhin einer Politik von Erpressung und Druckausübung gegen das Sekretariat der Organisation zu befleißigen. Nach allem zu urteilen, werden auch die Versuche nicht eingestellt werden, bestimmte Bündnispartner sowie Staaten, die mit den Absichten der USA nicht einverstanden sind, etwas roher anzupacken.

Aber mit welcher Berechtigung wollen die USA, die die UNESCO doch verlassen haben, unmittelbar an der Tätigkeit ihrer Organe teilnehmen?

Auch andere Fragen erheben sich. Beispielsweise nach den Mitarbeitern des UNESCO-Sekretariats, den Bürgern des einen oder anderen Landes, das aus der UNESCO austritt. Es muß absolut klar sein: Staaten, die die Organisation verlassen, verlieren ihre Quote im Stellenplan des Hauptquartiers der UNESCO und ihrer regionalen Gliederungen. Großbritannien ist das Depositärland der UNESCO (ein Staat, bei dem die Urschrift oder die Ratifikationsurkunden eines mehrseitigen völkerrechtlichen Vertrages hinterlegt werden). Kann es nach seinem Austritt aus der UNESCO noch immer als solches gelten?

Generaldirektor M'Bow erklärte der Pariser Zeitschrift "Politique Etrangere" gegenüber: "Die UNESCO wurde nicht gegründet, um die Interessen eines Staates oder einer Gruppe von Staaten zu vertreten. Hätte sie auf diese Weise gehandelt, so hätte sie auch ihren internationalen Charakter eingebüßt."

Was die UdSSR angeht, so unterstützt sie die UNESCO-Tätigkeit aktiv. In einem Schreiben Viktor Stukalins, stellvertretender Außenminister der UdSSR und Vorsitzender der UNESCO-Kommission der UdSSR, an Generaldirektor M'Bow über die Position der UdSSR zu den grundsätzlich wichtigen Fragen der UNESCO-Tätigkeit heißt es: "Den nicht absehbaren Ausfällen und Unterstellungen jener gegen die UNESCO, die gegen die Tätigkeit zugunsten des Friedens, der Entspannung und gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit auftraten, ist auch weiter eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Die UNESCO muß fortleben und wirken, muß ihren Weg — den Weg des Friedens und Fortschritts — gehen."

Hätten Moskau und Hanoi das Regime Heng Samrins nicht unterstützt, dann hätte sich die Situation rings um Volkskampuchea, glaube ich, längst normalisiert. Die jetzige Einstellung der UdSSR zum Kampuchea-Problem führt nicht zu seiner Lösung, umgekehrt, sie schadet Ihrem Land dadurch, daß sie im Westen Mißmut erweckt.

Paul Lebrun

Toulouse, Frankreich



Es diskutiert

NZ-Kommentator

Wladimir

GODYNA

Werter Herr Lebrun! Sie meinen, die Wurzel allen Übels sei die Einstellung Vietnams und der UdSSR, und vergessen, was die Pol-Pot-Banden in den 3 Jahren, 10 Monaten und 20 Tagen in Kampuchea anrichteten. Auch vergessen Sie das Leid, das sie dem vielgeprüften Land noch jetzt, nun von Thailand aus, antun, wo sie sich nach der Volksrevolution von 1979 festgesetzt haben.

Stellen wir uns einmal vor, daß die Volksrevolution vom 7. Januar 1979 nicht gewesen sei, daß die Pol-Pot-Leute oder, wie sie sich selbst nennen, die roten Khmer weiter ihre Landsleute morden, daß die Vernichtung der Nation zum Niedergang der kampucheanischen Gesellschaft führe und daß Land sich in ein einziges KZ verwandle.

Bei dem bloßen Gedanken graust es einen, nicht wahr? Die Bartholomäusnacht war das reinste Kinderspiel gegen die Vorgänge in Kampuchea unter dem Regime Pol Pots, Ieng Sarys und Khieu Samphans (Sie dürfen aber nicht glauben, daß ich die Tragödie im mittelalterlichen Paris bagatellisiere!). Die Zeugnisaussagen machen jeden Zweifel unmöglich. Ich glaube, wir beide haben keine Ursache, den US-Kongreßleuten nicht zu glauben, die im vergangenen Dezember in der VR Kampuchea waren. Sie nannten die Vernichtung von Menschen durch das Pol-Pot-Regime eine "regelrechte Metzerei".

Sollen wir das denn vergessen und den Kopfgängern Pol Pots unsere Sympathie und Unterstützung, auch diplomatische bis hinauf zur UNO, angedeihen lassen? Das ist doch wohl undenkbar. Aber im Leben, auch im politischen Leben geschieht das Unglaubliche und Undenkbare manchmal

doch, besonders wenn an einer solchen Wende mächtige Kräfte interessiert sind. Auf der jüngsten, der 39. UNO-Tagung wurde das Recht, das Volk Kampuchea zu repräsentieren, der "Delegation des Demokratischen Kampuchea" belassen, jenes Kampuchea, das auf keiner neuen Weltkarte zu finden ist.

Ein bemerkenswertes Detail: Den Pol-Pot-"Diplomaten" ist empfohlen worden, in New York das Gelände der UNO nicht zu verlassen. Wie Sie zugeben werden, spricht daraus das Eingeständnis, daß dieses "Demokratische Kampuchea" nur ein Hirngespinnst ist, von dem gegen den Willen des kampucheanischen Volkes geredet wird, als ob es bestünde. Die Gegner der jungen Republik behaupten das wenigstens. Deshalb fordern sie eine internationale Kampuchea-Konferenz und möchten der VR Kampuchea ihren Willen und ihre Kontrolle aufzwingen. Glauben Sie etwa, wir sollten dieses unsaubere Treiben unterstützen? Wir sind vom Gegenteil überzeugt.

Kommen wir jetzt zur Einstellung der UdSSR und Vietnams, die der Lösung des "Kampuchea-Problems" im Wege stehe. Ich schicke voraus, daß es ein solches Problem gar nicht gibt. Es bestand solange, bis die kampucheanischen Patrioten das Pol-Pot-Gesindel vertrieben und solange dort Millionen Menschen umkamen. Wo waren in jener für Kampuchea so kritischen Zeit seine jetzigen "Freunde"? Warum schwiegen sie und taten nichts? Und warum machen sie jetzt solchen Lärm, wo beim Volk Kampuchea, dem noch gestern die Vernichtung drohte, die Dinge ins Lot kommen? Ist das etwa keine Einmischung in die Angelegenheiten der VRK? Legen Sie sich einmal diese Fragen vor, und ich hoffe, Sie werden verstehen, was von der Einstellung derer zu halten ist, die früher die wirklichen Probleme nicht sehen wollten, jetzt aber einen Rummel wegen eines angeblichen Problems aufziehen.

Unlängst sprach ich mit Hun Sen, dem Außenminister der VR Kampuchea, über schwierige Fragen. Sein Volk hat eine ganze Anzahl. Aber nicht sie sind für die Lage des Landes bestimmend. Die Vorgänge in der jungen Republik kann man,

so meine ich, am besten in die Worte Erneuerung und Erstarken fassen. Davon, daß die VR Kampuchea immer fester auf ihren Füßen steht, zeugt auch die Tatsache, daß der 1982 begonnene Abzug der vietnamesischen Freiwilligen seinen Fortgang nimmt.

Selbst voreingenommene Leute müssen die Erfolge der VR Kampuchea anerkennen. Alle lebenswichtigen Wirtschaftssektoren sind wiederhergestellt und entwickeln sich schnell. Trotz des noch empfindlichen Mangels an Rohstoffen und Ersatzteilen für Maschinen und Anlagen hat die Industrieproduktion im vorigen Jahr allein um 40% zugenommen. Die Produktion von Nahrungsmitteln und technischen Nutzpflanzen befrug mindestens das Dreifache derjenigen von 1979. Der Plan für den Reisanbau konnte 1984 allerdings wegen einer schweren Überschwemmung nicht erfüllt werden, aber so etwas ist ja auch für ein stärker entwickeltes Land eine schwere Heim-suchung.

Man kann sich vorstellen, wie weit Volkskampuchea schon wäre, wenn man es nicht gestört hätte, wenn es nicht gezwungen wäre, viele Ressourcen an Menschen und Material der friedlichen Arbeit zu entziehen. Das muß Kampuchea aber, weil seine Gegner die bewaffnete Einmischung in die Angelegenheiten der Republik nicht einstellen.

In der UdSSR hat man volles Verständnis für die alten, aus der Pol-Pot-Zeit überkommenen Probleme Kampuchea ebenso wie für die neuen, die im täglichen Leben entstehen. Wie alle wahren Freunde Kampuchea sehen die sowjetischen Menschen ihre internationale und rein menschliche Pflicht darin, der jungen Republik zu helfen, die den Weg fortschrittlicher Wandlungen eingeschlagen hat, und nicht nur beim sozialen und wirtschaftlichen Aufbau, sondern auch in internationalen Angelegenheiten. Gewiß, der Westen oder vielmehr diejenigen im Westen empfinden darüber Mißmut, denen das Regime Pol Pots aus Gründen, die nichts mit Menschlichkeit und Moral zu tun haben, mehr als das jetzige volksdemokratische zusagte.

Wir denken nicht daran, die Gunst des Westens durch Abkehr von unseren Prinzipien und Überzeugungen, auf Kosten der nationalen Interessen des kampucheanischen Volkes zu erwerben. Das Sowjetvolk wird der jungen Republik in ihrem Kampf für Glück und Wohlergehen, für die Hebung des internationalen Ansehens der VRK auch künftighin zur Seite stehen.

ANDREJ GROMYKOS

TV-GESPRÄCH MIT SOWJETISCHEN KOMMENTATOREN

Andrej Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Außenminister der UdSSR, hat einer Gruppe politischer Kommentatoren am 13. Januar Fragen beantwortet.

An dem Fernsehgespräch nahmen teil: die politischen Kommentatoren der Zeitungen "Prawda" Juri Shukow und "Iswestija" Wikenti Matwejew, der TASS-Kommentator Wladimir Bogatschow und der Kommentator des Zentralen Rundfunks und Fernsehens Walentin Sorin.

GROMYKO: Zunächst möchte ich Sie begrüßen. Wahrscheinlich haben Sie viele Fragen, stellen Sie sie bitte ohne Umschweife. Ich werde mich bemühen, sie zu beantworten.

FRAGE: Andrej Andrejewitsch, Ihr Treffen mit Außenminister Shultz in Genf hat sowohl in unserem Land als auch in der ganzen Welt lebhaftes Interesse hervorgerufen. Wie würden Sie insgesamt die Ergebnisse dieses Treffens einschätzen?

ANTWORT: Insgesamt schätzen wir die Ergebnisse des Treffens positiv ein. Die Gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung spricht tatsächlich für sich selbst. Wir haben den Gegenstand der bevorstehenden Verhandlungen sowie die Ziele, die im Ergebnis der Verhandlungen erreicht werden sollen, vereinbart. Das ist natürlich sehr wichtig.

FRAGE: Sie haben gesagt, daß die Fragen der nuklearen und der Weltraumwaffen während der bevorstehenden Verhandlungen im Komplex, das heißt in ihrem wechselseitigen Zusammenhang, erörtert werden. Das ist ein völlig neues Herangehen. Wie kam es dazu?

ANTWORT: Es ist dadurch hervorgerufen worden, daß es, wenn man danach strebt, das Wettrüsten einzustellen und die Kriegsgefahr zu beseitigen, mit einem Wort, wenn man dauerhaften Frieden anstrebt, erforderlich ist, daß das Wettrüsten im Weltraum gar nicht erst beginnt und es auf der Erde eingestellt wird. Das war die Hauptaufgabe, die vor den Teilnehmern des Treffens in Genf stand.

Sehr stark war der Druck von seiten der amerikanischen Administration, die Erörterung der den Weltraum betreffenden Fragen nicht zuzulassen und zu erreichen, daß der Weltraum für das Wettrüsten offen bleibt. Diese Position ist absolut unannehmbar. Wir haben das mehrmals erklärt, so auch am Vorabend des Treffens in Genf. Nicht glatt verlaufen ist auch die Abstimmung der Bedingungen für dieses Treffen. Letztendlich wurde jedoch vereinbart, daß diese Frage erörtert werden kann und muß.

In der Gemeinsamen Erklärung wird, wie Sie wissen, der

Weltraum ebenfalls erwähnt, was bedeutet, daß der Standpunkt die Oberhand gewonnen hat, daß weder die Frage der strategischen Rüstungen noch die Frage der Kernwaffen mittlerer Reichweite ohne die Frage des Weltraums erörtert werden können, genauer gesagt, die Frage der Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum.

Die amerikanische Seite hat schließlich diesen Standpunkt akzeptiert. Diese Tatsache ist positiv. Ich möchte hier sagen, daß nach meiner Rückkehr aus Genf und folglich nach der Rückkehr von Minister Shultz nach Washington dieser bereits einen Brief an mich gerichtet hat, in dem er schreibt, daß die Regierung der USA die Absicht habe, das zu erfüllen, was in Genf vereinbart wurde, und daß sie die Verpflichtungen ernst nehme, die sie mit dieser Vereinbarung übernommen hat. Das ist ein positives Zeichen. Aber wie man so sagt: abwarten und Tee trinken.

FRAGE: Aus all dem wird ersichtlich, daß die Fragen der Weltraumwaffen für einen Fortschritt bei den Verhandlungen Schlüsselbedeutung haben werden. Worin besteht das Wesen des unterschiedlichen Herangehens der Sowjetunion und der USA an diese Fragen?

ANTWORT: Das Wesen besteht gerade darin, was zumindest außerordentlich deutlich vor dem Genfer Treffen zutage trat, daß die USA danach strebten, den Weltraum auszuspären und sich lediglich mit den Waffenarten zu befassen, zu denen bereits Verhandlungen geführt worden waren: zu strategischen Waffen und zu nuklearen Waffen mittlerer Reichweite in Europa. Das ist das Problem.

Die Sowjetunion hat sich kategorisch gegen einen solchen Standpunkt gewandt. Sie war und ist der Auffassung, daß der Weltraum nicht beiseite gelassen werden kann. Schließlich könnte man sich theoretisch eine solche Situation vorstellen, daß ein Erfolg in den Fragen der strategischen Waffen und in den Fragen der nuklearen Waffen mittlerer Reichweite erzielt wäre, im Weltraum aber findet das Wettrüsten statt. Und er wird immer mehr mit entsprechenden Waffen vollgestopft. Das würde das auf der Erde Geschaffene nicht nur zunichte machen, sondern auch gänzlich auslöschen. Im Ergebnis wäre die Balance negativ für die Welt, die Lage wäre noch komplizierter und gefährlicher. Das haben wir der Regierung der USA, ihren Verbündeten und der ganzen Welt mit aller Deutlichkeit gesagt, das haben wir auch in Genf gesagt. Und wir haben das mit Nachdruck erklärt, und ich bin bereit, ein solches Wort zu gebrauchen — mit aller Schärfe.

Wir möchten, daß das der amerikanischen Administration und

jenen, die deren Standpunkt in den Fragen des Weltraums unterstützten und unterstützen, bewußt wird. Die Schlußfolgerung, die wir gezogen haben — wir haben sie auch in Genf wiederholt —, ist folgende: Man kann die Fragen der strategischen nuklearen Rüstungen und die Fragen der nuklearen Mittelstreckenwaffen nicht erfolgreich behandeln, ohne die Fragen des ALL, des Weltraums zu erörtern.

FRAGE: Was ist konkret gemeint, wenn die Sowjetunion entschlossen für die Nichtzulassung der Militarisierung des Weltraums eintritt?

ANTWORT: Wir meinen, daß die Waffen kategorisch verboten werden müssen, die für den Einsatz gegen Objekte im Weltraum vorgesehen sind. Kategorisch verboten werden müssen weiterhin Waffen, die für den Einsatz aus dem Weltraum gegen den Planeten Erde vorgesehen sind, mit anderen Worten, gegen Objekte auf dem Festland, auf dem Meer und in der Atmosphäre. Diesen Standpunkt haben wir ständig hervorgehoben.

FRAGE: Bei denen, die die Möglichkeit hatten, den Verlauf der Gespräche in Genf aus der Nähe zu beobachten, entstand der Eindruck, daß sie nicht leicht waren. War es so?

ANTWORT: Das kann man sagen. Die Gespräche waren absolut nicht einfach, zeitweise sehr kompliziert, um nicht zu sagen, gespannt — im politischen Sinne des Wortes. Wir haben natürlich nicht mit den Fäusten auf den Tisch geschlagen und auch nicht unsere Brillen auf den Tisch geworfen.

Im ganzen waren sie jedoch, das möchte ich unterstreichen, sachlich, ernsthaft und offen. Ich wiederhole, offen in dem Sinne, in dem dieser Terminus gewöhnlich verwendet wird, wenn man von Gesprächen spricht, bei denen die Seiten sich nicht gescheut haben, das vollkommen klar zu äußern, was sie denken, ohne sich um die Höflichkeit zu kümmern.

FRAGE: Andrej Andrejewitsch, im Zusammenhang damit habe ich folgende Frage über das Programm einer breit angelegten Raketenabwehr der Vereinigten Staaten. In Washington wird gewöhnlich gesagt, daß damit nur wissenschaftliche Forschungsarbeiten gemeint sind, die sozusagen dem Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen nicht widersprechen, und nicht die Erprobung und Stationierung entsprechender Mittel. Wie muß man sich dieser Position gegenüber verhalten?

ANTWORT: Ich muß sagen, daß die Verfechter dieses Plans in den USA, des Plans der sogenannten Raketenabwehr im Großmaßstab, lange Zeit einzelne Elemente, einzelne Stadien dieses Problems "vergraben" und sie dabei nicht differenziierten. Dann merkten sie, daß diese Position natürlich auf schwachen Füßen steht. Und unter dem Druck der Kritik, der Entlarvung ihrer Position, korrigierten sie, würde ich sagen, deren Wesen ein wenig und gelangten zu dem Schluß, daß die Stationierung entsprechender Objekte und deren Tests verboten werden könnten. Dies haben sie erstmals in Genf klar gesagt.

Was die Forschungsarbeiten angeht, so sollen sie, wie man hört, durchgeführt werden. Sie wurden damit motiviert, daß man Forschungsarbeiten angeblich ohnehin nicht verbieten kann, weil man sie nicht kontrollieren kann. Ob man sie nun kontrollieren kann oder nicht — dies ist natürlich eine komplizierte Frage. Wenn die Forschungsarbeiten im Rahmen der Vorbereitung entsprechender Papiere in Räumen fortgesetzt werden, dann ist es offensichtlich nicht so leicht, sie zu kontrollieren.

Häufig ist es jedoch so, daß neben einem Laboratorium irgendein Übungsgelände existiert, das für die entsprechenden Ziele genutzt wird.

Nehmen wir sogar an, daß es schwer ist zu kontrollieren. Es fragt sich jedoch, wozu man eine Arbeit durchführt, auch wenn man sie als Forschungsarbeit bezeichnet, während es eine Vereinbarung gibt, daß die vollständige und endgültige Vernichtung der Kernwaffen anzustreben ist.

Warum, fragt man sich, sollen wissenschaftliche Forschungsarbeiten durchgeführt werden, um ein ganzes System neuer Waffenarten für die Stationierung im Weltraum zu entwickeln? Also ist auch diese Position der amerikanischen

Administration, die Position zugunsten der Durchführung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten, anfechtbar. Warum soll — wenigstens im ersten Stadium — eine Vorbereitung dafür getroffen werden, um im folgenden eine neue Waffenart zu testen und zu stationieren?

Wer kann garantieren, daß man nach der Beendigung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten sich damit begnügt? Finden sich etwa keine Leute — Wissenschaftler oder andere —, die sagen werden: Gestatten Sie, wir haben doch für die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten so viele Milliarden Dollar ausgegeben, warum werden solche Geldmengen verschleudert? Wäre es nicht besser, sie zu nutzen und zum nächsten Stadium überzugehen, überzugehen also zur Erprobung und Stationierung. Wäre das denkbar? Ja.

Wir kennen die Handschrift der amerikanischen Administration und kennen die Situation in den Vereinigten Staaten von Amerika. Deswegen ist der Kurs, das möchte ich mit aller Entschiedenheit unterstreichen, zur Durchführung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten mit dem Ziel, ein breitangelegtes Raketenabwehrsystem zu entwickeln, in politischer und moralischer Hinsicht zu kritisieren, er ist anfechtbar und muß zurückgewiesen werden.

Wissen Sie, offen gesagt von dieser Position bis zur Absurdität ist es nur ein sehr kleiner Schritt.

FRAGE: Die amerikanische Seite beteuert nicht selten, daß die Sowjetunion die Bedeutung des Kontrollproblems angeblich mißachte, und manchmal kann man sogar hören, daß die Sowjetunion ihre Verpflichtungen angeblich verletze. Was können Sie dazu sagen?

ANTWORT: Ja, die amerikanische Seite verwendet wirklich seit langem, man kann sagen, seit Beginn der Behandlung von Abrüstungsfragen nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, dieses Argument. Darauf möchte ich folgendermaßen antworten: Kein Staat hat einen radikaleren und weiterreichenden Vorschlag zu den Kontrollfragen unterbreitet als die Sowjetunion.

Bei Erscheinen der Kernwaffen, als die Kontrollfrage entstand, haben wir in der UNO den Vorschlag unterbreitet, diese Waffen für ewig zu verbieten.

Man hat uns gesagt: Wie ist es aber mit der Kontrolle und mit den anderen Waffen? Unsere Antwort war einfach: Also setzen wir auch die anderen Waffen auf die Tagesordnung und einigen uns über die Kontrolle. Über welche Art von Kontrolle? Über eine sehr breite, allumfassende, sehr tiefgehende, kurz gesagt, eine alles umspannende Kontrolle. Wir haben diesen Vorschlag eingebracht. Das hat kein anderer Staat getan. Unsere Freunde haben das voll und ganz unterstützt. Das ist unser gemeinsamer Vorschlag. Und viele Jahre lang haben wir auf der Annahme des Vorschlags über allumfassende Abrüstung unter allumfassender Kontrolle beharrt.

Meinen Sie, daß der Westen, die Vereinigten Staaten von Amerika sich dazu entschlossen haben? Nein, das haben sie nicht getan. Sie haben sich weder für eine allgemeine Abrüstung und für das Verbot der Kernwaffen noch für eine umfassende Kontrolle entschieden. Dieser Vorschlag liegt auch jetzt auf dem Tisch der amerikanischen Administration sowie anderer Regierungen des NATO-Blocks und der Regierungen der Welt überhaupt.

Wir sind auch heute bereit, einen derartigen, weitgefaßten Vorschlag zu erörtern — einen Vorschlag, der die allgemeine und vollständige Abrüstung unter allgemeiner und vollständiger internationaler Kontrolle vorsieht. Ich unterstreiche: unter internationaler. Dies bedeutet, daß auch die amerikanischen Vertreter an dieser Kontrolle teilnehmen können.

Was die Anspielungen darauf betrifft, daß die Sowjetunion angeblich keinerlei Verpflichtungen in bezug auf die abgeschlossenen Verträge erfüllt, so sind dies Erfindungen. Schauen Sie einmal, diejenigen Memoranden und Noten, die von der amerikanischen Administration an den Kongreß gerichtet und die hin und wieder der Organisation der Vereinten Nationen zur Kenntnis gegeben werden, denen zufolge von seiten der Sowjetunion angeblich Handlungen von der Art begangen werden, wie ich sie erwähnt habe, enthalten

Äußerungen folgender Art: Es bestehen Zweifel daran, daß die Sowjetunion derartige Verpflichtungen erfüllt, oder so ähnliche Äußerungen, nach denen solche Verpflichtungen nicht vollständig erfüllt werden. Es erhebe sich somit, so heißt es, die Frage zu prüfen, ob solche Verpflichtungen von der Sowjetunion tatsächlich erfüllt werden.

Nirgends gibt es jedoch direkte Erklärungen mit Beweisen dafür, die sich auf Tatsachen stützen, daß die Sowjetunion tatsächlich irgend etwas verletzt. Wir weisen all dies deshalb kategorisch zurück.

Nein, die Sowjetunion ist es nicht gewöhnt, ihre Verpflichtungen aus Verträgen und Abkommen zu verletzen, unter denen ihre Unterschrift und die anderer Staaten stehen, ganz gleich, ob das ein zwei- oder mehrseitiges Abkommen ist. Und wir sind stolz darauf.

Übrigens hat sich die Welt auch daran gewöhnt. Wenn die Amerikaner erklären, es stimme nicht alles mit der Erfüllung der Bestimmungen dieses oder jenes Abkommens durch die Sowjetunion, so wird das ziemlich gleichgültig zur Kenntnis genommen, und andere Staaten haben uns gegenüber niemals erklärt, daß derartige Behauptungen der Wirklichkeit entsprächen. Nein und nochmals nein. Unser Gewissen ist rein. Wir schließen Abkommen nicht, um sie nicht zu erfüllen. Wir erfüllen diese Abkommen vom Anfang bis zum Ende.

FRAGE: Offizielle Vertreter der USA deuten an, daß sie beabsichtigen, nur über Kernwaffen ernsthaft zu verhandeln. Was aber die Weltraumwaffen anbelangt, so hat die amerikanische Seite nur vor, gewissermaßen "die Bedeutung dieser Systeme für die Festigung des Friedens zu klären". Wie soll man derartige Erklärungen bewerten?

ANTWORT: Wenn es solche willkürlichen Auslegungen der amerikanischen Position im Zusammenhang mit der Übereinkunft gibt, die in Genf erzielt worden ist, so sind sie nicht Ausdruck des Geistes dieser Übereinkunft, wenn man sie so versteht, wie sie jeder vernünftige Mensch verstehen muß. Dort ist klar gesagt, daß es um Verhandlungen geht, die folgende Sphären umfassen sollen: den Weltraum, die strategischen Kernwaffen und die Kernwaffen mittlerer Reichweite.

Und sollte irgend jemand die Sache so sehen, daß bei der Erörterung der Frage des Weltraums die eine Seite sich nur darin übt, ihren Standpunkt zu erläutern, der dem Geist der Vereinbarung nicht entspricht, und sich die andere Seite das nur anhört — von solch einem Seminar halten wir nichts. Das wäre eine nutz- und sinnlose Beschäftigung.

Ohne eine Vereinbarung, die gleichzeitig alle drei Richtungen miteinander verbindet, kann es keinen Fortschritt bei der Erfüllung dessen geben, was in Genf vereinbart worden ist. Es wäre gut, wenn es von seiten der Vereinigten Staaten weniger derart freizügige Interpretationen geben würde. Und es wäre noch besser, wenn diese ganz und gar unterblieben. Es bedarf eines ernsthaften Herangehens an diese Fragen. Sie dulden keine solchen Interpretationen.

FRAGE: Welche Aussichten würden sich hinsichtlich der Reduzierung der strategischen Rüstungen eröffnen, öwenn eine Vereinbarung über die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums erzielt würde?

ANTWORT: Ich muß sagen, daß sich günstigere Aussichten eröffnen würden als bisher. Das Verbot strategischer Rüstungen, das sagte ich bereits, darf nicht losgelöst vom Weltraum behandelt werden. Wenn aber die Probleme des Weltraums in der erforderlichen Weise behandelt würden und sich auf diesem Gebiet Vereinbarungen abzeichnen würden, dann könnte man auch in den Fragen der strategischen Rüstungen vorankommen.

Die Sowjetunion ist bereit, nicht nur das Problem der strategischen Rüstungen zu behandeln, sie wäre auch dazu bereit, diese drastisch zu reduzieren. Selbstverständlich unter Einhaltung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit. Es wäre jedoch andererseits müßig, über die Möglichkeit der Reduzierung der strategischen Rüstungen zu sprechen, wenn es keinen Fortschritt in den Fragen des Weltraums gibt.

FRAGE: Haben die früheren Abkommen über strategische Rüstungen Gültigkeit?

ANTWORT: Was den SALT-I-Vertrag anbelangt, der zu Zeiten der Präsidentschaft von Mister Nixon abgeschlossen wurde, so vereinbarten die Seiten ungeachtet dessen, daß die Gültigkeitsdauer des Abkommens abgelaufen war, offizielle Erklärungen darüber auszutauschen, daß die von ihnen mit diesem Abkommen übernommenen Verpflichtungen weiter gültig bleiben. Deshalb sind sie auch heute in Kraft. Wir sind bereit, dieses Abkommen auch künftig so zu behandeln.

Was das SALT-II-Abkommen betrifft, das seinerzeit unsererseits von Leonid Bresnnew und von seiten der USA von Präsident James Carter in Wien unterzeichnet wurde, so ist bekannt, daß dieses Abkommen von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert wurde. Deshalb können die Verpflichtungen, die die Seiten mit diesem Abkommen übernommen haben, juristisch nicht in Kraft treten. Die Seiten gehen jedoch davon aus, daß das, was in diesem Abkommen von positiver Bedeutung ist, faktisch in Kraft treten soll. Die Situation mit diesem Abkommen ist in vielerlei Hinsicht kompliziert. Einige Bestimmungen des Abkommens — und das muß klar sein —, zum Beispiel die über die Flügelraketen, sind hinfällig. Hier wirkte der Zeiffaktor. Diese Bestimmungen und insbesondere das dem Abkommen beigefügte Protokoll sind hinfällig, sie haben schon keine Wirksamkeit mehr. Im ganzen ist es richtig zu sagen, daß das Positive im Zusammenhang mit diesem Abkommen wirksam werden muß. Hier ist bei beiden Seiten Verständnis vorhanden, und das ist gut.

FRAGE: Die amerikanische Administration betont verstärkt, daß das Vorhandensein strategischer interkontinentaler ballistischer Raketen in der UdSSR angeblich destabilisierend sei, und verlangt eine drastische Reduzierung dieser Waffen. Ist eine solche Fragestellung begründet?

ANTWORT: Nein, eine solche Fragestellung ist völlig unbegründet. Als seinerzeit über die strategischen Rüstungen verhandelt wurde, waren unsere strategischen Raketen, die heute Washington besonders mißfallen, Bestandteil der Vereinbarung. Ich wiederhole: Bestandteil der Vereinbarung.

Wir haben damals in den Fragen der vorgeschobenen amerikanischen Kernwaffen, darunter in Europa, ein Auge zugedrückt und die amerikanischen Stützpunkte in Europa nicht in diesen Vertrag einbezogen, wengleich wir erklärten, daß bei künftigen Verhandlungen diese Frage gelöst werden müsse. Zum Ausgleich dafür erkannten es die USA als begründet an, daß die Sowjetunion strategische Raketen besitzt, über die in den Vereinigten Staaten oft viel geredet und mitunter sogar Lärm geschlagen wird.

Die Sowjetunion war und bleibt auch in diesem Bereich der Verfechter des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit. Wir haben die amerikanische Administration darauf hingewiesen, und es gibt dort natürlich denkende Leute. Die Administration ist sich selbst darüber im klaren, daß die Geschichte der Herausbildung der strategischen Rüstungen in der UdSSR und in den USA derart ist, daß sich diese Rüstungen unterschiedlich gestalten. Die USA verfügten schon immer über mächtige Bombenfliegerkräfte, in erster Linie über Flugzeuge als Kernwaffenträger. Diesem Zweck diente auch ein solcher Faktor wie die U-Boote. Deshalb ist es absurd, diesen Unterschied, darunter auch in der Struktur der strategischen Nuklearkräfte, auf Anhieb beseitigen zu wollen. Und es sieht so aus, daß man selbst in den offiziellen USA-Kreisen zu verstehen beginnt, daß ihre Forderung, die sie früher im Zusammenhang mit unseren strategischen Raketen immer wieder vorbrachten, übermäßig und unangebracht ist.

Immer häufiger begann man zu sagen, daß man tatsächlich die Geschichte der Entwicklung der strategischen Kernkräfte in beiden Ländern begreifen muß.

Wir sind vom Allerheiligsten in den Verhandlungen über die nuklearen Rüstungen — vom Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit — nicht abgegangen und werden dies auch nicht tun. So war es früher, so ist es heute, und so wird es auch künftig sein.

Dies ist die gesunde, überzeugende Grundlage, bei deren Wahrung allein nach Vereinbarungen und positiven Lösungen der Fragen nuklearer strategischer Rüstungen, der Fragen des Weltraums, der Fragen der nuklearen Mittelstreckenwaffen gesucht werden kann.

FRAGE: Welchen Platz wird Ihrer Ansicht nach bei den geplanten Verhandlungen die Lösung der Frage der nuklearen Mittelstreckenwaffen einnehmen? Und welche Situation wird sich ergeben, wenn die Amerikaner die Stationierung ihrer neuen Nuklear-Raketen in Europa fortsetzen werden?

ANTWORT: Wenn die USA fortfahren, ihre Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa zu stationieren, so muß man unverblümt sagen, daß die Situation komplizierter werden wird, und zwar sehr. Daß wir vorgeschlagen haben, alle Kernmittel einzufrieren, ist gut bekannt. Darüber hinaus haben wir in Genf die Vereinigten Staaten von Amerika recht deutlich darauf hingewiesen, daß sie, wenn sie so verfahren und die Stationierung von Kernwaffen mittlerer Reichweite fortsetzen — und sie betonen ständig, daß sie solche Pläne haben und beabsichtigen, diese Pläne zu realisieren —, die Verhandlungen in Frage stellen würden, die entsprechend der in Genf erzielten Vereinbarung beginnen sollen. Ich wiederhole, wir haben die Vereinigten Staaten dahingehend gewarnt. Wir hoffen, daß sie dem Beachtung schenken werden.

FRAGE: Sagen Sie bitte, haben Washington und seine Verbündeten ihre Haltung zu der Einbeziehung der britischen und französischen Kernmittel mittlerer Reichweite revidiert?

ANTWORT: Aus dem, was wir von Vertretern der USA sowohl in Genf als auch außerhalb von Genf gehört haben — und Sie wissen, daß die amerikanischen Staatsmänner fast jeden Tag Erklärungen abgeben, indem sie einmal diesen und einmal jenen Aspekt kommentieren, der die Kernwaffen und überhaupt die Situation und die Beziehungen zwischen Ost und West, zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion behandelt —, folgt, daß sie von ihrer Einstellung bei den Fragen der entsprechenden Kernwaffen Großbritanniens und Frankreichs nicht abgegangen sind. Wir haben ihnen geantwortet, antworten und werden antworten, daß die britischen und französischen Kernwaffen mitgerechnet werden müssen. Großbritannien und Frankreich sind Teilnehmer des Nordatlantikpaktes. Es wäre völlig ungerechtfertigt, wenn der Nordatlantikpakt einen Zuschlag oder eine Prämie sozusagen in Form britischer und französischer Kernwaffen erhielte.

Das ist der Kern unserer Meinungsverschiedenheiten. Es ist die grundlegende Meinungsverschiedenheit im Zusammenhang mit der Erörterung des Problems der Kernwaffen mittlerer Reichweite. Wir haben Vorschläge gemacht, auf welcher Grundlage Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und den USA erzielt werden könnten. Wir haben mehrfach erklärt, daß wir die Frage ganz und gar nicht so stellen: Großbritannien und Frankreich müssen ihre Kernwaffen liquidieren. Wir sagen lediglich, daß sie berücksichtigt werden müssen. Das bedeutet, daß die amerikanischen Kernwaffen auf eine entsprechende Anzahl reduziert werden müssen, wenn die Kernwaffen Großbritanniens und Frankreichs verbleiben. Schließlich ist das doch eine Gesellschaft, die sich — bildlich gesprochen — auf einer Seite der Barrikade befindet.

FRAGE: Sieht die sowjetische Position die Einbeziehung der trägergestützten Flugzeuge in die Gesamtzahl der Kernwaffen mittlerer Reichweite in der europäischen Zone vor?

ANTWORT: Das ist eine außerordentlich wichtige Frage. Bis jetzt haben wir während der bereits durchgeführten Verhandlungen sechs amerikanische Flugzeugträger berücksichtigt, die sich entweder in europäischen Gewässern, sagen wir im Mittelmeer, oder unweit der europäischen Gewässer befinden. Ich wiederhole, sechs Flugzeugträger.

Insgesamt haben die Vereinigten Staaten von Amerika, dies ist gut bekannt, 14 Flugzeugträger, und der 15. befindet sich im Bau. Nach vorliegenden Angaben ist der Abschluß seines Baus nicht mehr fern. Auf jedem Flugzeugträger befinden sich 40 Flugzeuge. Sie tragen Kernwaffen. Jedes Flugzeug hat zwei oder drei Kernladungen an Bord. Nun rechnen Sie einmal: Wenn man nur von sechs Flugzeugträgern ausgeht, dann erhalten Sie mindestens 480 Kernladungen, aber es sind insgesamt 15 Flugzeugträger! Und ist es wirklich schwierig, in

einer beliebigen extremen Situation die Flugzeugträger aus anderen Regionen der Erde näher an Europa heranzuführen? Das ist nicht besonders schwierig.

Also können wir in einem bestimmten Stadium der Verhandlungen nicht nur die Frage nach sechs, sondern nach 15 Flugzeugträgern stellen, das heißt auch nach denen, die wir bis jetzt nicht berücksichtigt haben. Auch wenn man nur sechs Flugzeugträger! nimmt und pro Flugzeug nur zwei Kernladungen berechnet, so ergeben sich, wie ich bereits gesagt habe, 480 Kernladungen, wenn man doppelt so viele Flugzeugträger nimmt, erhält man doppelt so viele Kernladungen, also mehr als eintausend. Das ist eine kolossale Stärke. Diese Frage über die Flugzeugträger wollen wir in Reserve halten. Wenn die Verhandlungen so verlaufen sollten, daß die Nutzung dieses Faktors gerechtfertigt wird, so werden wir dies tun. Wir haben ein Recht darauf. Das ist nicht Luxus, sondern Notwendigkeit.

Ich habe versucht, diese Fragestellung mathematisch zu begründen. Die Amerikaner wissen das, obwohl sie manchmal offenbar diese Frage vergessen oder beiseite schieben, weil sie das offensichtlich für Gipfel taktischer Raffinesse halten.

FRAGE: Im Westen wird zuweilen gesagt, daß die seinerzeit eingestellten Verhandlungen jetzt einfach wieder aufgenommen werden. Und daß das deshalb geschieht, weil in Europa neue amerikanische Raketen stationiert werden. Wie würden Sie solche Behauptungen kommentieren?

ANTWORT: Natürlich ist das keine Fortsetzung der früheren Verhandlungen. Und auch die Amerikaner und ihr Außenminister persönlich haben dem zugestimmt, daß das neue Verhandlungen sind und keine Fortsetzung der alten. Anfänglich haben sie versucht, die Formulierung "Wiederaufnahme der Verhandlungen" zu verwenden, als wir aber klargestellt und vorgeschlagen haben, der Wahrheit näher zu kommen, waren sie damit einverstanden, daß die Verhandlungen natürlich völlig neu sind.

Was muß hier vor allem unterstrichen werden? Wenn früher zu den strategischen Rüstungen und zu den Waffen mittlerer Reichweite Verhandlungen gesondert geführt wurden und beide Seiten damals darin übereinstimmten, daß versucht werden müsse, so vorzugehen, weil so möglicherweise leichter Vereinbarungen gefunden werden könnten, dann hat sich jetzt völlig eindeutig erwiesen, daß es unmöglich ist, ohne die Lösung der Fragen bezüglich der Waffen mittlerer Reichweite Verhandlungen über strategische Rüstungen zu führen und Vereinbarungen darüber zu erzielen. Warum ist das unmöglich? Es ist deshalb unmöglich, weil Waffen mittlerer Reichweite für die Sowjetunion auch strategische Waffen sind. Waffen mittlerer Reichweite sind nur nach den Parametern ihrer Reichweite Mittelstreckenwaffen, ihrem Charakter und ihrer Schlagkraft nach sind sie für die Sowjetunion aber strategische Waffen. Sie erreichen das Territorium der Sowjetunion. Schließlich erreichen doch die Waffen, gegen die die Vereinigten Staaten die ganze Zeit unablässig auftreten, unsere Waffen mittlerer Reichweite, die SS 20-Raketen, das Territorium der USA nicht.

Dies ist eines der Argumente dafür, daß man jetzt die Lösung der Probleme im Komplex angehen muß. Das Problem der nuklearen strategischen Rüstungen kann nicht isoliert vom Weltraum behandelt werden. Die Frage der strategischen Rüstungen kann man, wie ich gesagt habe, auch nicht gesondert von den Mittelstreckenwaffen erörtern. Ich spreche schon gar nicht davon, daß die strategischen Waffen und die Mittelstreckenwaffen zusammen nicht gesondert von den Waffen im Weltraum behandelt werden können.

Wir sind mit der Absicht nach Genf gekommen, die Wahrheit zu sagen: So ist heute die Lage, alle diese Probleme kann man nur im Komplex behandeln. Hätte die amerikanische Administration nicht geplant, eine sogenannte großangelegte Raketenabwehr zu schaffen, wäre nicht die Frage entstanden, den Weltraum mit einzubeziehen und alles zusammen zu behandeln. Der Weltraum muß sauber sein, das Wetrüsten darf nicht auf ihn ausgedehnt werden.

Die Lage ist aber anders. Nun kann man nur alles zusammen behandeln, mit dem Weltraum die Probleme der strategischen Rüstungen und der Waffen mittlerer Reichweite.

Das Wichtigste ist, darauf zu achten, daß all dies einen einheitlichen Komplex bildet. Das wird nicht gemacht, weil es sich auf dem Papier leichter mit drei wechselseitig miteinander verbundenen Problemen operieren ließe, weil es bequemer wäre, irgendwelche Ergebnisse zusammenzufassen oder irgendwelche divergierenden Momente zu finden. Nein, es sind das Leben und die reale Situation, die dazu zwingen, all dies im Komplex zu behandeln.

Schließlich ist es den Menschen ganz egal, was sie umbringt — eine Bombe, die aus dem Kosmos kommt, oder ein Sprengkopf, der von einer strategischen Rakete oder einer Rakete mittlerer Reichweite stammt. Es ist jedoch möglich, sowohl das eine als auch das andere und das dritte zu lösen, wenn man richtig herangeht und außer diesem Herangehen noch etwas mehr hat — den Wunsch und den Willen, ein Abkommen zu erzielen.

FRAGE: Wie werden bei den bevorstehenden Verhandlungen die Sicherheitsinteressen unserer Verbündeten — der sozialistischen Bruderstaaten — berücksichtigt?

ANTWORT: Sie werden von uns voll und ganz berücksichtigt. Die Sowjetunion tritt gegenüber den westlichen Ländern und den USA im eigenen Namen und im Namen ihrer Verbündeten auf. Wir haben eine gemeinsame prinzipielle Politik. Und das verleiht unserer Politik Kraft. Wir erörtern diese Fragen regelmäßig auf den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses sowie der anderen Organe des Warschauer Vertrages. Das ist unsere gemeinsame Politik. Wir sprechen im eigenen und auch in ihrem Namen, und wir sind der Meinung, daß ihre Sicherheitsinteressen genauso vollständig geschützt werden müssen wie auch die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion.

FRAGE: Ich möchte auf die Weltraumfrage zurückkommen. Nehmen wir an, die USA, berücksichtigt man ihr Verhalten in der Vergangenheit, würden die erreichten Vereinbarungen in dem Teil verletzen, der die Notwendigkeit der Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum betrifft. Was wären die Folgen einer solchen Situation?

ANTWORT: Die Folgen wären die schlimmsten. Wenn sie diesen Weg einschlagen, würden die Verhandlungen scheitern. Wir haben den amerikanischen Vertretern eine entsprechende Warnung zukommen lassen. Hier hat man keine Wahl, und ein Mittelding gibt es auch nicht. Entweder befaßt man sich ernsthaft mit dem Weltraum, läßt ein Wettrüsten im Weltraum nicht zu und hält ihn von Waffen frei, oder es wird Wettrüsten geben. Halbe Maßnahmen können hier keine Lösung der Frage bringen. Eine halbe Maßnahme ist heute eine halbe Maßnahme, morgen aber kann sie zur Verstärkung des Wettrüstens führen. Und dann wird der Weltraum zu einer furchterlichen Arena für die Stationierung entsprechender Waffenarten, und er wird eine gewaltige Gefahr für die Existenz der Menschheit darstellen.

Und dies ist keineswegs eine Übertreibung in den Formulierungen. Wenn man von den sogenannten Sternenkriegen, vom großangelegten Raketenabwehrsystem spricht, so spricht man von Leben und Tod. So steht die Frage. Wir halten es für unsere Pflicht, nicht nur den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch der ganzen Welt die Wahrheit zu sagen. Davon hat Konstantin Tschernenko wiederholt in seinen Erklärungen und den Appellen an den amerikanischen Präsidenten gesprochen, als er die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit lenkte, einen Wettlauf bei der Stationierung von Waffen im Weltraum zu verhindern. Wir werden in der Frage des Weltraums entschlossen kämpfen.

Welche starken Worte man auch gebraucht, sie werden zu schwach sein, um die große Gefahr zum Ausdruck zu bringen, mit der die Stationierung von Waffen im Weltraum und die Ausweitung des Wettrüstens auf den Weltraum verbunden wären.

FRAGE: Welche Seite hat den Vorschlag über die Struktur der bevorstehenden Verhandlungen eingebracht?

ANTWORT: Wir, die sowjetische Seite, haben diesen Vorschlag unterbreitet, und er ist logisch. Unsere Überlegung ging dahin, und auch das Zentralkomitee und das Politbüro gingen davon aus: Da es notwendig ist, die Probleme des Weltraums und die Probleme der strategischen Kernwaffen und der Kernwaffen mittlerer Reichweite gemeinsam zu erörtern, wäre es angebracht, auch die Struktur der Verhandlungen so zu gestalten, damit das eine dem anderen entspricht. Deshalb haben wir vorgeschlagen, daß jede Seite von einer einheitlichen Delegation vertreten wird, obwohl diese natürlich aus drei Gruppen bestehen soll, von denen sich eine mit den Fragen des Weltraums, die andere mit den strategischen Kernwaffen und die dritte mit den Kernwaffen mittlerer Reichweite befaßt.

Wir haben ausführlich erläutert, welchen Inhalt wir in diese Struktur hineinlegen. Jede Gruppe soll sich mit ihrem Gebiet befassen, obwohl sich natürlich Fragen ergeben werden, die auch die andere Gruppe interessieren werden, Fragen, die mit den Problemen zusammenhängen, die in der zweiten bzw. in der dritten Gruppe erörtert werden.

In diesem Falle muß die Delegation in voller Zusammensetzung die Situation prüfen, muß sehen, wie die verschiedenen Fragen miteinander verbunden werden, damit es nicht dazu kommt, daß die Vereinbarungen in der einen Gruppe unabhängig von der zweiten und der dritten ausgearbeitet werden. Ich habe schon vom Weltraum gesprochen, davon, daß es undenkbar ist, den Weltraum bei Vereinbarungen über andere Fragen auszuschließen. Wir haben keinerlei feste Regeln darüber festgelegt, in welcher Zeit die Delegation in voller Zusammensetzung zusammenkommen und über diese Fragen beraten soll. Das läßt sich jetzt nicht vorhersehen. Der Verlauf der Verhandlungen wird durch die entsprechenden Notwendigkeiten diktiert. Dementsprechend müssen die Fragen der entsprechenden Gebiete und alle Fragen vom Standpunkt ihrer Verbindung von den einzelnen Gruppen gründlich erörtert werden. Drei Richtungen bedeuten eine Vielzahl verschiedener Komponenten.

Hier gibt es Pluspunkte, denn, je mehr Komponenten vorhanden sind, desto mehr Möglichkeiten ihres Austausches, der verschiedenartigen Anpassung gibt es. Es gibt jedoch auch Schwierigkeiten. Das eine wie das andere muß man berücksichtigen. Einen anderen Ausweg gibt es nicht.

Wir dürfen nicht vor dieser strukturellen Schwierigkeit zurückschrecken. Wenn der Wunsch und der Wille vorhanden sind, dann lassen sich Lösungen finden, weil dies alles berechenbar ist. Mehr noch, ohne besondere Schwierigkeiten läßt sich alles mathematisch berechnen, passend machen, ein Äquivalent finden. Eine derartige Möglichkeit besteht. Es gibt nicht wenige Leute, die Faktenmaterial besitzen. Daran wird es also nicht liegen. Wille und Wunsch — das ist es, was not tut.

FRAGE: Was könnten Sie über die Zukunft der Verhandlungen sagen, und zwar soweit man dies heute, solange diese Verhandlungen noch nicht begonnen haben, beurteilen kann?

ANTWORT: Das ist eine Frage, die man nur sehr schwer exakt beantworten kann. Ich denke, selbst wenn man hundert Weise versammelt, so würden auch sie keine Antwort auf eine solche Frage finden können.

Ich kann nur für die sowjetische Seite sprechen. Wir sind für sachliche Verhandlungen, für ein ernsthaftes Herangehen, dafür, daß man wirklich an den in Genf ins Auge gefaßten Zielen festhält, daß die Seiten keine Tricks anwenden, daß keine von ihnen versucht, die andere hinter Licht zu führen und unter Verletzung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit irgendwelche Vorteile zu erlangen. Jede Seite muß davon ausgehen, daß die jeweils andere Seite es nicht gestatten wird, von diesem Prinzip abzugehen.

Wir sind dafür, die Dinge zum Frieden zu führen, zu einer gegenseitig akzeptablen Lösung und zur Vorbereitung entsprechender Abkommen. Das betrifft sowohl den Weltraum als auch die strategischen Rüstungen. Das gilt ebenso für die Kernwaffen mittlerer Reichweite.

FRAGE: Gibt es in bezug auf die nuklearen Rüstungen auch solche Fragen, die, auch wenn sie nicht Gegenstand der bevorstehenden Verhandlungen sein werden, bereits heute selbständig gelöst werden können?

ANTWORT: Jawohl, es gibt solche Fragen. Wir haben das gegenüber der amerikanischen Seite erklärt und diese Fragen auch genannt, allerdings nicht die vollständige Liste. Man kann zum Beispiel über die Möglichkeit sprechen, unabhängig von dem Stand der Dinge auf allen drei Gebieten, ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffentests abzuschließen. Warum sollte das nicht möglich sein? Natürlich ist das möglich. Es gibt keine objektiven Hindernisse für eine solche Vereinbarung. Wir haben das vorgeschlagen, wir schlagen das heute vor, und wir werden es immer wieder vorschlagen.

Zum zweiten könnte man die Frage des Einfrierens der Kernwaffenarsenale nennen. Diese Frage kann gesondert behandelt werden. Wir sind dafür, daß sie gelöst wird, und je schneller desto besser, unabhängig von dem Stand der Dinge auf jedem der drei Gebiete, von denen die Rede ist.

Ein drittes Beispiel: Wir sind der Auffassung, daß der Vertrag über Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken und der Schwellenvertrag zu Fragen der Kernwaffenversuche, die vor mehreren Jahren zwischen der Sowjetunion und den USA unterzeichnet wurden, in Kraft gesetzt werden können. Seitens der Vereinigten Staaten wurde dazu ganz einfach eine obstruktionistische Haltung bezogen. Bewußt und demonstrativ führten sie diese Sache nicht bis zum Ende, was aber möglich ist. Es gibt auch noch andere Fragen, die unserer Überzeugung nach gelöst werden können und die nicht von den Vereinbarungen auf jenen Gebieten betroffen sind, über die ich bereits gesprochen habe. Dazu würde ich auch die Frage der Übernahme der Verpflichtung durch die Kernwaffenmächte rechnen, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen. Zu jeder Zeit — heute, morgen, übermorgen — kann und muß unserer Meinung nach jedes kernwaffenbesitzende Land eine solche Verpflichtung übernehmen.

Die Sowjetunion ist eine solche Verpflichtung eingegangen, und Sie wissen, daß die ganze Welt dies mit Wohlwollen aufgenommen hat.

FRAGE: Die Sowjetunion tritt in neue Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten ein. Wo aber gibt es eine Garantie dafür, daß diese von Washington nicht als Schirm für Versuche benutzt werden, militärische Überlegenheit zu erreichen, und daß sie nicht wieder von Washington in die Sackgasse geführt werden?

ANTWORT: Ich weiß nicht, wer garantieren könnte, daß die Haltung der Vereinigten Staaten die ganze Zeit ehrlich und konstruktiv sein wird. Wissen wir doch, wie es in der Vergangenheit zugeht. Ich habe einige Beispiele genannt. Abgeschlossene Abkommen legt man vom Tisch oder erklärt sie für ungültig. Deshalb möchte ich nicht mit solchen Kategorien wie Garantien operieren.

Wir wissen ganz genau, daß im Interesse des Friedens, im Interesse der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und der ganzen Welt alles getan werden muß, damit die Sache den richtigen Weg geht, damit die Vereinbarungen erfüllt werden und damit alle Vereinbarungen erzielt werden, die notwendig sind, um die Fragen zu lösen, die gelöst werden müssen. Das ist es, was man dazu sagen kann.

Ich möchte aus eigener Initiative, ausgehend vom Geist Ihrer Fragen, noch auf einen weiteren wichtigen Punkt eingehen. Es kommt darauf an, daß sowohl unsere Menschen als auch alle Politiker im Ausland, die sich für diese Probleme interessieren, wie auch die ausländische Öffentlichkeit das richtig verstehen.

Die amerikanische Seite bezeichnet ihren Plan in bezug auf den Weltraum, den Plan einer sogenannten großangelegten Raketenabwehr, als Defensivplan. Auch in Genf hat man uns vor allem zu Beginn der Gespräche immer wieder gefragt: Wie können Sie etwas dagegen haben, das ist doch ein Defensivplan? Wir wollen schließlich solche Mittel schaffen, die Raketen abschießen werden, die gegen die Vereinigten

Staaten von Amerika gerichtet wurden. Das ist doch Verteidigung.

Das ist eine recht schlaue und im großen und ganzen hinterlistige Methode. Stellen Sie sich vor, es wäre gelungen, ein solches System zu schaffen, oder eines, das dem von den Vereinigten Staaten von Amerika, exakter, der amerikanischen Administration, geplanten nahekommt. Mit anderen Worten: Man baut einen Schild, mit dem man sich vor Raketen schützt. Sie sagen, daß sie einen Kernwaffenschlag von seiten der Sowjetunion befürchten und deshalb einen Schild brauchen.

Nehmen wir an, sie haben den Schild geschaffen. Sie sagen, dieser Schild diene dem Frieden. Sein Zweck sei, Raketen zu vernichten, zu verhindern, daß diese Raketen ihr Ziel erreichen. Aber die Tatsache, daß hinter dem Schild Raketen gegen die andere Seite, gegen die Sowjetunion, gestartet werden — natürlich im Falle einer entsprechenden Extremsituation —, diese Tatsache hat von ihrem Standpunkt aus keine Bedeutung. Dabei besteht angeblich keinerlei Gefahr, und sie versuchen sogar, uns davon zu überzeugen.

Man sagt uns folgendes: Die Vereinigten Staaten haben nicht die Absicht, die Sowjetunion anzugreifen. Ich betone, sie sprechen von der Absicht. Wir sagen ihnen: Demnach soll sich also die Sowjetunion auf Ihr Gewissen verlassen? Auf das Gewissen Washingtons?

Erstens sind wir nicht sehr davon überzeugt, daß Washington eine sehr große Reserve davon hat. Diese Überzeugung haben wir auf Grund gewisser Fakten nicht. Zweitens sagen wir ihnen: Wenn wir in Gedanken mit Ihnen, den Vereinigten Staaten von Amerika, die Plätze tauschten, würden Sie ebenso urteilen wie die Sowjetunion. Mit anderen Worten, wenn wir uns bemühten, ein solches System zu schaffen, würden Sie sich dann auf unsere entsprechenden Erklärungen, auf unser Gewissen verlassen? Würden Ihnen diese Erklärungen ausreichen?

Die Antwort ist Schweigen. Daß dieser Plan oder dieses System — das Wort "System" gefällt ihnen besser — von der amerikanischen Administration als "defensiv" bezeichnet wird, ändert nichts. Auf diese Weise können bestimmte öffentliche Kreise irreführend werden. Das muß offen gesagt werden. Aber die ganze Sache hat natürlich absolut nichts Defensives an sich.

Das sind offensive Waffen, und dieser ganze Plan, um offen zu reden, ist aggressiv, ich wiederhole: aggressiv. Wir treten entschieden dagegen auf, entschieden. Wir sind der Meinung, daß sich jeder Mensch, der in diesen Fragen eine ehrliche Position beziehen will, darüber im klaren sein soll, welche Ziele dieser Plan verfolgt.

Selbst wenn wir einmal theoretisch annehmen, die Vereinigten Staaten hätten dieses System geschaffen, nutzen aber ihre Möglichkeiten für einen Start von Raketen gegen die Sowjetunion und die Führung eines Kernwaffenschlags nicht. Sie werden doch aber dazu fähig, wenn sie einen solchen Schild hätten. Würde das wirklich nicht zum Druck und zur Erpressung benutzt. Es fügt sich in den Kurs der USA-Administration ein, der auf Erlangung der dominierenden Stellung in der Welt gerichtet ist, einer solchen Stellung, die es den Vereinigten Staaten ermöglichen würde, ihre Bedingungen zu diktieren. In diesem Falle geht es um die Sowjetunion. Wir lehnen entschieden dieses System, diesen ganzen Plan ab. Und ich möchte erneut betonen, daß auch künftighin Gleichheit, ich wiederhole, Gleichheit und gleiche Sicherheit die feste Grundlage für die Behandlung der Sache sind. Eine andere Grundlage gibt es nicht.

Wenn es in den Vereinigten Staaten von Amerika auch Leute gibt, die annehmen, daß die USA so oder so durch Vollendung ihres Planes zur Schaffung des erwähnten Systems oder auch ohne seine Vollendung eine dominierende Stellung erringen werden und daß die Sowjetunion unterlegen sein wird, so irren sie sich. Das ist ein grober Fehler. Das wird nie geschehen. Ich will bei dieser Gelegenheit noch einmal betonen, was Konstantin Tschernenko in seinen Erklärungen gesagt und was er persönlich an Präsident Reagan geschrieben hat: Eine solche Lage ist ausgeschlossen, das werden wir nicht zulassen. Wir verfügen über riesige Ressourcen, sowohl materielle als auch

geistige, die ausreichen, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Das betrifft sowohl die Sowjetunion als auch unsere Verbündeten und Freunde. Unser Volk fand die Kraft, aus dem verheerendsten Krieg aller Zeiten, dem Krieg gegen den Faschismus, siegreich hervorzugehen. Die ganze Welt staunte, wie dies geschah. Hat doch die UdSSR die Hauptlast des Krieges getragen. Bildhaft gesprochen, hat sich unser Volk im politischen Sinne Energie abgerufen, die der Kernkraft gleichkommt, und es ist Sieger geworden. Es wird niemals zulassen, daß irgendein Land oder eine Gruppe von Ländern ihm aus ideologischen Überlegungen ihre Bedingungen diktieren. Daß die amerikanischen Pläne weitgehend von ideologischen Überlegungen getragen sind, steht außer Zweifel, und ich glaube, daß das jedem sowjetischen Menschen, und nicht nur dem sowjetischen, klar ist.

FRAGE: Ich möchte ein anderes Gebiet berühren. Die sowjetische und die Weltöffentlichkeit sind durch die fortwährenden Spannungen im karibischen Raum beunruhigt. Was können Sie dazu sagen?

ANTWORT: Wir hatten Gelegenheit, die amerikanische Administration über den diesbezüglichen Standpunkt der sowjetischen Führung zu informieren. Wir verurteilen entschieden die Aktivitäten der USA-Administration. Die Politik der USA ist eine Politik der groben und unverhüllten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder des karibischen Raums. Das betrifft vor allem Nikaragua. Die Vereinigten Staaten haben keinerlei Recht, diesem kleinen Land und seinem Volk zu diktieren, welche Gesellschaftsordnung es wählen und wie es leben soll. Das ist einzig und allein das souveräne Recht des Volkes und nur des Volkes von Nikaragua. Unlängst wurden dort allgemeine Wahlen abgehalten und die oberste Staatsführung gewählt.

Sie sind eine weitere Bestätigung dafür, welch Feindseligkeit und Haß sich im Volk Nikaraguas gegen die Diener der Vereinigten Staaten von Amerika angestaut haben, die früher dieses Land regierten. Jetzt sind sie fort, und das Volk atmet frei. Was braucht es jetzt? Das es in Ruhe gelassen wird. Es muß Schluß sein mit der Einmischung, mit dem unverhüllten Terrorismus, der von den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren verschiedenen Geheimdiensten gegenüber diesem Land praktiziert wird.

Und natürlich trifft auch die Politik, die die USA bereits seit langem gegenüber Kuba betreiben, auf unsere Verurteilung. Gemeint sind die Wirtschaftsblockade und die verschiedenen anderen unfreundlichen, ja sogar feindseligen Akte. Allein die Kubaner haben das Recht, über die Lebensbedingungen in ihrem Land und darüber zu entscheiden, welche Gesellschaftsordnung in Kuba herrschen soll. Und niemand ist berechtigt, sich einzumischen.

Insgesamt gesehen ist es für dieses Gebiet, und auch wenn man über seine Grenzen hinausblickt, an der Zeit, ja längst an der Zeit, der Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten in jeglicher Beziehungen Einhalt zu gebieten — der politischen und wirtschaftlichen Einmischung der Spionage- und verschiedenartigen Sonderdienste, die nach allem zu urteilen auch nicht einen Tag mit ihrer verbrecherischen Tätigkeit gegen eine Reihe von Staaten aufhören.

Ich würde, wenn Sie so wollen, mir selbst noch eine Frage stellen. Wie ist die derzeitige Lage in der Welt insgesamt einzuschätzen? Wohin geht die Entwicklung? Zum Frieden oder zum Krieg?

Ich möchte vorausschicken, daß Sie keine mathematisch präzise Antwort erwarten sollten. Aber dennoch kann einiges gesagt werden. Die Lage ist jetzt sehr kompliziert. Zeitweise ist sie gefährlich. Es können unerwartete Wendungen eintreten. Man muß auf der Hut sein. Unser Volk ist immer auf der Hut.

Was sollte aber unterstrichen werden? Zu unterstreichen ist die Entschlossenheit unseres Landes, unseres ganzen Volkes, der Leninischen Kommunistischen Partei, unserer Führung und des Politbüros. Davon hat Konstantin Ustinowitsch Tschernenko mehrfach und für alle vernehmlich gesprochen: von der

Entschlossenheit, alles für die Verteidigung des Friedens zu tun. Und für dieses Ziel arbeiten wir. Dafür mobilisieren wir unser Volk und unsere Potentiale. Das erklären wir unseren Freunden, und sie teilen diese Auffassung. Das erklären wir auch anderen Ländern. Was ist notwendig, um noch erfolgreicher für die Beseitigung der Gefahr eines Krieges und für die Festigung des Friedens zu wirken? Notwendig dafür ist, daß alle Staaten, ob große, ob kleine, noch stärker für eine Sache wirken, für die Beseitigung der Kriegsgefahr und für die Festigung des Friedens.

Kein einziger Staat, und wenn er noch so klein ist, darf ausgeschlossen bleiben. Kein einziger Staat darf die Meinung vertreten: Da sind ja die Großmächte, sie verfügen über große Ressourcen, mögen sie den Kampf führen, denn es hängt ja vor allem von ihnen ab. Hier gibt es richtige und falsche Thesen. Richtig ist, daß die Sache vor allem von den Großmächten abhängt. Falsch ist, daß nur sie den Kampf führen sollen. Den Kampf um den Frieden müssen alle Staaten führen, die großen und die kleinen und die ganz kleinen.

Ein Staat kann klein sein, das bedeutet aber nicht, daß er nicht die große Wahrheit sagen und seine gewichtige Stimme für den Frieden und gegen den Krieg erheben kann, zumal, wenn die kleinen Staaten in einer Richtung und geschlossen wirken.

Dasselbe trifft auch auf die gesellschaftlichen Kräfte und die Parteien, vor allem aber auf all diejenigen zu, die gegen den Krieg und für den Frieden eintreten. Das trifft auf die Wissenschaftler, die Kulturschaffenden und die Vertreter der Geschäftswelt zu, wenn man von kapitalistischen Ländern spricht. Auch sie müssen sich darüber im klaren sein, was Krieg bedeutete und welche Folgen er nach sich ziehen könnte. Das trifft auf die Arbeiter und Bauern sowie die Intelligenz zu, in welchem Land sie auch leben mögen. Wir sind davon überzeugt, daß die Kräfte, die sich für den Frieden einsetzen, stärker sind als die Kräfte, die dem Krieg und dem Wetrüsten das Wort reden.

FRAGE: Auf der jüngsten Tagung der UNO-Vollversammlung stimmten alle Staaten der Welt für die Resolution über die ausschließlich friedliche Nutzung des Weltraums. Nur die USA enthielten sich der Stimme. Die Tagung faßte mehrere andere wichtige Beschlüsse zugunsten der Eindämmung des Wetrüstens und der Minderung der Kriegsgefahr. Wie schätzen Sie insgesamt die Ergebnisse der Tagung ein?

ANTWORT: Wir schätzen die Ergebnisse der zurückliegenden Tagung sehr positiv ein. Wir haben der Tagung mehrere Vorschläge zur Erörterung unterbreitet, darunter einen über die Verhütung der Militarisierung des Weltraums. Mit sehr großer Befriedigung begrüßten wir die Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit der Staaten unseren Vorschlag unterstützte. Eigentlich waren nur die USA dagegen und demonstrierten dies durch ihre Stimmabgabe. Unsere Einschätzung der Tagungsergebnisse fällt also außerordentlich positiv aus.

Bei dieser Gelegenheit muß man überhaupt sagen, daß sich im Laufe vieler Jahre die meisten Staaten der Welt, ja selbst jene Staaten, die zu uns keine allzu herzlichen Beziehungen unterhalten, gleichsam instinktiv — ich wiederhole: gleichsam instinktiv — für die Unterstützung mehrerer Vorschläge aussprechen, die zur Verhinderung des Krieges und zur Festigung des Friedens beitragen. Das ist eine sehr gute Erscheinung. Sie gefällt jenen Staaten nicht, die eine entgegengesetzte Politik betreiben.

Was können wir dazu sagen? Man möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Staaten die Meinung und die Haltung der überwiegenden Mehrheit der Staaten und aller Völker der Welt akzeptieren werden. Man kann mit gutem Grund sagen, daß auch das amerikanische Volk den Krieg nicht will.

FRAGE: Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang, Andrej Andrejewitsch, die Rolle der Massenbewegungen für den Frieden, für die Verhinderung des Wetrüstens?

ANTWORT: Die Rolle dieser Massenbewegungen ist überaus wichtig. In der letzten Zeit bekommt man immer wieder

folgende Äußerungen zu hören: Sie in der Sowjetunion haben so große Hoffnungen in die Massenfriedensbewegung gesetzt, diese Bewegung hat jedoch die Stationierung amerikanischer Raketen in Westeuropa sowie die Durchführung dieser oder jener Maßnahmen nicht verhindern können.

Diese Meinungen sind sehr sonderbar. Die Friedensbewegung, wenn sie auch nicht alle Völker umfaßt, stellt eine fortschrittliche Bewegung dar und hat demonstriert, daß die Menschen jene verachten, die für den Krieg arbeiten und für Rüstungsbewilligungen stimmen, daß sie jene verachten und verurteilen, die nach größeren Raketen- und Kernwaffenarsenalen trachten, daß sie jene verurteilen und verachten, die in den gesetzgebenden Organen für die weitere Militarisierung der Politik und für das Wettrüsten stimmen.

Man muß annehmen, daß diese Bewegung ihre potentiellen Möglichkeiten noch längst nicht ausgeschöpft hat. Wir denken, daß sie noch nicht ihr letztes Wort gesprochen hat. Und das ist gut so. Die öffentliche Meinung, die meisten Menschen führen sich immer eindringlicher vor Augen, daß sich die Welt in einer außergewöhnlichen Situation befindet, daß über der ganzen Menschheit eine große Gefahr und Bedrohung heraufgezogen sind und daß alles getan werden muß, damit diese Bedrohung beseitigt wird, damit der Weltuntergang, mit dem man die Menschen seit Jahrhunderten schreckt, nicht eintrifft.

FRAGE: Bekanntlich sind in den vergangenen Jahren zwischen der UdSSR und den USA mehrere Abkommen geschlossen worden, die die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen der bilateralen Beziehungen betreffen. Wie sieht es damit gegenwärtig aus?

ANTWORT: Um es kurz zu sagen, unbefriedigend. Mehrere Abkommen — man kann wohl sagen ein gutes Dutzend — sind abgeschlossen worden. Auf Grund dieser Abkommen begaben sich unsere Delegationen in die Vereinigten Staaten, und umgekehrt weilten die amerikanischen Delegationen in der Sowjetunion, verständigten sich über bestimmte Fragen und all dies geschah zum Nutzen beider Länder.

Dann wurden diese Abkommen entweder formell aufgehoben oder galten faktisch nicht mehr, da die amerikanische Administration — dies trifft auf die letzten Jahre zu — beschlossen hatte, daß diese Abkommen nicht gelten dürfen, daß sie ihre Gültigkeit verlieren müssen.

Wir fragten Washington an: Beabsichtigen Sie, diese Abkommen in solchem eingefrorenen Zustand zu belassen, oder haben Sie irgendwelche anderen Absichten? Unserer Meinung nach schadet der jetzige Zustand sowohl Ihnen als auch uns. Ist es nicht besser, daß sie in Kraft bleiben?

Man antwortete uns nach einigen Überlegungen: Ja, einige Abkommen sollten vielleicht wirklich zu neuem Leben erweckt werden, damit sie wirken können. Einige Abkommen muß man noch genauer betrachten. So sagte man ein um das andere Mal,

und ich möchte hinzufügen ein drittes Mal: Solange es keine reale Bewegung gibt, solange bleiben die Abkommen bis auf sehr wenige Ausnahmen paralytisch.

FRAGE: Es wurde erklärt, daß die bevorstehenden Verhandlungen — wie überhaupt alle Anstrengungen im Bereich der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen — im Endergebnis zur vollständigen und allseitigen Vernichtung der Kernwaffen führen müßten. Welche Bedeutung mißt die Sowjetunion der Lösung dieser Aufgabe bei?

ANTWORT: Außerordentlich große Bedeutung. Ich muß sagen, daß eines der Hauptziele der Verhandlungen, wie von beiden Mächten erklärt wurde, der völlige Ausschluß der Kernwaffen aus dem Waffenarsenal ist. Das ist eine sehr wichtige Vereinbarung, die in die Gemeinsame Erklärung aufgenommen worden ist. Früher war in gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Erklärungen darüber nichts gesagt worden. Wir sind gerade der Meinung, daß praktische Schritte zur Lösung der Weltraumfragen nicht im Widerspruch zu diesem Ziel stehen dürfen. Das ist ein großes, ein edles Ziel. Die UdSSR stellt sich dieses Ziel nicht erst jetzt, wir haben uns dieses Ziel unmittelbar nach dem Aufkommen der Atomwaffe gestellt. 1946 legten wir in der Organisation der Vereinten Nationen einen entsprechenden Vorschlag vor, der aber damals keine Unterstützung fand, vor allem bei den Vereinigten Staaten von Amerika.

Jeder Schritt der beiden Mächte — nicht nur der Sowjetunion, sondern auch der Vereinigten Staaten von Amerika — in Fragen, die Rüstung und Abrüstung betreffen, muß uns diesem Ziel, dem Ausschluß, dem völligen Ausschluß der Kernwaffen aus dem Waffenarsenal näher bringen.

FRAGE: In welchem Maße könnten bei den bevorstehenden Verhandlungen erzielte gegenseitig akzeptable Vereinbarungen zur Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen insgesamt sowie zur allgemeinen Gesundung der internationalen Lage beitragen?

ANTWORT: Ohne Zweifel würde das einen großen Beitrag zur Verbesserung der bilateralen sowjetisch-amerikanischen Beziehungen leisten. Das folgt schon daraus, daß die wichtigsten Unterschiede in der Politik der Sowjetunion und der Politik der USA in den Fragen bestehen, die das Problem der Kernwaffen betreffen, in der Frage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit, in der Frage, das Wettrüsten nicht auszudehnen und es einzustellen.

Deshalb ist es einleuchtend, daß eine Übereinkunft zu diesen Problemen zweifelsohne einen großen Schritt voran in der Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bedeuten würde, insbesondere, wenn man in Betracht zieht, daß beide Seiten große Mächte mit weitreichenden internationalen Interessen sind.

PUBLIKATIONEN DER REDAKTION „GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN UND GEGENWART“ DER AdW DER UdSSR

— die Zeitschrift „Gesellschaftswissenschaften“ — Index 70667 — erscheint auch in englischer, französischer, spanischer und portugiesischer Sprache einmal im Quartal:

informiert über den Standpunkt der sowjetischen Wissenschaftler zu den wichtigsten Problemen der gesellschaftspolitischen, sozialökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Entwicklung und zu den internationalen Beziehungen; berichtet über verschiedene Formen der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR, den sozialistischen und den Entwicklungsländern, über Kontakte der UdSSR mit den kapitalistischen Industrieländern in handelsökonomischen und anderen Bereichen;

— die Zeitschrift „Obščestvennyje nauki“ — Index 70677, erscheint in russischer Sprache 6mal jährlich:

behandelt in erster Linie Fragen der Theorie und Praxis der Entwicklung

des sozialistischen Weltsystems, der Zusammenarbeit der Gesellschaftswissenschaftler der sozialistischen Länder sowie die Probleme der Methodologie der Gesellschaftswissenschaft und Integrationsprozesse in der modernen Wissenschaft;

— **Sammelbände** in deutscher, englischer, französischer, spanischer und portugiesischer Sprache erscheinen in folgenden internationalen Serien:

„Probleme der modernen Welt“, „Weltgeschichte: Forschungen sowjetischer Wissenschaftler“, „Geschichte der UdSSR: neue Forschungen“, „Entwicklungsländer: Probleme und Perspektiven“, „Sowjetische Orientalistik“, „Afrika: Forschungen sowjetischer Wissenschaftler“, „Lateinamerika: Forschungen sowjetischer Wissenschaftler“, „Recht: Forschungen sowjetischer Wissenschaftler“, „Sowjetische ethnographische Forschungen“, „Sowjetische Religionskunde“.



Bestellungen für die Zeitschrift werden für jeden Zeitpunkt und für jede Bezugsdauer entgegengenommen:

im Ausland — von Vertriebsfirmen, die sowjetische Periodika führen und Geschäftskontakte zu V/O „Mezhdunarodnaya Kniga“ (UdSSR, 121200, Moskau) unterhalten;

in der UdSSR — von Postämtern und Vertretungen der Agentur „Sojuspetschat“, von ehrenamtlichen Literatur-Obleuten in den Studieneinrichtungen und Betrieben unter Angabe des Indexes.

Bestellungen für die Sammelbände nehmen entgegen:

im Ausland — Firmen, die sowjetische Publikationen vertreiben und Geschäftskontakte zu V/O „Mezhdunarodnaya Kniga“ unterhalten;

in der UdSSR — das Zentralbüro von „Akademkniga“ (Moskau, 103012, B. Tscherkasski per., 2/10) mit einem Garantiebrief.

Anschrift der Redaktion: Moskau, 121002, Arbat 33/12, UdSSR.



Fruchtbare Felder und sonnenversengte Savannen, Berge und Urwälder, Kautschukplantagen, Bohrtürme, Rubingruben — das ist Burma, eine der ältesten Zivilisationen in Südostasien. Goldene Pagoden und reizvolle mittelalterliche Tempel finden sich hier neben modernen Gebäuden. Burma wird noch heute nicht selten ein „unerschlossenes Eldorado“ genannt. Sein Boden birgt Zinn, Wolfram,

Silber, Nickel, Kupfer, Edelsteine. Im Agrarland Burma sind zwei Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Reis ist hier nicht nur das tägliche Brot, sondern auch der Hauptexportartikel. Deshalb zeigt die Staatsflagge Burmas nicht zufällig Reisähren auf einem Zahnrad. Seit der Unabhängigkeit (1948) hat die Republik gute Ergebnisse beim nationalen Auf-

Pagan — heute eine tote Stadt — war Burmas erste Hauptstadt

bau zu verzeichnen. Für ihre Fortschritte in der Volksbildung erhielt sie einen Sonderpreis der UNESCO. Außenpolitisch hält sich Burma strikt an die Politik der positiven Neutralität und Nichtpaktgebundenheit.



Ein Imbißstand



Erdölförderung — einer der aussichtsreichsten Industriezweige

Harte Arbeit der Bauern



Ein Kupferschmied

Fotos: TASS